

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 15. vom 15. April 1983

17. Jahrgang

1 DM

Verärgert

Es geht ihnen nicht schnell genug, den Herren Unternehmern. In der vergangenen Woche nahmen der Bankenverband und die Arbeitsgemeinschaft Selbstständiger Unternehmer Stellung zur bisherigen Regierungspolitik Kohls.

Die ASU, die sich, wie stets, zu kurz gekommen fühlt, sagt einmal mehr eindeutig, was die feinen Herren von der Bank nur andeutungsweise ansprechen. In der ASU-Stellungnahme wird herausgehoben, daß man aber schon gar kein Verständnis dafür hätte, daß solche Begriffe wie „soziale Ausgewogenheit“ oder „Besserverdienende“ immer noch in der Regierungssprache auftauchen.

Der Bankenverband, größer, mächtiger, reicher und vornehmer, formuliert die selben Sachen anders, zurückhaltender. Die neue Regierung habe zwar das große Vertrauen der „Wirtschaft“, aber bisher noch nicht konsequent genug auf steuerliche Entlastung und Vermehrung des Eigenkapitals der Betriebe Kurs genommen. Hier müsse noch viel getan werden, um der unternehmerischen Initiative wieder mehr Raum zu geben.

Verstärkte Aktivitäten der „Contras“

Solidarität mit Nicaragua

Die Situation in Nicaragua spitzt sich zu. Die Nationalleitung der Sandinistischen Befreiungsfront hat jetzt in einem Appell das ganze Volk zur Verteidigung der Revolution aufgerufen. Die von den USA ausgehenden und offen unterstützten Angriffe der „Contras“, der reaktionären Kräfte, halten weiter an.



Vor allem im nördlichen Teil des Bezirkes Zelaya haben die Angriffe der ehemaligen Nationalgardisten, die von Honduras aus operieren, stark zugenommen. Die Nationalleitung der Sandinistischen Front zur Nationalen Befreiung Nicaraguas sprach davon, daß auch von der honduranischen Armee verstärkt Aggressionen ausgingen. Nach Überfällen auf Grenzposten sei

sie teilweise zur offenen Invasion übergegangen.

Die Sandinistas warnen entschieden vor einer weiteren Verschärfung der Lage, die durch die weitergehende Aggression Honduras oder gar durch ein direktes militärisches Eingreifen der USA entstehen könnte.

Unterdessen wird die Beteiligung der US-Imperialisten immer klarer. Ein Kongreßabge-

ordneter zitierte den US-Botschafter in Honduras wie folgt: „Wir können unsere Ziele nicht durch rechtliche Nebensächlichkeiten verstellen lassen“. Und die „New York Times“ schrieb letzte Woche offen: „Niemand, der Augen hat zu sehen, kann Zweifel daran haben, was die Regierung Reagan in Mittelamerika unternimmt: Sie führt einen geheimen Krieg“.

Gegen diesen Krieg, der eine verdeckte Form der imperialistischen Aggression der USA gegen das befreite Nicaragua ist, haben westdeutsche Solidaritätskomitees zu einem bundesweiten Aktionstag der Solidarität mit Nicaragua aufgerufen.

Alle antiimperialistischen Kräfte sind aufgerufen, sich an den Aktionen am 23. April zu beteiligen.

(Siehe auch Seite 11: „Die ferngesteuerte Konterrevolution“)

auch gebrochen werden. Um die protestierende Jugend besser in den Polizeigriff zu kriegen, wird das Demonstrationsrecht verschärft. Die Friedensbewegung

wird erst einmal als moskauhörig diffamiert. Ihren Hauptgegner aber — darüber sollte es keine Illusionen geben — sehen die Kapitalisten und die politische



Maiaufbruch des ZK der KPD

Gegen Arbeitslosigkeit und Rüstungswahnsinn! Stoppt die Wende!

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Der diesjährige 1. Mai steht unter dem Eindruck der von Kohl, Zimmermann und Strauß propagierten Wende. In Bonn sind mit der CDU/CSU und der FDP die Parteien am Ruder, die am klarsten die Unternehmerinteressen vertreten. An ihrer grundsätzlichen Gegnerschaft zur organisierten Arbeiterbewegung ist nicht zu zweifeln.

Die schwarze Reaktion hat die Wahlen mit der Aufschwung-Propaganda gewonnen. Wenn die Reaktion, wenn die offenen Kapitalvertreter von Aufschwung sprechen, dann ist nicht die Beseitigung der Arbeitslosigkeit oder die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der arbeitenden Menschen gemeint. Was die Kapitalisten, die Herren der Konzerne und Banken von ihrer Regierung erwarten, ist klar: sie wollen trotz Krise den Aufschwung der Profite. Der ist aber nur möglich auf dem Rücken der Arbeiter und Angestellten, der Arbeitslosen und Rentner, der ärmsten Bevölkerungsschichten.

Aufschwung der Profite heißt: die Reallöhne müssen weiter sinken, die wöchentliche

Arbeitszeit darf nicht verkürzt werden. Rationalisierung, Verschärfung der Arbeitshetze und die massenhafte Vernichtung von Arbeitsplätzen sollen vom Staat großzügig gefördert, der Sozialabbau auf allen Gebieten weiter verschärft werden.

Aufschwung der Profite heißt: was bei den Armen an staatlichen Ausgaben gespart wird, hat ohne größeren Umweg in den Kassen der Konzerne und auf den Konten der Besitzenden zu landen. Also: Staatsaufträge in Milliardenhöhe vor allem im Rüstungsbereich für die Konzerne, Subventionen für die Kapitalisten, Steuergeschenke für die Reichen.

Aufschwung der Profite heißt: jeder Widerstand gegen die Krisenangriffe der Monopole muß verhindert, wenn nötig

Samstag, den 16. April

Protestkundgebung vor dem Hamburger Rathaus



Der DGB und die IG Metall haben für den kommenden Samstag zum „Bürgerprotest“ vor dem Hamburger Rathaus aufgerufen. Gegen die Kahlschlagpläne bei HDW, MAN und anderen Hamburger Betrieben. „Sinnvoll ist ein solcher Protest, wenn er eindeutig für die Erhaltung der Arbeitsplätze Partei ergreift, wenn er gegen die Sozial- und Lohnabbau-politik der schwarzen Regierungen gerichtet ist, wenn er nicht zu einer „SPD-Hoch“-Kundgebung mißbraucht wird, wenn er zum Zusammenschluß der Arbeiter und Angestellten über alle Parteigrenzen hinweg dient“ (Frischer Wind, Betriebszeitung der KPD für HDW/Hamburg).

Beim Kongreß der Sozialistischen Internationale:

Feiger Mord an PLO-Vertreter

Albufeira/Portugal. — Der Vertreter der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) beim 16. Kongreß der Sozialistischen Internationale in Albufeira, Portugal ist am vergangenen Sonntag in der Halle des Tagungshotels erschossen worden.

Dieser feige Mord ist ein Anschlag auf alle Bemühungen der PLO selbständig auch auf internationaler Ebene die Interessen des palästinensischen Volkes zu vertreten.

Issam Sartawi war gegen den Widerstand der israelischen Vertretung zu diesem Kongreß als offizieller PLO-Vertreter eingeladen worden. Zwar gelang es den Israelis durchzusetzen, daß Sartawi kein Rederecht bekam, eine Erklärung der PLO allerdings wurde vor der Versammlung verlesen.

Der Mordanschlag an Issam Sartawi, der als Koordinator der PLO in Europa tätig war, und dem Palästinensischen Nationalrat, dem Exilparlament angehörte, dient den Interessen aller politischen Kräfte, die sich gegen die wachsende internationale Anerkennung der PLO und dem Festhalten der PLO am Alleinvertretungsanspruch für das palästinensische Volk richten.

Somit dient dieser politische Mord in erster Linie den israeli-



Issam Sartawi, das Opfer des Mordanschlags

schen Zionisten und ihrem Geheimdienst Mossad, der schon oft bei solchen Anschlägen Drahtzieher war. Er liegt aber auch im Interesse reaktionärer arabischer Kräfte, die die wachsenden politischen Erfolge der PLO fürchten.

Reaktion in der Arbeiterklasse und in den Gewerkschaften.

Aufschwung der Profite heißt: die Gewerkschaften und die Arbeiterklasse sollen vollends in die Defensive gedrängt werden. Entweder sie kuschen vor den Angriffen der Kapitalisten und der Regierung oder sie werden zu den Schuldigen der Krise erklärt, um dann gegen sie mobil zu machen.

Schon heute wird gegen die ausländischen Arbeiter gehetzt, sie seien schuld an der Arbeitslosigkeit, weil sie den Deutschen die Arbeitsplätze wegnehmen würden. So schafft man Sündenböcke. So lenkt man von den wirklich Schuldigen an der Arbeitslosigkeit ab. So spaltet man die Arbeiterklasse.

Schon heute heißt es, die angeblich zu hohen Löhne — also die Arbeiter und die Gewerkschaften — seien schuld an der Krise, weil sie angeblich die internationale Konkurrenzfähigkeit der westdeutschen Wirtschaft untergraben würden.

Je mehr sich die Krise verschärft, desto brutaler werden die Unternehmer für ihren Ausweg aus der Krise kämpfen. Viel zu lange schon haben die Gewerkschaften dem Druck des Kapitals nachgegeben. Durch immer neue sogenannte Vorleistungen im Kampf gegen die Arbeitsplatzvernichtung in den Betrieben. Durch immer neuen Lohnverzicht. Und was hat uns

das gebracht? 2,5 Millionen Arbeitslose, Reallohnabbau, sinkenden Lebensstandard.

Damit mut Schluß sein! An diesem 1. Mai muß Flagge gezeigt werden: für den entschiedenen Widerstand gegen die Bonner Wende, gegen die Krisenangriffe der Kapitalisten, für den entschlossenen Kampf zur Verteidigung der Interessen der Arbeiter und Angestellten!

Angeichts eines ständig wachsenden Arbeitslosenheeres, der wachsenden Kriegsgefahr, des Vormarsches der politischen Reaktion bekräftigen wir Kommunisten darüber hinaus unsere grundsätzliche Überzeugung, daß die Arbeiterklasse so lange nicht ohne wirtschaftliche Sorgen, ohne Angst vor Krieg und Faschismus leben kann, so lange der Kapitalismus existiert, solange es keinen wirklich demokratischen Arbeiterstaat und keinen Sozialismus gibt, in dem die Ausbeutung der Arbeiterklasse tatsächlich beseitigt ist.

Kolleginnen und Kollegen! Die KPD ruft Euch auf: Beteiligt Euch an den Demonstrationen und Kundgebungen des DGB!

- Gegen Arbeitslosigkeit und Rüstungswahnsinn!
- Für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich!
- Keine Stationierung der atomaren Mittelstreckenraketen!
- Stoppt die Wende!

Maiaufwurf '83

Die Folgen sind, daß die Betroffenen am demokratischen Staat zweifeln und anfällig werden für die Ideen von Demagogen.

Dem Recht auf Arbeit und Ausbildung ist die politische Verantwortung zuzurechnen. Die Arbeiter der Deutschen Gewerkschaftsbund.

● Maßnahmen zur Behebung des Wachstums in ausgewählten Bereichen. Es geht um zusätzliche öffentliche und private Investitionen in Umwelt, in der Energieversorgung und in Wohnungsbau.

● Eine aktive und vorausschauende Arbeitsmarktpolitik. Die Verbesserung der Arbeits- und Einkommenssituation der Arbeitnehmer ist eine wichtige Zielvorgabe.

Entscheidungen in Unternehmen über Investitionen, Betriebsänderungen oder Rationalisierungen dürfen nicht länger allein am Ziel der Gewinmaximierung orientiert werden. Die Interessen der Arbeitnehmer an sicheren Arbeitsplätzen, an dem Schutz ihrer Fähigkeiten und Qualifikationen und an der Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen müssen gleichberechtigt berücksichtigt werden. Das bedeutet:

● Die Informationsrechte der Betriebs- und Personalräte müssen verbessert werden. Bei massen Entlassungen über alle Pläne und Entscheidungen werden. Die Mitarbeiterentscheidungen in wirtschaftlichen Angelegenheiten, die Fragen der Betriebs-

1. MAI '83
ARBEIT FÜR ALLE
ALTERNATIVE

Zum DGB-Maiaufwurf

Feierlich und staatstragend

Er ist schon ein Meisterstück des Ernst Breit, dieser Mai-Aufwurf '83 des DGB. Das Beste daran ist, um es mal so zu sagen, daß draufsteht, daß er vom DGB ist. So weiß man das wenigstens, was ohne den Hinweis so einfach nicht wäre.

Denn Schlußfolgerungen wie die, daß langandauernde Arbeitslosigkeit dazu führen könnte, daß Arbeiter „am demokratischen Staat“ zweifeln, die könnten auch von der Plenardebatte des Bundestags kommen.

Aber es ist weniger dieser Typ allgemeiner Feststellungen, über den sich lange streiten ließe, der den Charakter dieses Aufwurfs deutlich macht. Viel bezeichnender ist es, daß man dieselbe feierliche, zu nichts verpflichtende und nur Unangenehmes ahnende Sprache auch bei den Passagen benutzt, die eigentlich konkret sein sollten.

„Es darf keinen Rückzug des Staates aus der sozialen Verantwortung geben.“ Es soll auch hier kein Streit darum sein, was denn wohl die soziale Verantwortung des Staates sei, als vielmehr darum, daß so etwas, wie man unter diesen erhabenen Worten vielleicht auch verstehen könnte, ja gerade jeden Tag stattfindet. Ohne daß vom Bundesvorstand, der diesen Aufruf beschließt, auch nur ein Wörtchen dazu verloren würde. Gegen die Bonner Politik reagiert man hier mit Schwanzanziehen und holden Worten. Es geht um eine konkrete Politik des sozia-

len Kahlschlags — dazu kein Wort der Gegenwehr, dazu überhaupt kein Wort.

Es geht auch um eine Wirtschaftspolitik gegen die Arbeitslosigkeit — auch dazu: nichts. Ein kurzer, verwässerter Auszug aus dem Beschäftigungsprogramm vom März '81, sonst kein Wort. Und eben, wie gesagt, kein Wort zur Bonner Politik „Gewinne stärken“ usw.

Mit diesem Aufruf unterstreicht der DGB-Bundesvorstand nochmals seine Haltung, die er schon am Tage nach der Wahl einnahm. Nur ja keine Abwehr gegen den Bonner Kurs bilden, nur ja keine konkreten Stellungnahmen.

Was hilft da der Rückblick auf den 50. Jahrestag der Zerschlagung des ADGB am 2. Mai 1933 durch die Nazis, wenn man heute, wo die berüchtigte konservative Wende den Weg in dieselbe Richtung beginnt, tatenlos und sogar wortlos zuschaut? Gar nichts.

Ob man so erwarten kann, daß alle Arbeiter, wie es am Schluß so schön heißt, diesem Aufruf zu den Mai-Demonstrationen und -Kundgebungen folgen, das ist doch mehr als zweifelhaft. Denn die passiveren mobilisiert man so wahrlich nicht. Und die Aktiven kommen ohnehin (meistens) — zähneknirschend. Bis auf die erklärten Fans jeglicher Sozialpartei. Für die ist dieser Aufruf ein Fortgeschrittenenkursus. Was man so nicht stehenlassen sollte.

ÖTV-Tarif

„Der Testfall“

Die Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst seien der entscheidende „Testfall“ für die Sparpolitik der konservativen Regierung. So steht es in diesen Tagen nicht nur in den Zeitungen, so sagen es auch die Vertreter der Regierung selbst. Dabei wird das übliche Verwirrspiel um den Beamtenstatus, um Pensionen und Renten geführt, wie immer, wenn es gilt Vor- oder Teilurteile zu mobilisieren.



Protestierende Eltern wegen Lehrermangel — Folgen der „Sparpolitik“ in den öffentlichen Bereichen, die die Bevölkerung direkt betreffen

Die Bundesregierung hat den Beamten per Gesetz eine „Erhöhung“ der Bezüge um 2 Prozent zudiktieren. Innenminister Zimmermann und Städtetagsvorsitzender Rommel haben sich, lautstark begleitet vom Flick-Partner Lambsdorff, dafür ausgesprochen, dies auch auf die Arbeiter und Angestellten auszudehnen.

Daß diese Regierung, die sich auch schon wie selten zuvor in die Tarifverhandlungen der Industrie, beispielsweise der IG Metall, eingemischt hat, in ihrem eigenen Bereich nun besonders Härte demonstrieren will,

war von vornherein klar.

Daß die Regierenden dabei auf die verhältnismäßig geringe Sympathie setzen können, die verschiedene Beschäftigte des öffentlichen Dienstes — beispielsweise auch in der Industriearbeiterschaft genießen, ist eindeutig. Man versucht in der jetzt laufenden Propagandakampagne solche Teile der Beschäftigten wie die Müllmänner, oder die Mehrzahl der Beschäftigten von Post und Bundesbahn vergessen zu machen, und handelt mehr oder minder alles unter dem Posten Beamte ab, womit sich stets „Privilegien“

verbinden. Daß sogar führende IG Metall wie „Tarifexperte“ Jansen in diesen Chor einfallen, kommt der Regierung dabei sicher nicht ungelegen.

Daß es in diesem Bereich eindeutige Scheidelinien gibt, von den hohen und höchsten Beamten zur niedersten Stufe Welten an Einkommensunterschied und Pensionsberechtigung liegen, das soll vertuscht werden. Im Gegenteil: Vor allem die FDP-Leute in der Regierung betonen ausdrücklich, gerade den Arbeitern und Angestellten ginge es viel zu gut, gerade hier müsse besonders gespart werden. So wird das Dilemma der ÖTV, in gleicher Weise den Ministerialdirektor wie den Müllmann zu vertreten, voll ausgenutzt.

Dabei ist Verschiedenes wichtig festzuhalten. Von den stets so viel geschmähten Personalausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden entfallen rund ein Viertel auf die Bereiche Schule und Hochschule. Hier wird eine Zielrichtung der Pläne der Bundesregierung deutlich, wenn man den Zusammenhang mit den gesamten bisherigen Äußerungen zur Gegenreformation in der Bildungspolitik sieht.

Was die sonstigen Belastungen der öffentlichen Kassen betrifft, so muß man festhalten, daß neben den verschiedenen

politischen Entscheidungen über die Haushalte der jeweiligen Ebenen auch da eine Vielzahl von Vergünstigungen, auf kommunaler Ebene vor allem, für die Unternehmen enthalten sind, deren Kürzung weit mehr für eine Sanierung der Finanzen hergeben würden.

Als Drittes muß man darauf hinweisen, daß die bisherigen Kürzungen und Stellenstreichungen in diesem Bereich eindeutig zu Lasten der Teile des öffentlichen Dienstes gingen, die den Kontakt bzw. die Versorgung der Bevölkerung zu tragen haben.

Und schließlich muß man die Bezeichnung „Testfall“ sehr ernst nehmen. Denn hier wird, spätestens für nächstes Jahr, direkter Kurs auf eine sogenannte Nullrunde genommen, was dann als Beispiel für die gesamte werktätige Bevölkerung dienen soll, wenn hier einmal der entscheidende Einbruch gelungen ist.

Die Aussage der ÖTV-Vorsitzenden Wulf-Mathies, nun seien ja Lohnleitlinien und Tarifdiktat vom Tisch und man könne verhandeln, muß deswegen doch als sehr fraglich beurteilt werden. Denn dies wird sich eben erst am Ende zeigen. Für besondere Zugeständnisse aber besteht kein Grund. Daß innerhalb der ÖTV einmal mehr alle — zahlreichen — Festgeldforderungen abgebügelt wurden. (was ja nur im Interesse der Besserverdienenden liegt), ist schon schlecht genug: sowohl für die Arbeitereinkommen als auch für eigentlich nötige gewerkschaftliche Kampfkraft.

Eine offene Bilanz des Abbaus

„Beschützer Blüm“

Arbeitsminister Blüm will „die kleinen Leute“ vor mehr Belastungen schützen. So meldete die Presse in der ersten Aprilwoche die Tatsache der Auseinandersetzung zwischen Blüm und Stoltenberg im Kabinett, als der Lohnpausen-Blüm gegen neue Streichpläne des früheren Krupp-Direktors Stellung nahm.

Nicht etwa, daß er sich plötzlich gewandelt hätte, der Herr Blüm. Nein, das nicht, aber er hatte eben seine Bedenken, weil es ja alles zuviel werden könnte.

Und dann machte er seine Rechnung auf, die wir gerne wiedergeben, weil er ja nun wirklich nicht im Verdacht stehen sollte, heimlich mit Kommunisten zu sympathisieren: Drei Dinge nannte er vor allem.

Zum ersten gab er erstmals, sozusagen offiziell, zu, daß eigentlich gar nicht die Rede davon sein kann, daß Arbeitslose 68 Prozent ihres letzten Netto-Lohns erhalten, sondern, nach der beschlossenen Abrechnung der Überstunden usw. eigentlich nur ganze 57,5 Prozent, im statistischen Durchschnitt jedenfalls.

Und zweitens rechnete er auf, daß seit 1981 sage und schreibe 19 Milliarden Mark an den Arbeitslosen eingesparrt worden seien. Ein Betrag, den man hätte mehr auszahlen müssen, wenn all die Kürzungen und Streichungen nicht stattgefunden hätten. Macht pro Kopf — als Vergleichsrechnung — einen Betrag über 200 Mark im Monat

aus, was Arbeitslose heute weniger erhalten, als sie noch vor zwei Jahren hätten erwarten können.

Schließlich rechnete er auch einmal zusammen, wie tief schon seit 1976 den Rentnern in die Tasche gegriffen wurde — die Rente wäre heute, wenn all die Betrügereien nicht gewesen wären um immerhin 21 Prozent höher, als sie ist.

Wie man sieht, haben Angriffe auf diese beiden Schichten „Tradition“ seit Helmut Schmidt. Und ausgerechnet sie hatte sich auch die zweite Regierung Kohl aus erstes Opfer ausgeguckt, und gerade bei ihnen wollte der Mann von Krupp schon wieder als erstes „Nachkarten“. Nun spricht ja alle Erfahrung und alle Tätigkeit des Herrn Blüm lautstark dagegen, daß er ein Beschützer der Armen und Entrechteten wäre, er hat ja Wesentliches zu dieser Tatsache beigetragen. Aber was er in seiner Furcht vor eigenem Prestigeverlust gemacht hat, war, wenn wohl auch unfreiwillig, einmal dazu beizutragen, daß aus Bonn auch mal was Wahres kam...

Immer neue Fälle von Zensur

Statt über Strauß: von Strauß

Als wir im „Roten Morgen“ vor zwei Wochen eine kurze Zusammenstellung aktueller Zensurfälle und entsprechender Politikampagnen der Reaktion machten, dachten wir eigentlich nicht daran, daraus eine ständige Rubrik zu machen. Aber es scheint

Die Reportage des ZDF-Redakteurs Großherr „Weißwürste am Äquator“ wurde kurzfristig abgesetzt. ZDF-Chefredakteur Appel gab kund, daß dies alles nur aus rein journalistischen Gründen stattgefunden hätte. Dagegen spricht: Zunächst hatte er sich persönlich für den Film ausgesprochen, erst wiederholte Interventionen dreier Mitarbeiter führten zum Sinneswandel. Mitarbeiter versteht sich, die der CSU nicht gerade fernstehen.

Denn der Bericht zeigte, daß die besonderen Beziehungen zwischen Togo und Bayern, zwischen Eyadema und Strauß, tatsächlich von ganz besonderer Art sind: Den „Spezis“ werden Möglichkeiten für gute Geschäfte geboten, auch im Kleinen. Und es wurde auch der korrupte, brutale Charakter des Eyadema-Regimes aufgezeigt, das der CSUeigenen Hanns Seidel Stiftung alle politischen Vorrechte einräumt. Die „Baye-risch-Togoische Gesellschaft“ lobt die kaiserliche Landnahme in Togo und Herr Strauß sitzt vor.

Diese ebenso einfachen wie simplen aber eben doch auch enthüllenden Tatsachen, die

dürfen im Monat 6 der „Wende“ so nicht mehr im Fernsehen kommen, da gibt es den Aufstand freiwilliger Zensoren.

Also wird der Film nicht gebracht, sondern erst später, mit sachlichen Ergänzungen. Ergänzt soll er wohl vor allem durch eines werden: durch eine Stellungnahme von Franz Josef

nötig, denn inzwischen haben sich schon wieder einige Fälle dieser Art in Rundfunk und Fernsehen angesammelt. Der eindeutigste davon im ZDF, Thema: Togo — und die Bayern.

Strauß höchstpersönlich.

Bleibt eben als Konsequenz nur zu ziehen: Ein Film von Strauß soll anstelle eines Filmes über Strauß gesendet werden. Was schon, bei aller Pressefreiheit, die es selbstverständlich in jeder Weise unangetastet gibt, doch ein bißchen ein Unterschied ist.

Mit diesem, vielleicht nicht einmal übermäßig wichtigen, aber eben doch sehr eindeutigen Fall, ist die Zahl solcher Vor-kommnisse (soweit sie überhaupt auch nur ansatzweise bekannt werden), in den ersten vier Monaten dieses Jahres schon auf über ein Dutzend angestiegen...



Strauß und Partner Eyadema und Wehrmachtshelme

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Meldungen

Yüksel Sen frei

Anfang April wurde der kurdische Asylbewerber Yüksel Sen aus der Abschiebehaft entlassen. Er wurde in der JVA Köln-Ossendorf gefangen gehalten. Grund für die Freilassung war das Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das eine Entscheidung des Oberlandesgerichts Köln zur Abschiebung des politisch verfolgten Demokraten aufhob und den Fall zur erneuten Verhandlung nach Köln zurückverwies (der „Rote Morgen“ berichtete).

Nazi-Volksbegehren verboten

Das Obergerverwaltungsgericht Münster hat bereits Mitte März den Versuch der NPD-gesteuerten „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ verboten, über ein Volksbegehren in den Schulen eine Trennung zwischen deutschen und Ausländerklassen herbeizuführen. Damit ist dieser Vorstoß der Nazis, gegen den sich im letzten Jahr der Landtag Nordrhein-Westfalens ausgesprochen hatte, erstmal vom Tisch. Was uns die offizielle Ausländerpolitik der Bundes- und Landesregierungen in Zukunft noch alles beschert, ist allerdings eine andere Sache.

Todesschütze angezeigt

Die Fachgruppe Demokratie und Recht der Hamburger Grün-Alternativen Liste (GAL) hat Strafanzeige gegen den Polizisten Dieter L. gestellt, der Anfang März den 18-jährigen Alf Heins mit am Kopf aufgesetzter Pistole erschoss. Die Anzeige wird von Rechtsanwalt Hartmut Scharner aus Hamburg vertreten. Die GAL fordert auch eine Überprüfung, ob die tödliche Waffe — eine Sig & Sauer P 69 mm — überhaupt weiter benutzt werden darf. Es handelt sich um eine Waffe mit hoher Durchschlagskraft, bei der wichtige Sicherungen fehlen, um schnelles Feuern zu ermöglichen.



Sehr verbunden

Helmut Zierach, Vorsitzender des Deutschen Beamtenbundes (DBB) in Westberlin, fühlt sich den Neonazis „verbunden“. „Sehr herzlich“ bedankte er sich für eine Spende in Höhe von 50 DM, die die NPD auf ein DBB-Sonderkonto für verletzte Polizeibeamte überwies, und schloß mit den Worten: „Wir sind Ihnen verbunden“. Schöne Gewerkschaft. Daß es auch in der Polizeitruppe genug Leute gibt, die den Nazis „verbunden“ sind, kann man bei Polizeieinsätzen nicht nur in Westberlin oft genug erleben.



Vor 40 Jahren:

Aufstand im Warschauer Ghetto

Am 19. April vor 40 Jahren erhoben sich Bewohner des jüdischen Ghettos in Warschau zum Widerstand gegen ihre faschistischen Folter. Nachdem bereits monatelang täglich mehrere tausend Menschen zur Vernichtung abtransportiert worden waren, widersetzten sich große Teile der noch im Ghetto verbliebenen Juden dem abschließenden Massentransport in den sicheren Untergang. Der mit großem Mut vorgetragene Widerstand wurde schließlich nach fast einmonatigem Kampf, bei dem die faschistischen Truppen mit äußerster Grausamkeit vorgehen, von den weit überlegenen Nazis niedergeschlagen. Das Ghetto wurde zerstört, die Überlebenden umgebracht.

Heute versuchen die zionistischen Verbrecher in der israelischen Regierung, die Erinnerung an diesen Kampf auszunutzen, um die Bevölkerung Israels zum Haß und zu Gewalttaten gegen die palästinensische Bevölkerung aufzustacheln. Angeblich um die „Lebensrechte der jüdischen Nation“ zu sichern, will die Regierung Begin ihre Siedlungspolitik in den besetzten Gebieten verstärken.

Die Erinnerung an den Warschauer Aufstand ist sicher nicht nur eine Angelegenheit des polnischen Volkes und der Bevölkerung Israels. Für deutsche Antifaschisten ist es Mahnung und Auftrag, ihren Kampf fortzusetzen, damit der Faschismus bei uns nie wieder an die Macht kommt.

Bald „tugendhafte“ Anwälte?

Der Deutsche Anwaltsverein hat sich mit verschiedenen rechtspolitischen Plänen der neuen Bundesregierung befaßt und eine Reihe von Vorbehalten dagegen formuliert. Das ist auch wahrhaftig nötig.

Unter anderem forderte die DAV die Abschaffung des Kontaktsperregesetzes. Dieses Gesetz dient der totalen Isolation eines Gefangenen, der danach nicht einmal mehr mit Rechtsanwälten verkehren kann und somit völlig außerhalb des normalen Rechts gestellt wird. Diese Maßregelung, die zusammen mit einer Reihe von anderen die Zermürbung und psychische Zerstörung von Gefangenen ermöglichen soll, wird besonders gegen politische Gefangene eingesetzt. Der Möglichkeit ihrer Anwendung sind keine Grenzen gesetzt.

Die Bundesregierung plant nun eine Regelung, nach der Landgerichtspräsidenten Vertrauenspersonen für den Kontakt mit Inhaftierten ernennen können. Diese „Reparierung“ des Gesetzes lehnt der DAV ab. Er sieht darin die „Einführung einer weiteren Kategorie von Anwalt oder Verteidiger“. DAV-Präsident Rabe erklärte: „In der Praxis werden das solche Anwälte sein, die sich nach dem

Urteil des Landgerichtspräsidenten als besonders tugendhafte Menschen herausgestellt haben“. Das sei „eine Aussage über grundsätzliches Mißtrauen gegenüber der Anwaltschaft“ und könne zur Aufteilung in „Anwälte erster und zweiter Klasse“ führen. Die „erste Klasse“ — das wären dann die, die vor Gericht so auftreten, wie es dem Staat genehm ist. Und dafür gegebenenfalls auch ihren Mandanten in die Pfanne hauen oder hauen lassen. Die Bundesregierung versucht hier also unter dem Deckmantel „liberaler“ Überlegungen einen weiteren Angriff auf die angeblich garantierte Freiheit der Strafverteidigung zu starten.

Der DAV wandte sich auch gegen die geplante Änderung des Landfriedensbruchparagrafen 125 StGB, wonach jeder, der sich nicht aus einer Menschenmenge entfernt, aus der heraus nach Ansicht der Polizei „Gewalttätigkeiten“ unternommen werden, wegen angeblichen Landfriedensbruchs vor Gericht gebracht werden kann. Protest gab es auch gegen Pläne zur „Beschleunigung“ von Strafverfahren durch Ersetzung von mehreren Richtern durch Einzelrichter und durch Abschaffung der Berufsmöglichkeiten in bestimmten Verfahren.

... eher ein Idiot

Das Abenteuer hat begonnen. Nach dem Einstieg in die Geisterbahn geht die abenteuerliche Reise durch „die Geschichte unseres Staates“ zehn Wochen lang weiter. „Abenteuer Bundesrepublik“ — jeden Montag von viertel nach acht bis viertel nach neun.

Die Auftaktssendung am Sonntag machte bereits deutlich, was einen auf dieser Reise erwartet: Jede Woche bekommt man ein neues Stück eines mit reichlich Schmalz und Zuckerpuß überzogenen Kuchens vorgesetzt, einige Zartbittersteusel markieren „Kritikpunkte“. Das Urteil nach Genuß wird einem auch noch in den Mund gelegt: Es gibt nichts Besseres. Eine Liebeserklärung an „unsere Republik“.

Die Serie kommt zu passender Zeit. Sie kommt sicher der neuen Regierung zupass, die der Bevölkerung so gerne ein Gefühl der alle Schwierigkeiten überlagernden Gemeinsamkeit vermitteln möchte, einer „Liebe zu Deutschland“, die den Blick auf schnelle Klassenwidersprüche verstellt. Ganz in diesem Sinne sang Stephan Sulke in der Auftaktssendung sein Lied über „Germania“: „... aber irgendwie: ich liebe sie...“ Er liebt sie, die Germania. Egal, was sie sich so „geleistet hat“ oder noch leistet, auch, „wenn sie mal dem Falschen hinterherläuft“ — Hitler nämlich. So personifiziert, kann „das Land“ oder „die Nation“ auch nicht differenziert betrachtet werden. Heraus kommt das Bild einer liebenswerten Person mit Schwächen und Fehlern. Wenn Sulke in diesem seinem Lied wehmütig fragt: „... bin ich denn vielleicht ein Patriot, oder bin ich ein Idiot“, würde ich schon sagen: eher ein Idiot.

Von der Mitwirkung einer Persönlichkeit wie Elke Heidenreich bei diesem Auftaktsschmus mußte man enttäuscht sein.

Kennzeichnend für den Überblick über die Serie, der am Sonntag gegeben wurde, und für die erste Folge am Montag: Klassenwidersprüche gibt es nicht. Wer Aufklärung erwartet, braucht den Fernsehkasten gar nicht erst einzuschalten.

Aufklärung zum Beispiel darüber, wie es nach dem Krieg denjenigen erging, die ihn zu verantworten hatten. Damit

Abenteuer Bundesrepublik



Ein „normaler“ Polizeieinsatz. Kein Bild aus der Fernsehserie.

sind nicht nur die Nazi-Größen gemeint, sondern ihre Hintermänner. Kein Wort darüber, daß es solche Hintermänner überhaupt gab. Und das gehört doch schon zu den Selbstverständlichkeiten bei Beiträgen mit einigermaßen demokratischem Anspruch.

In diesem Film ist alles im alten Schema. Nach dem Krieg bekam jeder seine 40 Mark, dann kam das Wirtschaftswunder. Die Amerikaner brachten uns die Demokratie und das Essen, der Marshall-Plan ist das Muster für uneigennützte Hilfe. Die demokratischen Verpflichtungen des Potsdamer Abkommens werden nur sehr verkürzt erwähnt, stark herausgestellt wird, es sei der Anfang der „Vertreibungs“-Politik gegen Deutsche gewesen. Stalins „Politik der Stärke“, seine „Skrupellosigkeit“ wird endlich vom Westen beantwortet. Von Churchill und Truman vor allem, letzterer eifrig bemüht, den kommunistischen Diktator in die Schranken zu verweisen. Unter anderem so: „Am siebten Tag (der Potsdamer Verhandlungen — RM) zieht Truman einen neuen Trumpf aus der Tasche: die erfolgreiche Zündung einer amerikanischen Atomombe“. Ein toller Trumpf. (Hat es dabei Tote gegeben? Im Film erfährt man es nicht.) Aber: „Stalin zeigt sich beeindruckt“. Dieser Unmensch. Einfaches antikomunistisches Strickmuster, nicht ungeschickt ins Bild gesetzt, ist Bestandteil des „Abenteuers Bundesrepublik“.

Währungsreform. Berliner

Blockade. Alle möglichen Ereignisse werden angeschnitten. Einige Fehlinformationen ausgestreut, und weiter geht's. Wie gesagt, nicht ungeschickt. Das alles ausführlich mit den Tatsachen zu konfrontieren, würde viel Platz kosten.

Das sollte nicht der Sinn dieser Bemerkungen sein. Zu verschiedenen Fragen, die in dieser Deutschland-über-alles-Serie angesprochen werden, wird der „Rote Morgen“ in loser Folge Stellung nehmen.

Eins sei noch erwähnt, für die Radikalinsks unter unserer Leserschaft, die sich fragen, ob nicht irgendwann doch mal etwas über Klassenauseinandersetzungen gesagt wird. Oh ja, es wird. In der achten Folge. Das Buch zur Serie (Ulrich Harbecke: „Abenteuer Bundesrepublik“, Lübbe Verlag 1983, 18,80 DM) verrät es. Drei ganze Seiten sind dem Thema „Arbeit und Kapital“ gewidmet. Da ist vom Druckerstreik '76 und vom Stahlarbeiterstreik '78 die Rede. Kostprobe: „Die Ware ‚Arbeit‘ ist zu teuer geworden und wird immer weniger gebraucht. So geschieht mit ihr, was mit jeder Ware geschieht, deren Preis zu hoch ist und deren Nachfrage sinkt: Sie bleibt auf der Halde. Andererseits lassen sich Gewerkschaften und Arbeitslose nicht davon überzeugen, daß ihre Arbeitskraft nur eine Ware ist.“

Ist das nicht problematisch. Tja. Aber Kopf hoch: Gemeinsam schaffen wir's! Meint doch auch unsere neue Regierung. Wirklich: Ein rechter Film zu rechter Zeit.

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellingerhof Str. 103. Tel.: (0231) 433691 und 433692.

4800 Bielefeld 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 Bochum, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefstr. 110.

2800 Bremen (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/393888, geöffnet: Mi - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 Dortmund 1, Parteibüro Ortsgruppe Dortmund, Stollenstr. 12 (Eingang Clausthaler Str.), Tel.: 0231/832328, geöffnet: Fr 17-19 Uhr.

4600 Dortmund 30, Zentrales Büro der KPD, Wellingerhof Str. 103, Tel.: 0231/433691 (92).

4100 Duisburg 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzger Str. 24, Tel.: 0203/443014.

4000 Düsseldorf (Eller), Kontaktmöglichkeit zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Sa 10 - 12 Uhr.

6000 Frankfurt 60, Kontaktadresse: Peter Stecay, Linnestr. 13, Tel.: 0611/491918.

2000 Hamburg 6, Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: 040/4300709, geöffnet: Mo-Fr 10-18 Uhr, Sa 9-12 Uhr.

3000 Hannover 81, Kontaktadresse südliches Niedersachsen, Wolf-Jürgen Herzog, Bothmerstr. 25, Tel.: (0511) 839653.

7100 Heilbronn, Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1.

2300 Kiel 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431/567702, geöffnet: Mo, Di, Do + Fr 9-13 Uhr + 15-18 Uhr; Mi 9-13 Uhr; Sa 10-13 Uhr.

5000 Köln 30, Kontaktmöglichkeit zur KPD: Treff- und Lesestube Neue Zeit, Marienstr. 37a, Tel.: 0221/554956, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.

6700 Ludwigshafen, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz/Saar: W. Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: 0621/523966.

7000 Stuttgart 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/432388, geöffnet: Mo + Fr 16.30 - 18.30 Uhr; Mi 17.30 - 18.30 Uhr; Sa 10 - 12 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen Roter Morgen, Sprengelstr. 40, Tel.: 030/4653966, geöffnet: Mo-Fr 16-18 Uhr; Sa 11-13 Uhr.

Osnabrück

„Die örtliche IG Metall muß endlich aus ihrer Schamecke heraus . . .“

Das folgende Interview mit zwei Karmann-Arbeitern aus Osnabrück, das uns zugesandt wurde, wurde zuerst im „Linken Extra Dienst“ der Demokratischen Sozialisten veröffentlicht. Wir halten eine Veröffentlichung im „Roten Morgen“ unter anderem aus folgenden Gründen für unsere Leser interessant: Weil einmal recht konkret die Rede davon ist, wie es im Betrieb aussieht und wie sich das entwickelt hat. Und weil es zeigt, wie die krisenhafte Entwicklung des westdeutschen Kapitalismus auch in solchen Bereichen, die jetzt nicht so im Brennpunkt stehen wie Stahl oder Werften, ihre tiefgehenden Auswirkungen hat.

Frage: Könntet ihr zuerst einmal erläutern, was bei der Firma Karmann so alles hergestellt wird, wie groß die Firma ist usw.?

Kollege N.: In ihrer heutigen Form besteht die Firma aus drei Bereichen: Karosseriewerk (also Fahrzeugbau), Presswerk, Werkzeugbau. Heute werden folgende Produkte hergestellt: Der VW-Scirocco, Der Golf-Cabrio, eine Sonder-Karosserie für BMW (deren „Inneren“ bei BMW montiert werden), verschiedenste Pressteile für Automobilfirmen (z.B. Ersatzteile). Dann ist da noch der Werkzeugbau mit ca. 900 Beschäftigten: Hier werden komplette Werkzeugserien für zahlreiche Auto-Modelle der verschiedensten Automobilfirmen (VW, Daimler, Ford, Renault, Seat usw.) hergestellt. Umsatzerlös der letzten Jahre: So um die 500 Mio. DM. Auf dem Höhepunkt der Produktion des alten Scirocco waren insgesamt fast 7000 Kollegen beschäftigt ('79). Jetzt besteht die Belegschaft noch aus 5400 Beschäftigten. (Man kann sagen: kapitalmäßig unabhängig. Von der Produktion her vor allem von VW abhängig. Die Firma ist eine GmbH.)

Frage: Nun gibt es ja Meldungen, daß auch bei Karmann eine Massenentlassung ins Haus steht. Welches sind denn die Gründe dafür, und wann habt ihr davon gehört?

Kollege J.: Grundlage für die Schwierigkeiten bei Karmann ist der Rückgang der Produktion vor allem des neuen Scirocco, dessen Produktion so Anfang '81 anlief. Dieses Modell kam eben nicht so gut an, vor allem in den USA ist der Umsatz stark gesunken.

Man muß aber eines hinzufügen: Wenn Unternehmer angesichts sinkender Produktionszahlen rote Augen kriegen (die sind meist „röter“ als die „roten Zehen“) und sie ihre Entlassungsfeldzüge als „wirtschaftlich unumgänglich“ hinstellen versuchen, dann sagen sie meistens nicht mal die Hälfte der Wahrheit. Das ist auch bei „unserem“ Unternehmer Wilhelm Karmann so: In einem anderen Werk, dem Karmann Werk in Rheine — kapitalmäßig unabhängig und in seiner juristischen Form so abgesichert, daß man nicht von einem Konzern sprechen kann oder von einem Tochterunternehmen im Falle von Rheine —, dort also soll nach den Sommerferien die Produktion eines Cabrio-Modells von Ford (Escort) beginnen. Geplant: 400 Beschäftigte. Im Moment ist das so gut wie nichts. Man kann davon ausgehen, daß Karmann aus dem Grunde nach Rheine gehen will, weil z.B. staatliche Investitionshilfen winken, die es so — oder so günstig — für Osnabrück nicht gäbe.

Kollege N.: Eine offizielle Bekanntmachung gibt es erst Anfang dieses Jahres. Aber natürlich wurde über Entlassungen bereits seit Bekanntmachung und dann Durchführung der Kurzarbeit in ganz massivem Umfang nach den Sommerferien '82 gesprochen. Denn das

hat sich mittlerweile herumgesprochen: Kurzarbeit ist zumeist der Vorbote für Massenentlassungen und wird von der Unternehmenseite auch dazu benutzt, um die Belegschaft weichzukochen. Bereits nach den Sommerferien — gleich in der ersten Sitzung des Betriebsrates — hatte Arbeitsdirektor Henneken von einem Personalüberhang von ca. 1500 gesprochen, wovon 500 am besten gleich entlassen werden müßten. Die Zahl 500 ist seitdem im Gespräch. Und Anfang Januar '83 erfolgte dann ja auch der Antrag auf Entlassung von 500 Kollegen beim Landesarbeitsamt. Als damals — noch vor den Sommerferien '82 — einige Betriebsräte die Zustimmung zur Kurzarbeit von einer Arbeitsplatzgarantie abhängig machen wollten, wurde das im Betriebsrat schlichtweg abgelehnt: Damit würde man die doch für alle beste Lösung, Kurzarbeit, gefährden. Man solle die Unternehmenseite nicht provozieren. So oder so ähnlich soll die Betriebsratsspitze diesen Vorstoß einiger Betriebsräte abgelehnt haben. Dieses Vorgehen — eigentlich typisch für die Haltung nicht nur der Betriebsratsspitze bei Karmann, sondern auch heute noch die Grundhaltung der Gewerkschaftsspitzen (Ausnahmen gibt es natürlich in den letzten Jahren mehr) —, dieses Vorgehen aber verhindert eine offene Diskussion in der Belegschaft über Möglichkeiten, wie man einen Kampf für den Erhalt der Arbeitsplätze führen kann.

Frage: Damit wären wir ja schon bei Haltung des Betriebsrates angelangt. Ist die Belegschaft immer über alle Schritte der Unternehmensleitung informiert worden, und vor allem: hat der Betriebsrat bisher versucht, die Kollegen in irgendeiner Weise gegen die Entlassungen zu mobilisieren?

Kollege N.: Selbst die Informationen durch den Betriebsrat sind sehr dürftig. Was alles im Betrieb so kursiert, kommt eher von den betrieblichen Vorgesetzten und damit letztendlich von der Geschäftsführung. Angebliche oder tatsächliche Entlassungslisten, wer da nach welchen Kriterien draufstehen könnte usw. Das aber schafft Unsicherheit — und dem setzt der Betriebsrat nicht wirklich eine starke Linie entgegen. Die letzte Betriebsversammlung war im November, und dort hat der Betriebsrat so argumentiert: Ob es zu Entlassungen kommt oder nicht, kann jetzt noch nicht gesagt werden. Aber die Geschäftsführung wollte und will die Entlassung — was kann man dagegen tun? Das ist doch die Frage!

Als dann im Januar über einen Artikel in der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ die Geschäftsführung ihrerseits in die Offensive geht und Nägel mit Köpfen macht, wird keine Betriebsversammlung einberufen — zwei Betriebsräte hatten diesen Schritt in einer eigens herausgegebenen Betriebsinformation vorgeschlagen.

Kollege J.: Immerhin hat der Betriebsratsvorsitzende Nard-

mann als Erwiderung auf den erwähnten NOZ-Artikel eine Pressemitteilung herausgegeben, die zumindest den größten Unverschämtheiten der Geschäftsführung — wenn auch sehr zahm — etwas widerspricht. Im übrigen kennen wir ja die Haltung von Martin Nardmann und dem ersten Bevollmächtigten der IGM, Ernst Weber, zur Frage von Massenentlassungen: Im Februar hatte es ein Seminar, organisiert vom Kirchlichen Dienst der Arbeitswelt, gegeben. In einer Podiumsdiskussion standen zwei Standpunkte sich deutlich gegenüber: Einmal die Position von Kollegin Rieger, Betriebsratsvorsitzende des in diesen Tagen die Pforten schließenden Textilbetriebes Overmeyer und Busch (sie ist auch Mitglied im Bezirksvorstand der IG-Textil). Aus den Erfahrungen ihrer Betriebsbesetzung vor einigen Monaten zog sie den Schluß: Die Gewerkschaft und die Betriebsräte müssen an der Spitze eines offensiven Kampfes zur Verteidigung der Arbeitsplätze stehen, mit einer breiten Öffentlichkeitsarbeit und allem drum und dran. Dem gegenüber stand die Position der Kollegen Nardmann und Weber: Bei Karmann (überall dort, wo Massenentlassungen anstehen) muß zuerst einmal Ruhe einkehren, und man muß verhandeln.

Frage: Wie wirkt sich denn die ganze Situation im Zusammenhang mit einer Massenentlassung auf das Verhältnis zwischen deutschen und ausländischen Kollegen aus?

Kollege J.: Zuerst einmal muß man feststellen, daß es bei Karmann zu scharfen Äußerungen von Ausländerfeindlichkeit nicht gekommen ist. Nach der schlimmen Kampagne der Reaktion in unserem Land muß man sich über das im großen und ganzen doch disziplinierte Verhalten der deutschen Kollegen eigentlich eher wundern.

Auf der anderen Seite gibt es natürlich bei Teilen der Belegschaft eine unterschwellig vorhandene Erwartung: Wenn schon welche gehen müssen, dann sollten doch die ausländischen Kollegen „eher dran sein“. Die Abfindungsangebote — allerdings sehr niedrig, 500,— DM pro Jahr Betriebszugehörigkeit plus Sockelbetrag von 2000,— DM — der Geschäftsführung schüren natürlich dieses Denken. Aber es ist auch ganz klar: Wenn kein Kampf für die Verteidigung der Arbeitsplätze geführt wird, dann muß es zu diesen oder anderen Haltungen in der Belegschaft kommen. Dann muß es dazu kommen, daß sich Kollegen Gedanken der Art machen: Ja, der und der ist eigentlich zuerst dran . . .

In einer solchen Situation müßte eigentlich auch eine gewerkschaftliche Aufklärungsarbeit über das Problem „Nehmen uns die Ausländer die Arbeitsplätze weg?“ stattfinden. Es gibt im „Gewerkschafter“, dem Funktionsorgan der IGM, einen ganz hervorragenden Schulungsartikel zu dieser Frage — aber im Vertrauens-

körper, oder auch sonstwie, läuft da nichts. Betriebsräte sind bereits in der Öffentlichkeit dazu angesprochen worden und haben sich herausgeredet: Bei Karmann gibt es keine Probleme mit der Ausländerfeindlichkeit. So einfach ist das also!

Frage: Was muß denn jetzt nach eurer Meinung getan werden, gibt es noch eine Chance, eine Massenentlassung zu verhindern?

Kollege N.: Ende 1980 ist im Textilbereich der Firma ein Streik gemacht worden, der die Schließungspläne für diesen Bereich (Verlagerung nach Rheine) vom Tisch brachte. Nun kann man diese Erfahrung natürlich nicht so einfach übertragen: Der Textilbereich war als Ganzes betroffen, da war es natürlich leichter für die Kollegen, sich zu einigen. Wenn aus einer Belegschaft oder aus einem Bereich Teile herausgebrochen werden sollen — und die Mehrheit rechnet sich für heute noch aus: Ich bin nicht dabei —, dann sieht das natürlich anders aus.

Ich selbst meine, daß die Forderung nach einem Sozialplan für ältere Kollegen in der jetzigen Situation richtig ist. Natürlich muß der Belegschaft auch in solch einer Situation gesagt werden: Eigentlich geht es um die Verteidigung aller Arbeitsplätze und im Grunde genommen ist „Sozialplan“ schon ein Kompromiß. Aber in der konkreten Situation wird ein Kampf für einen Sozialplan für ältere Kollegen — die haben ja immerhin ihr Leben lang gearbeitet und fliegen in dem Sinne nicht mehr auf die Straße — also ein Kampf für einen Sozialplan würde die Mehrheit der Belegschaft in klare Position gegen die Unternehmenseite bringen: Denn Karmann will das nicht, das würde ihn zu stark binden und eine Massenentlassung — verbunden im irgendeiner lächerlichen Abfindung — ist für diese Herren doch viel praktischer.

Der Betriebsrat hat diese Forderung auch als wichtigsten Punkt in einem Plan vorgeschlagen. Aber es soll bloß keiner der Illusion nachhängen: Das wird schon klappen, denn „wir haben die besseren Argumente.“ (So Martin Nardmann in der besagten Presseerklärung). Natürlich haben wir Arbeiter die besseren Argumente, als wenn es überhaupt darum geht. Um was durchzusetzen, und sei es ein guter Sozialplan für die Älteren, muß Druck gemacht werden, und den wollen einige Betriebsräte offensichtlich nicht. Als erstes müßte eine Betriebsversammlung gemacht werden, mit Transparenten und Stimmung und allem Drum und Dran — vor zweieinhalb Jahren war das im Textilbereich auch der Anfang. Gleichzeitig muß eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit gemacht werden. Der Unternehmer gehört an den Pranger.

Die örtliche IGM muß endlich aus ihrer Schamecke heraus: In allen drei Osnabrücker Großbetrieben laufen im Moment Massenentlassungen oder stehen bevor. Im Rahmen des Moderatorenkonzepts steht der örtliche Klöckner-Betrieb (und der in Georgsmarienhütte) eventuell ganz zur Disposition: Hier muß eine koordinierte Aktion aller drei Großbetriebe als Einstieg für

einen breiten Kampf zur Verteidigung der Existenz ganz Osnabrücks durchgeführt werden. „Verhandeln“ als Hauptmethode — das ist angesichts der Bedrohung unserer Existenz geradezu unverantwortlich und führt schnurstracks in eine schwere Niederlage. Die Ideen der Sozialpartnerschaft, schon viel zu lange tragendes Konzept in Funktionskreisen, beweisen immer mehr ihren Bankrott.

Um etwas in Bewegung zu setzen, halte ich es für sehr wichtig, daß aktive Kollegen in einem Betrieb sich zusammensetzen und gemeinsam überlegen, was man tun kann: For-

derungen für den Betrieb aufstellen, und wie kann das z.B. im Vertrauenskörper und in der Belegschaft zum Tragen kommen. Auch überbetriebliche Koordination durch solche Kollegen ist da gut.

Ebenfalls ist an folgendes zu denken: In Verbindung mit Kollegen aus den Betrieben sollte man ruhig — wo das möglich und sinnvoll erscheint — so etwas wie Bürgerinitiativen zur Verteidigung der Arbeitsplätze gründen. Man muß eben alle Möglichkeiten nutzen, um etwas in Bewegung zu bringen.



ÖTV-Kampagne

„Arbeitsschutz im Krankenhaus“

Vor Presse und Fernsehen hat Heinrich Schmidt vom Hauptvorstand der ÖTV den Beginn einer Kampagne zur Verbesserung des Arbeitsschutzes in den Krankenhäusern bekanntgegeben.

Anhand von eigens dafür ausgearbeiteten Checklisten sollen die Kreisverwaltungen der Gewerkschaft den aktuellen Mangelstand in bundesdeutschen Krankenhäusern erfassen. Zur Mitte des Jahres will die ÖTV dann einen Zwischenbericht abgeben.

Die zum Auftakt der Kampagne genannten Zahlen und Fakten sollten alleine schon genügen, um sehr nachdenklich zu stimmen. Da wurde hervorgehoben, daß nur die Hälfte der Krankenhausbelegschaften bei Arbeitsaufnahme einem Betriebsarzt oder Sicherheitsbeauftragtem vorgestellt werden. Da wurde eine Erhebung der Deutschen Krankenhausgesellschaft verbreitet, nach der in den bestehenden 3200 Krankenhäusern rund 18000 Planstellen nicht besetzt seien. Da wurde über den planlosen Umgang mit radioaktivem Abfall, über fehlende Brandschutzvorsorge in Labors und anderes berichtet. Auch über mangelnde Isolation von Infektionskranken und

schädliche Klimaanlage.

Die ÖTV nahm dies als Anlaß, erneut ihre Forderung zu bekräftigen, das seit Mitte letzten Jahres vorliegende einheitliche Arbeitsschutzgesetz (Entwurf) zu verabschieden. Und vor allem unterstrich der ÖTV-Sprecher, daß die sogenannte Kostendämpfung im Gesundheitswesen nicht durch Personalabbau und Abschaffung von Arbeitsschutz erzielt werden dürfte.

Als Gegenvorschlag wurde unter anderem genannt, Ärzte, die öffentliche Labors benutzen, stärker zur Kasse zu bitten — ohne Zweifel ein Schritt in die richtige Richtung, wie auch diese gesamte Kampagne. Beim Thema Kostendämpfung im Gesundheitswesen, das ja in gewisser Weise eine Vorreiterrolle beim gesamten Sozialabbau übernommen hatte, muß das Tabu der Konzernprofite, vor allem aus der Pharmaindustrie und der Großverdiener gebrochen werden.

Bundesarbeitgeberverband Chemie:

„Die Krise macht gesund“

„Bei schwacher Konjunktur gesündere Mitarbeiter“ — unter dieser Überschrift berichtete das „Handelsblatt“ über eine Bilanz der Chemieunternehmer für das Jahr 1982. Und in der Tat — rein statistisch stimmt dies zweifelsohne.

Denn in ihrer Dokumentation weisen die Chemieunternehmer darauf hin, daß im Jahr 1982 der niedrigste „Krankenstand“ seit 1968 erreicht worden sei.

Waren während der gesamten 70er Jahre niemals weniger als durchschnittlich 6 Prozent krank gemeldet (1979 betrug diese den Unternehmern so verhaßte Quote sogar 7,18 Prozent), so sank sie von 1981 auf 1982 drastisch von 6,52 auf 5,56 Prozent, also um einen vollen Prozentpunkt. Was konkret heißt, daß rund ein Fünftel weniger Krankmeldungen eingingen.

Die Chemieunternehmer halten sich nun gar nicht damit auf, etwa behaupten zu wollen, daß die Arbeitsbedingungen in ihren Betrieben innerhalb dieses Zeitraums etwa so viel besser geworden seien. Auch nicht damit, daß sie kundtun, die Belegschaften seien eben so faul und

arbeitscheu. Sondern sie wiesen schlichtweg daraufhin, daß dies immer so sei, in Zeiten schlechterer Wirtschaftslage.

„Nach Meinung der Chemiearbeitgeber bestätigte die Entwicklung der letzten Jahre erneut die Erfahrung, daß sich parallel zur konjunkturellen Abschwächung auch der Krankenstand abschwäche.“ Kurz, knapp und zynisch. Gesundheit und Leben der Chemiearbeiter interessieren diese Herren natürlich einen Dreck, nur als Kostenfaktor, der zu senken ist.

Wie das so kommt, darüber lohnt es sich nach Meinung von Unternehmern und ihrer Presse natürlich nicht, ein Wort zu verlieren. Und mit Sicherheit würden sie es entrüstet von sich weisen, wenn etwa jemand behaupten wollte, das habe mit der Entlassungsdrohung zu tun, die in „solchen Zeiten des Abschwungs“ durch die Hallen geht...

Verstaatlichungsforderung in der Werftindustrie

HDW als Argument gegen Verstaatlichung?

Da sieht man es doch wieder, meinen manche, als die „Neuigkeiten“ über HDW herauskamen: Die HDW ist ja verstaatlicht, also bringt Verstaatlichung wirklich nichts. Und mit Sicherheit ist dies ein Argument, das man berücksichtigen muß, wenn man den Weg diskutiert, den die Werftarbeiter im Kampf um die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze gehen müssen. Aber eben: Kein Argument gegen die Forderung nach Verstaatlichung.

Denn sicher ist HDW „verstaatlicht“. Aber es ist dies eben eine typisch kapitalistische Art der Verstaatlichung, eine Aktion in der Art, wie es das große Kapital haben will: Unter der Leitlinie „Sozialisierung der Verluste, Privatisierung der Gewinne“, wie es schon immer in solchen Fällen war.

HDW diente den anderen Werftunternehmen, um es mal drastisch zu sagen, als Schrott-Abplatz. Das beste Beispiel dafür ist eben Hamburg, wo für dasselbe Geld, für das bei HDW wegrationalisiert wurde, auf der anderen Seite, im selben Reparaturbereich, Blohm & Voss ausgebaut wurde: aus Steuergeldern, versteht sich.

Insofern ist diese Entwicklung ein eindeutiger Beweis dafür, daß man in solchen kapitalistischen Krisenbranchen die Forderung nach einer gesamten Verstaatlichung der Branche, in allen Sparten erheben muß, sonst wird es immer wieder einen solchen Verlauf nehmen. Und daß diese Forderung ergänzt und präzisiert werden muß, um der Gegenseite Spielräume wegzunehmen: Arbeitsplatzgarantie, Arbeitszeitverkürzung usw.

Deutlich wird auch, daß da-

bei die Forderung nach Kontrollrechten für die Belegschaften dazugehört, um den Einfluß der Arbeiter auf das Geschehen auszubauen und abzusichern.

Im Konkreten betrachtet, wenn einmal davon abgesehen wird, was mancher Linke meint, was die Kapitalisten eigentlich tun müßten, zeigt es sich wiederum — wie auch bei der Stahlindustrie — daß das Kapital gegen die Verstaatlichung ist.

Dabei gehen die Privatbesitzer so weit, daß sie die geplante Werftenkonferenz — das SPD-Zugpferd — vom 21. April ganz direkt vor vollendete Tatsachen stellen wollen, obwohl von dieser Seite im besten Falle äußerst gebremster Widerstand gegen massive Kahlschlagpläne zu erwarten ist.

Ihre Pläne zur Werftsanierrund sind alt: Sie datieren aus dem Jahr 1970, der damaligen Werftenquote, und sie wurden auf die heutigen Verhältnisse „übertragen“. Die Wende in Bonn beflügelte solche Unternehmerpläne. Denn man will solch kostenträchtige Vorgehensweisen, wie bisher in der Stahlindustrie praktiziert, vermeiden. Die vielen Millionen Staatsgelder, die die sozialdemokratische Regierung ausgab,

um dort „sozial abzufedern“, wie das so schön heißt, die will das Kapital heute nicht mehr wegfleßen sehen, womöglich gar noch etwas in Arbeitertaschen als Abfindung usw. Das soll wenigstens auf ein Minimum reduziert werden, die politischen Rücksichten sollen fallengelassen werden, jetzt hat man die politischen Bedingungen dafür. So meinen die Unternehmer wenigstens.

Die Werftbesitzer sprechen dazu durchaus eine deutliche Sprache: Der einzige Ausweg aus der Werftenkrise bestehe in einer „einzelbetrieblichen Lösung“ ist ihre Haltung. Was heißt: Spaltung der Arbeiterschaft, Herabspielen des Umfangs des Problems, und eben einmal mehr: Heraushalten der Politik.

Und dies wird garniert mit massiver Erpressung: Wenn die Belegschaften das HDW-Konzept 83 nicht annehmen, dann kommt es um so dicker und um so schneller.

Deshalb ist der Kampf um die Verstaatlichung ein dicker Strich durch die Rechnung von Kapital und Reaktion, wenn er so geführt wird, wie ihn — unter anderem — auch unsere Partei den Werftarbeitern vorgeschla-

gen hat:

„Verstaatlichung der Werftindustrie. Das ist die Klammer, um alle Belegschaften gemeinsam in den Kampf zu führen. Diese Verstaatlichung hat aber nur Sinn, wenn:

- alle Arbeitsplätze garantiert werden;
- alle Werftstandorte erhalten bleiben;
- alle Schiffbauplätze solange erhalten bleiben, bis vollwertige Ersatzarbeitsplätze geschaffen worden sind;
- auf allen Werften die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich ermöglicht wird;
- der Lohn- und Sozialabbau gestoppt wird;
- volle Rente mit 60 Jahren garantiert wird;
- die Belegschaften Kontrollrechte erhalten.

Die Schiffbauindustrie ist eine politische Industrie. Vor allem in Norddeutschland ist sie von großer Bedeutung. Deshalb muß sie verstaatlicht werden und die verantwortlichen Politiker müssen dazu gezwungen werden, unsere Forderungen zu erfüllen. Denn, daß diese es freiwillig nicht tun, das wissen wir auf HDW nur zu gut!

Gemeinsamer Kampf aller Werftarbeiter für Arbeit, soziale Leistungen, Lohnabsicherung und 35-Stunden-Woche!

(Aus „Frischer Wind“, Betriebszeitung der KPD für HDW/Hamburg vom 22. März 1983, siehe auch „Roter Morgen“ Nr. 13/83).

betrifft, sondern was ihre Vertretungen in den Betriebsräten und der IG Metall anbelangt.

Die Entwicklung bei HDW in Hamburg jedenfalls war nicht ohne weiteres von der rechten IGM-Spitze zu kontrollieren, die ständigen Aktionen der verschiedenen Werftbelegschaften aus Bremen, Hamburg und Kiel sind bisher ständig stärker geworden.

Wenn Kraft und Entschlossenheit ausreichen, um weitere Schritte im Kampf gegen das jetzt abgesegnete Konzept zu ergreifen, dann besteht die Möglichkeit, daß dieses Exempel, das vom Kapital und der reaktionären Front statuiert werden soll, im Gegenteil in ein Beispiel des erfolgreichen Widerstands umgewandelt werden kann — und dies wäre wahrhaftig von größter Bedeutung für die ganze Bundesrepublik.

Keine „soziale Abfederung“

Die Werften — ein Exempel soll statuiert werden

Was soll's, mag sich mancher denken, der vielleicht nur mal eine Reparaturwerft am Bodensee gesehen hat: Das mit den Werften, das läuft genauso, wie mit dem Stahl im Ruhrgebiet. Womit er aber nur zur Hälfte recht hat. Insofern es die Massenvernichtung von Arbeitsplätzen betrifft. Und auch insofern es sich um einen Industriezweig handelt, der ganz konkret in einer Region arbeitet. Ansonsten aber läuft es anders. Einmal, weil es sich um direkte Massenentlassungen — zunächst bei HDW — handelt. Zum anderen, weil die im Betrieb Verbleibenden äußerst massiv Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen und des Einkommens unterworfen werden sollen.

Mit der Durchsetzung des HDW-„Konzepts 83“ soll einerseits für die, in den Augen der Kapitalisten längst überfällige „Sanierung“ der Werftindustrie endlich die letzte Runde eingeläutet werden.

Dies ist das eine, daß dies auf ganz massive Weise in der Konfrontation geschehen soll, ohne Zugeständnisse offensichtlich, ohne Abmilderung. So soll es im CDU-Staat aussehen: Der Staat hat sich nicht in die freie Marktwirtschaft einzumischen. Soll heißen: Die Politik soll aus der Unternehmensplanung ganz rausgehen. Soll heißen: Die Arbeiter sollen keine einzige Möglichkeit mehr haben, Druck zu machen, zu kämpfen, Widerstand zu leisten. Und dabei macht eben gerade der Staat, nämlich Bundesregierung und die Landesregierung von Schleswig-Holstein den Vorreiter bei ihrer HDW.

Was das Konzept noch beinhaltet, von der Hamburger CDU als erstes laut und deutlich herausposaunt: die weitgehende Umstellung bzw. Konzentration der Werften auf den Kriegsschiffbau. Da, so hieß es in einer Erklärung der Hamburger CDU, da alleine lägen heute die

Perspektiven für einen künftigen „Markt“ der Werften.

Und wie bei den Stahlarbeitern hat auch diese Offensive gegen die Werftarbeiter eine

grundsätzliche politische Bedeutung. Denn beide Zweige werden von Belegschaften betrieben, die in ihrer jeweiligen Gegend — in unterschiedlichem Ausmaß — eine entscheidende politische Rolle spielen. Werden sie als gewerkschaftlich hochorganisierte Gemeinschaften zerlegt, so können sie auch diese Rolle ganz im Sinne des Kapitals, nicht mehr spielen.

Dabei erscheint es zunächst einmal so, daß die kämpferischen Kräfte auf den Werften konzentrierter sind als in der Stahlindustrie — nicht, was den Kampfwillen der Belegschaften

Werftenkonferenz — ein Ausweg?

Dohnanyi auf altem Kurs

SPD-Werftenpolitik am Ende

„Den deutschen Werften eine Chance“, so heißt das Papier, das der Hamburger Bürgermeister und sein Wirtschaftssenator Lange am 29. März der Öffentlichkeit vorstellten. In diesem Papier wird das ganze Dilemma sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik, speziell hier natürlich der Werftenpolitik, deutlich. Das Dilemma besteht darin: Einerseits will man eben den „deutschen Werft(unternehmern)“ ihre Chance geben, keine Front machen gegen die Politik des Kapitals, andererseits will man diese Maßnahmen abmildern, versüßen, sozusagen, oder, politisch: auf sozialpartnerschaftlichem Wege durchführen. Was aber Geld kostet, weshalb — unter anderem — diese Vorgehensweise von den Unternehmern abgelehnt wird.

Die SPD hat im Papier des Hamburger Senats ihre grundsätzliche Bereitschaft erklärt, die „Sanierung“ der Kapitalisten mitzutragen. (Siehe dazu auch den „Roten Morgen“ 14/83). Sie erklärt sich darin bereit: „den Abbau von Kapazitäten“ sogar „zu fördern“;

Schiffsneubau und Schiffsreparatur so zu verbinden, daß die von den Unternehmern geforderte „betriebswirtschaftliche Kostenoptimierung“ möglich ist; den „Marineschiffbau“ (sprich: Kriegsschiffe) grundsätzlich zu erhalten und sogar „fortzuentwickeln“; die Ein-

Zur Vorgeschichte der heutigen Lage Lage der Werften (Teil 1)

Eine „Enquete“ und ihre Folgen...

(Aus: Erklärung der KPD zur Entwicklung der westdeutschen Schiffbauindustrie ..., veröffentlicht im „Roten Morgen“ 48/82)

Bereits in den sechziger Jahren wurden entscheidende Weichen gestellt

Aus neun Großwerften wurden durch Konkurs (Schlieker/Hamburg), Verkauf (Stücklen/Hamburg) und Fusion (Howaldtswerke und Deutsche Werft) fünf Großwerften gemacht. Fanden 1960 fast 60000 Arbeiter, Angestellte und Auszubildende Arbeit und Ausbildung auf den Großwerften, so waren es 1973 über 30 Prozent weniger, nur noch gut 40000.

Auf diese Weise versuchten die Manager der Werften ihre gute Position auf dem stetig wachsenden Schiffbaumarkt vor allem gegen Japan und Schweden zu halten und ihre enormen Gewinne zu stabilisieren.

Mit mehr als 1,2 Milliarden Mark Subventionen finanzierte der Staat mit Steuergeldern diese „Anpassungsmaßnahmen“ der Werftindustrie bis 1973.

Der große Bruch auf dem Schiffmarkt kam Mitte der siebziger Jahre

Die stetige Ausweitung des Welthandels bis Mitte der siebziger Jahre wurde vor allem durch den Öltransport hervorgerufen. Das führte zu einer enormen, spekulativen Ausweitung der Schiffbaukapazitäten, um am Tankerboom teilzuhaben. Um sich dieser Entwicklung anzupassen und auch in der Zukunft Höchstprofite im Schiffbau zu verdienen, ließ die Bundesregierung eine Werftenenquete erstellen, in der festgelegt wird, wie sich die westdeutsche Schiffbauindustrie entwickeln soll.

Nur noch auf den Großwerften in Emden (Thyssen-Nordseewerke), in Bremen bei einer Großwerft (Vulkan oder AG Weser) und in Kiel bei der HDW soll Großschiffbau betrieben werden. In Hamburg soll nur noch eine Großwerft existieren, die neben Reparatur und anderer Fertigung als Ergänzung Spezialschiffbau betreibt.

Zur Durchführung dieser „Anpassungsmaßnahmen“ zahlte der westdeutsche Staat von 1973 bis 1982 über 5 Milliarden Mark Werfthilfe!

Entgegen den Annahmen eines stetigen Wachstums des Schiffbaumarktes in der „Werftenenquete“ von 5 bis 6 Prozent gab es, ausgelöst durch den sogenannten Ölschock und die weltweite Rezession 1974/75, einen schweren Einbruch im weltweiten Schiffbaumarkt.

Die Konkurrenz verschärfte sich erheblich durch die sprunghaft rückläufige Nachfrage nach neuen Schiffen, vor allem Tankern.

Dies traf vor allem Japan, das erhebliche Kapazitätseinschränkungen vornahm. Aber auch die westdeutsche Schiffbauindustrie mußte ihre auf den Großtankerbau aufgebauten Kapazitäten einschränken, um die Gewinne zu stabilisieren. Erneut werden die Krisenlasten auf die Beschäftigten abgewälzt. Obwohl allein die Großwerft HDW aus den Jahren 1970 bis 1975 einen versteckten Gewinn von einer halben Milliarden Mark gemacht hatte, wurden erneut Belegschaften „ausgedünnt“, Produktionsstätten zusammengelegt und geschlossen. Über 10000 Arbeitsplätze wurden von 1973 bis 1980 auf den fünf Großwerften vernichtet.

lich tagen soll und den Ablauf kontrollieren.

Das heißt ein solches Programm, das inhaltlich in abgemilderter und zeitlich angepaßter Form dem der Werftbesitzer gleicht, soll nach den SPD-Vorstellungen in einem „Gremium aus Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften“, wie es so schön heißt, umgesetzt werden. Aber eben: darin besteht das Dilemma, daß heute, in der kapitalistischen Krise, diese Vorgehensweise vom Kapital nicht mehr geduldet wird. Keine Zugeständnisse und seien sie noch so klein. Kein Geld, auch nicht für Kosmetik. Und keine Einmischung von außen. Die geplante Werftkonferenz vom 21. April jedenfalls wird von den Unternehmern und der CDU bereits vor vollendete Tatsachen gestellt.

Der alte SPD-Kurs, wie er beispielsweise in der Stahlindustrie lange Zeit praktiziert wurde, ist eben fürs große Geld

überholt. Angesagt sind offene und eindeutige Opfer der Belegschaften, ohne Fisimatenten, ohne Abmilderung. Opfer, die notfalls auch auf dem Wege der Konfrontation durchgesetzt werden sollen.

Wenn dabei der Einfluß der SPD in der IG Metall dazu ausgenutzt wird, den Kampf der Belegschaft auf ein solches modifiziertes Kahlschlagkonzept, ein „schaumgebremses“ Konzept sozusagen, auszurichten, wenn führende Vertreter der IG Metall eine solche Haltung an den Tag legen und die Gewerkschaft dadurch bei den Kollegen weiter in Verruf gerät, ihre Position weiter, vielleicht sogar entscheidend geschwächt wird, dann wird dies Unternehmern und CDU sicherlich sehr recht sein. Das wäre aber auch noch die einzige, wenn auch sehr schlimme, Auswirkung der bankrotten SPD-Werftenpolitik.



Ob Engholm den Werftarbeitern etwas anderes anzubieten hatte, als die Hamburger SPD-Regierung dies tat?

Einige Überlegungen nach den Ostermärschen

1983 — Stationierungsjahr?

Die Ostermärsche sind vorbei. Der Stationierungstermin für die US-amerikanischen atomaren Erstschlagswaffen rückt näher. Ist er noch zu verhindern? Und wie? Das sind die Fragen, mit denen sich alle in der Friedensbewegung aktiven Kräfte in der nächsten Zeit auseinanderzusetzen haben — die Zeit ist knapp.

Neben der großen Zahl der Teilnehmer an den Osteraktionen waren wohl zwei Erscheinungen besonders bedeutsam: die Teilnahme von weitaus mehr Sozialdemokraten als bisher und das ausdrückliche gewerkschaftliche Engagement für die Ostermärsche. Dieses reichte von betrieblichen Friedensgruppen (Hoesch, Opel usw.) bis hin zu offiziellen Aufrufen von DGB-Verbänden. Dies ist ein weiterer Schritt hin zum Zusammenkommen von Arbeiterbewegung und der von ihr lange verhältnismäßig getrennten Friedensbewegung, eine lebenswichtige Entwicklung, weil eine erfolgreiche Friedensbewegung, ohne von der Arbeiterklasse getragen zu werden, tatsächlich nicht denkbar ist.

In allen örtlichen Friedensinitiativen geht es jetzt darum: Was kann bis zum Herbst, bis zum vorgesehenen Stationierungstermin, noch getan werden, wie ist der notwendige politische Druck zu schaffen, der diese Stationierung verhindert?

Kurz vor Ostern äußerte sich Frau Wulf-Mathies vom DGB-Vorstand zur Stimmung in den Gewerkschaften im Zusammenhang mit der drohenden Nachrüstung. Im Fernsehen wies sie darauf hin, daß an der Basis, in den Betriebsgruppen immer wieder die Rede von Warnstreiks, von Betriebsstillegungen gegen die Atomrüstung die Rede sei und entsprechende gewerkschaftliche Vorbereitungen gefordert würden. Sie kommentierte dies mit dem Hinweis, der DGB-Vorstand könne keinesfalls zu derartigen Aktionen aufrufen.

Damit stellt sie sich den berechtigten Interessen aller Gewerkschafter und der Friedensbewegung entgegen. Ob sie das will oder nicht, spielt dabei gar keine Rolle.

Die gewerkschaftliche Beteiligung, die Mobilisierung von Arbeitern und Angestellten für die Beteiligung am Friedenskampf kann doch nicht auf Mitmarschieren und auf Propaganda beschränkt bleiben. So wichtig dies auch ist, und so sicher es insgesamt die Popularität der Friedensbewegung erhöht, wenn von den Tribünen der Kundgebungsorte aus Gewerkschaftsfunktionäre den Rüstungsplänen der Regierung, der Bündnistreue zu den USA den Kampf ansagen. Eine gewisse Orientierungslosigkeit in den Redebeiträgen einiger führender Gewerkschafter bei den Ostermärschen schien uns unübersehbar.

Nehmen wir, willkürlich herausgegriffen, die Ausführungen von Gisela Kessler, Mitglied des Hauptvorstandes der IG DruPa.

„... weil die Geschichte der Arbeiterbewegung nicht nur ein Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung, sondern immer auch ein Kampf gegen Rüstung und Krieg gewesen ist, deshalb stehen die Gewerkschaften heute vor einer nie gekannten Herausforderung. (...)

Die Friedensbewegung braucht die Gewerkschaften, braucht die Arbeiterbewegung, wenn sie erfolgreich sein will. (...)

Die DGB-Gewerkschaften haben acht Millionen Mitglieder. Hundert Demonstranten kann die Polizei wegtragen.

Fünzigtausend Demonstranten können noch als verführte „Traumtänzer“ diffamiert werden. Millionen Gewerkschafter und Friedensfreunde können Geschichte machen — dann, wenn sie sich einig sind und entschlossen handeln. Geben wir ein Signal: alle Gewerkschaftshäuser sollen zu atomwaffenfreien Zonen erklärt werden. (...)

Den Ausführungen über Friedensbewegung und Gewerkschaften sowie über die Macht, die potentielle Schlagkraft der Einheitsgewerkschaft ist wenig hinzuzusetzen. Man muß doch aber zugestehen, daß der abschließende, „signalgebende“ Appell der atomwaffenfreien Gewerkschaftshäuser demgegenüber abfällt und wenig überzeugt.

Es wäre ganz falsch, die Stärke der organisierten Arbeiterschaft nicht auch dort zum Tragen zu bringen, wo sie naturgemäß eine besonders große Wirkung hat: in den Produktionsstätten. Wenn auf einen endgültigen Beschluß der Regierung hin, die Stationierung zu vollziehen, in den bundesdeutschen Betrieben der Hammer fallen würde, dann wäre das sicher eine Demonstration, die den Herrschenden mehr in die Knochen fahren würde als eine noch so große „bunte, phantasiereiche, gewaltfreie“ Demonstration an Feiertagen auf der Straße. Und jeder Gewerkschaftsfunktionär ist schlecht beraten, der eine offenbar in verschiedenen Betrieben vorhandene Bereitschaft zu Streikaktionen gegen die Nachrüstung leicht wieder abwiegen will, statt sie mit allen Mitteln zu fördern, die Diskussion über alle Möglichkeiten gewerkschaftlichen Widerstandes ohne Tabus zu fördern. Man beweist keine Besonnenheit (oder was für Gedanken auch immer dahinterstecken mögen), wenn man sich selbst kastriert. Nur Unfähigkeit.

In verschiedenen Betrieben

gibt es mittlerweile betriebliche Friedensinitiativen. Das ist grundsätzlich eine gute Entwicklung. Bei den Ostermärschen traten die demonstrativ auf. Aktive Gewerkschafter sollten das unterstützen und die damit über die normalen Organe wie Betriebsräte und Vertrauensleute hinaus gegebenen Möglichkeiten zur Information und Mobilisierung der Belegschaften ausnutzen. Und dabei darauf drängen, konkreten Widerstand auch im Betrieb zu organisieren.

Friedensinitiativen in Stadtteilen, wo in der Regel wenig Arbeiter mitarbeiten, sollten die Zusammenarbeit mit betrieblichen Initiativen suchen. Eventuelle betriebliche Streikaktionen müssen ihren Rückhalt im Stadtteil finden.

Es erscheint weiter wichtig, der zweiten Besonderheit der diesjährigen Ostermärsche Aufmerksamkeit zu widmen, die eingangs benannt wurde: das gewachsene Engagement von Sozialdemokraten, auch namhaften sozialdemokratischen Politikern. Man wird dabei einfach Äußerungen solcher Politiker, die die NATO-Mitgliedschaft der Bundesrepublik zumindest unter bestimmten Voraussetzungen in Frage stellen, aufgreifen müssen, zumal in einer Zeit, in der diese Mitgliedschaft von der Regierung zum „Kernpunkt deutscher Staatsräson“ hochgehoben und dementsprechend verteidigt wird; zumal, wenn man — wie wir dies ja tun — dem NATO-Austritt der Bundesrepublik eine entscheidende Bedeutung im Kampf um die Verhinderung des konkret drohenden Krieges beimißt und sich dann umsieht, mit welchen Kräften solch ein Schritt zu verwirklichen sein könnte. Wobei kein Zweifel darüber bestehen darf, daß eine solche Politik in jedem Fall nur auf der Grundlage entschiedener Kampfaktionen der Arbeiterschaft erzwingen werden kann.

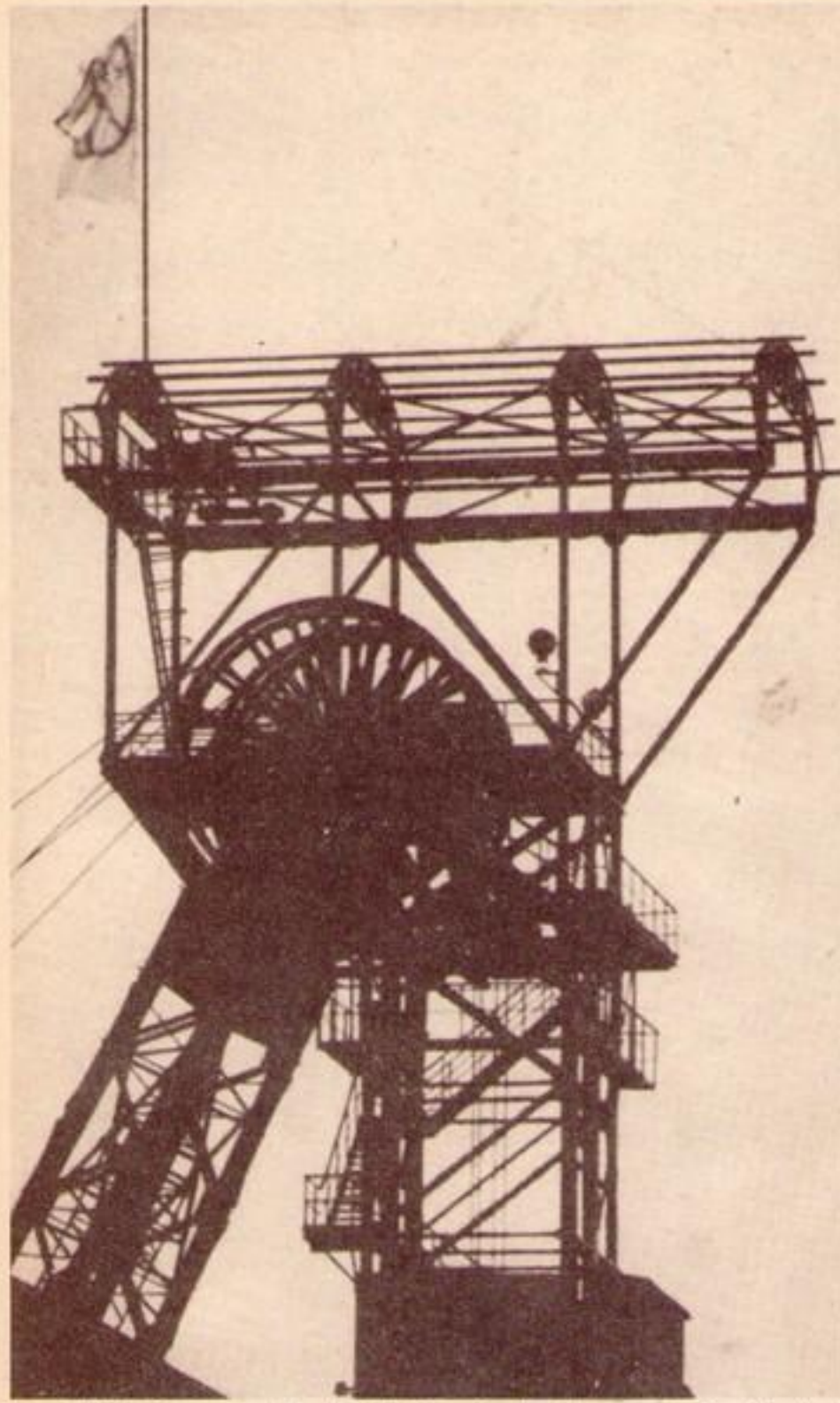
Es gibt SPD-Ortsgruppen an verschiedenen Orten, die sich eindeutig gegen den Vollzug der Nachrüstung ausgesprochen haben, die an ihre Parteiführung appellieren, von dieser Politik abzurücken, die unter einem

SPD-Kanzler begonnen wurde. Man wird in der Friedensarbeit auf sie zugehen müssen, sie zur Beteiligung an Aktionen auffordern, sie in ihrer Haltung bestärken, die ihr Parteivorstand nicht teilt, sie dazu auffordern, ihren Einfluß in der Arbeiterbevölkerung in diesem Sinne zur Geltung zu bringen.

★★★

Hier wurden einige Überlegungen zu Problemen erläutert, die sich nach den Ostermärschen aufdrängen. Dies soll in der nächsten Ausgabe des „Roten Morgen“ fortgesetzt werden. In Auseinandersetzung mit verschiedenen Ansichten von Wortführern der Friedensbewegung, die während der oder kurz nach den Osteraktionen gemacht wurden. • Gunnar Mathies vom Komitee für Abrüstung und Zusammenarbeit (KOFAZ) beispielsweise ist der Meinung, die politische Landschaft habe sich mit den Ostermärschen verändert. Stimmt das? • Verschiedene Gruppen meinen, die Zukunft der Friedensbewegung entscheide sich an Aktionsformen. „Direkte Aktion“ ist angesagt. Ist das wirklich das Entscheidende? • Bei den Äußerungen vieler Organisationen und Persönlichkeiten gewinnt man den Eindruck, die Auseinandersetzung um die Nachrüstung entscheide bereits endgültig den Kampf um die Erhaltung des Friedens. Weitergehende Gedanken fehlen oder werden gar als „spalterisch“ zurückgewiesen. Was aber, wenn tatsächlich stationiert wird? • Diese und weitere Fragen stehen zur Diskussion.

Eins soll an dieser Stelle schon bemerkt werden: Diese Darlegungen sollen nicht den Eindruck erwecken, die KPD hätte einen bestimmenden Einfluß auf die sehr breite Friedensbewegung in unserem Land. Diese Bemerkungen sind keine „Rechthaberei“ und sollen auch nicht darüber hinwegtäuschen, daß der konkrete Einsatz der KPD innerhalb der Friedensbewegung verbessert werden muß. Wir haben aber sehr ernsthaft als Aktive etwas zu sagen. In diesem Sinne will der „Rote Morgen“ auch mit diesem Artikel einen Beitrag leisten.



Den Förderturm der Zeche Zollverein in Essen zierte für drei Tage eine Ostermarchsfahne. Werden demnächst die Räder auch an Werktagen stillstehen, wenn die Regierung an der Nachrüstung festhält? In den Gewerkschaften wird über Streikaktionen diskutiert.



Eine Fahne des DGB/Baden-Württemberg im Ostermarsch.



Betriebliche Friedensinitiativen: Von Hoesch aus Dortmund...



...und von Opel aus Bochum.

Erstes Urteil in Großengstinger Prozessen



Nicht in Großengstingen, sondern in Neu-Ulm wurde diese Aufnahme gemacht. Die Polizei geht teilweise bereits zu massiver Gewaltanwendung gegen Blockadeaktionen vor militärischen Einrichtungen über. Gerichtsverfahren kommen natürlich noch dazu.

Stuttgart. — Mehr als 300 Menschen, die im August letzten Jahres an der Blockade des Atomwaffenlagers Großengstingen teilnahmen, erhielten bisher Strafbefehle zwischen 500 und 2000 Mark. Das Amtsgericht Münsingen verurteilte kürzlich eine 25jährige Tübinger Studentin zu einer Geldstrafe von 375 Mark (25 Tagessätze).

Der Auftakt ist also gemacht, in Münsingen wurde eine Arbeit aufgenommen, die das Gericht

wohl noch längere Zeit auslasten wird. Denn die meisten der Rüstungsgegner, denen die Strafbefehle ins Haus kamen, haben Widerspruch eingelegt.

Die nun verurteilte Studentin rechtfertigte vor Gericht die Aktion von Großengstingen. „Es ist mir unmöglich, einfach zuzusehen, wie ein Krieg vorbereitet wird“, erklärte sie. Sie berief sich dabei auf das Grundgesetz, das die Bürger verpflichtet, gegen Vorbereitungen zum Angriffskrieg aktiv zu werden, so-

wie auf das Notwehrrecht. Amtsrichter Thomas Rainer stuft die einwöchige Blockade als „Gewalt“ ein, als „juristisch verwerflich“ und „rechtswidrig“. Von Recht auf Widerstand und Notwehr wollte er nichts wissen.

Die Verurteilte hat Berufung gegen dieses im Interesse der Kriegsplaner gefällte Urteil eingelegt. Den wegen der Blockade Verfolgten gehört die Solidarität aller Kriegsgegner.

dju Stuttgart:

Volkszählungs-gesetz revidieren — sonst Boykott Initiativantrag Nummer 1

Adressat: Bezirkstag Stuttgart
DGB-Kreis Stuttgart
DGB-Landesvorstand
dju-Hauptvorstand
IG Druck und Papier —
Hauptvorstand
IG Druck und Papier, Lan-
desbezirk Baden-Württem-
berg

Volkszählung

„Gravierende Bedenken gegen die für den 27. April 1983 geplante Volkszählung meldet die Mitglieder- versammlung der dju, Stuttgart, an. Mit der ver- fassungsrechtlich umstrit- tenen Volkszählung wer- den nicht nur statistische Zwecke, sondern auch Ver- waltungsmaßnahmen ge- plant. Dabei muß eine Ufer- losigkeit in der Weitergabe personenbezogener Daten befürchtet werden, so daß es womöglich nicht nur bei der Vision vom „gläsernen Menschen“ bleibt. Aufgabe auch der Gewerkschaften — deren Mitglieder in den Betrieben gerade jetzt gegen uneinsichtige Perso- nalinformationssysteme Widerstand aufbringen — muß es sein, sich der zu- nehmend umstrittenen Aushorchung zu widerset- zen.“

Deshalb fordert die dju Stuttgart vom neu gewähl- ten Bundestag die Revision des Volkszählungsgesetz- es. Sollte dies nicht gelin- gen, rufen wir zum Boykott der Volkszählung auf.

Wir bitten euch, unseren Aufruf zu unterstützen.“

Begründung:
Es ist nicht der Umstand einer statistischen Erhe- bung, der die geplante Volkszählung ins Zwielft geraten läßt. Vielmehr muß das Augenmerk auf eine qualitativ veränderte Um- welt in der Datenlandschaft gerichtet werden und die Fülle der begehrten Indivi- dualdaten. Eine wirkliche Anonymisierung solcher Personalkenntnisse ist nicht durch einfache Na- mensstreichung machbar (nur den örtlichen Melde- behörden sollen offiziellen Erklärungen zufolge die Namen der Erfaßten zu einem Datenvergleich zu- gängig gemacht werden), denn auch Kenn-Nummer des Fragebogens, Telefon- nummern und der Daten mehr lassen den Rück- schluß auf den Befragten (durch Mehrarbeit für die befaßten Behörden) zu. Dies ein Jahr vor der Ein- führung des maschinen- lesbaren Personalauswei- ses muß Ängste und Be- fürchtungen hervorrufen.

Der Widerstand gegen uferlose Personalinfor- mationssysteme in den Be- trieben findet auf gesamt- gesellschaftlicher Ebene hier seine Fortsetzung in der Ablehnung der im April geplanten Volkszählung.

(Dieser Antrag wurde von der Mitglieder- versammlung einstimmig ver- abschiedet.)

Was tun?

Am Tag, wenn der Zähler kommt...

1. Schritt: Etwa ab 18. April '83 kommt der Zähler an eure Woh- nungstür.

- Der Zähler hat euch gegen- über keine Rechte; er ist ledig- lich verpflichtet, euch den Fra- gebogen zu geben; nehmt den Bogen an der Wohnungstür ent- gegen.

- Ihr seid nicht verpflichtet, den Zähler in eure Wohnung zu lassen; der Zähler hat nicht das Recht, die Wohnung zu betre- ten. Geht er trotzdem gegen euren Willen in die Wohnung, weist ihn darauf hin, daß er damit Hausfriedensbruch begeht.
- Ihr braucht dem Zähler keinerlei Auskünfte zu geben. Ihr braucht ihm auch nichts zu unterschreiben. Laßt euch auf keine Diskussionen mit dem Zähler ein!

- Laßt euch vom Zähler nur den Fragebogen geben, sonst nichts; macht keine Angaben über weitere Bewohner der Wohnung.

- Laßt den Fragebogen nicht vom Zähler ausfüllen; weist sein Angebot zurück, euch beim Ausfüllen zu helfen!

- Ihr seid nicht verpflichtet,

den Fragebogen sofort auszu- füllen und zurückzugeben; für die eventuelle Rückgabe hättet ihr Zeit bis zum 7. Mai; das ist für die Zähler der letzte Termin zum Einsammeln.

- Vereinbart daher mit dem Zähler möglichst keinen oder einen möglichst späteren Termin für die Rückgabe des Fragebo- gens.

- Sagt dem Zähler nicht, ob ihr die Volkszählung boykottie- ren wollt!

Begründung für diesen Weg:
Ihr solltet den Fragebogen an- nehmen, damit die Verwaltung nicht schon zu diesem Zeitpunkt gegen euch vorgehen kann. Die Zählbehörde soll möglichst lange im Unklaren darüber ge- lassen werden, was ihr mit eurem Fragebogen macht; des- wegen solltet ihr einen möglichst späten Termin vereinbaren.

2. Schritt: Schneidet bitte auf dem Fragebogen oben die Kenn- nummer auf jeder Seite und den Computercodestreifen am lin- ken Rand ab und vernichtet

dies. Gebt dann so schnell wie möglich den völlig unausgefüll- ten Fragebogen an einer der ört- lichen Sammelstellen ab zur „Altpapierverwertung“. Wir können euch dann mitteilen, wie viele Menschen die Volksbefra- gung nicht mitmachen. Jede Ini- tiative sollte hier noch auf etwaige eigene „Verwertungsak- tionen“ hinweisen.

Begründung für diesen Weg:
Durch das Ausschneiden wird erreicht, daß die Fragebögen wirklich anonym werden. Durch die Abgabe läßt sich leicht (telefonisch und bundes- weit) die Zahl der täglichen Ver- weigerer feststellen.

3. Schritt: Wenn der Zähler kommt, um den Fragebogen ab- zuholen, teilt ihm mit, daß ihr den Fragebogen bereits mit der Post zurückgeschickt hättet an das Amt für Statistik — (hier die jeweilige örtliche Anschrift ein- setzen) — das braucht ihr nicht näher zu begründen! Gebt auch jetzt auf Fragen des Zählers keine weiteren Auskünfte!

„Der nächste“ ist schon tot

Pforzheim. — Neun Tage nach dem Todesschuß von Gauting — am 29. März — for- derte die Schießwütigkeit deutscher Polizisten ein wei- teres Opfer. Ein 11jähriger Türke aus Schwäbisch-Hall wurde erschossen. Das Be- zeichnende an diesem Fall: Die Polizisten verzichteten eindeutig auf die Möglichkeit, die Insassen eines von ihnen verfolgten Autos, die sie be- reits gestellt hatten, mit ein- fachen Mitteln zur Aufgabe zu bewegen. Sie zogen den töd- lichen Schuß vor.

„Wer ist der nächste?“ Diese Frage, die die Gautinger Ju- gendlichen nach der Erschie- ßung ihres Freundes stellten, hat damit erschreckend schnell eine Antwort gefunden.

Dieser neue Fall unter- streicht, wie wenig von den Ein- schränkungen zu halten ist, die der berüchtigte „Musterentwurf für ein einheitliches Polizeige- setz“ vom Juni 1976 für den Fall des darin gebilligten gezielten Todesschusses formuliert. Es heißt dort: „Schußwaffen dür- fen nur gebraucht werden, wenn andere Maßnahmen des unmit- telbaren Zwangs erfolglos ange- wendet werden, wenn andere Maßnahmen des unmittelbaren Zwangs erfolglos angewendet sind oder offensichtlich keinen



Immer wieder werden Menschen, meist völlig unschuldige Bür- ger, durch Schüsse aus den heutzutage üblichen großkalibri- gen Polizeipistolen getötet. Die Todesschützen sind fast immer bestens ausgebildete Beamte, oft Führer von Sonder- einsatzkommandos. Das Bild oben zeigt eine Festnahme. Die Pistole ist in der Herzgegend aufgesetzt. Bei der geringsten

Erfolg versprechen.“ Mit die- sem Gesetz wurde bundesweit das Signal „Feuer frei“ gegeben, die Praxis der folgenden Jahre — und dazu gehört auch die je- desmalige Deckung eines poli- zeilichen Todesschützen durch Vorgesetzte bzw. eine äußerst geringe Bestrafung, falls es überhaupt zu einem Prozeß kam — beweist es.

Soweit man den Angaben von Polizei und Staatsanwalt-

schaft trauen darf, spielte sich am 29. 3. in Ötisheim bei Pforz- heim etwa folgendes ab:

Gegen 4.00 Uhr früh nimmt die Polizei die Verfolgung eines als gestohlen gemeldeten Wa- gens auf. Nach einer abenteuer- lichen Verfolgungsjagd sehen sich die Insassen der verfolgten Autos auf einem Firmengelände im Ötisheimer Industriegebiet zum Verlassen ihres Fahrzeugs gezwungen und verschanzen

Der Volkszählungs-Termin rückt näher. Und damit die Be- währungsprobe für den Widerstand, falls es nicht gelingt, die Aushorchung vorher durch politischen Druck oder juri- stische Maßnahmen zu stoppen. Dann wird es ernst auch für die, die boykottieren wollen.

Wir halten es für wichtig, sich darüber klar zu werden, wie man das am besten macht. Eine grundlegende Überle- gung müßte sein, den Boykott so weit wie möglich zu einer gemeinsamen Aktion zu machen, also die vereinzelte Kon- frontation eines Betroffenen mit dem Zähler möglichst ge- ring zu halten. Es wäre zum Beispiel höchst unklug, einfach die Aufforderung an alle Bürger zu richten, dem Zähler mit der Erklärung „Ich boykottiere — hau ab!“ gegenüberzutre- ten.

Was kann man also machen? Diese Frage wird ja in den Initiativen bereits diskutiert. Ausgehend von der obenge- nannten Überlegung erscheinen uns die Vorschläge recht gut, die am 29. März in der „taz“ veröffentlicht wurden. (Vorschlag für ein einheitliches Flugblatt der verschiedenen Initiativen.) Wir drucken sie hier nach und verbinden dies mit der Bitte um Zuschriften zu diesem Thema.

Begründung für diesen Weg:
Es ist ausdrücklich erlaubt, den Fragebogen mit der Post zu- rückzuschicken. Der auf dem Bogen aufgedruckte Hinweis, „der Zähler ist verpflichtet fest- zustellen, ob alle erforderlichen Angaben gemacht worden sind“ ist falsch und rechtswidrig (wor- auf der Bundesdatenschutzbe- auftragte Bull auch ausdrück- lich hingewiesen hat).

Der Zähler darf eigenmäch- tig und gegen euren Willen keine Angaben in euren Fragebogen eintragen und auch keinen

neuen Fragebogen ohne euch anlegen. Sinn unseres Vorschla- ges ist es, daß die Verwaltung große Schwierigkeiten be- kommt, euch nachzuweisen, was ihr mit dem Fragebogen gemacht habt.

Falls euch noch irgendwelche Punkte unklar sein sollten oder ihr weitere Fragen habt, steht euch eure örtliche Volkszäh- lungs-Initiative gern zur Verfü- gung.

Bewegung wird der Festgenommene tot sein. Laut „Zeit“ vom 8. April kommentierte der niedersächsische Innenminister das Bild mit den Worten: „Das Verhalten der Beamten ist korrekt, nur die Dienstmütze sollte nicht fehlen.“ Bei einer derartigen Ermunterung wird der nächste Todesschuß nicht lange auf sich warten lassen.

sich hinter einem Holzstapel. Einer gibt einen Schuß aus einer Schreckschußpistole ab.

Für die Polizisten ist die Si- tuation an sich nicht weiter pro- blematisch oder gar gefährlich. Die Verfolgten können nicht weg. Man könnte abwarten, weitere Polizisten hinzuziehen, das Gelände umstellen. Statt- dessen benutzt einer der Polizi- sten, einmal mehr ein „erfahre- ner Beamter“ (und nicht etwa

einer, der der Situation nicht ge- wachsen wäre), einen erneuten Schreckschuß, um direkt auf das gut sichtbare Mündungs- feuer zu schießen. Wie nicht anders zu erwarten, wird der „Feind“ tödlich getroffen.

Was braucht man bei solch einer Polizei die Todesstrafe. Oder Gerichte. Das Todesurteil selbst für Autodiebe wird von Polizeibeamten auf der Straße gefällt und vollstreckt.

„Geschlossene gewerkschaftliche Antworten“

Nach den Großdemonstrationen aus Anlaß der 50. Wiederkehr des Tages der nationalsozialistischen Machtübernahme waren die gewerkschaftlichen Unterzeichner des Aufrufes schweren Anwürfen nicht nur von CDU-Politikern, sondern auch von be- sonders rechten Gewerkschaftsführern ausgesetzt. Der Vor- wurf: Sie haben sich an die Seite von Kommunisten gestellt. — Zu diesen Angriffen äußerte sich der Hauptvorstand der IG DruPa mit einer Entschließung zur Unterstützung der Initiative „Dem Nazi-Terror Einhalt gebieten“ („druck und papier“, 7/83), die wir zur Information unserer Leser im folgenden ab- drucken.

„1. Angesichts der wachsenden neofaschistischen Gefahren un- terstützt der Hauptvorstand die vom Vorsitzenden der IG Druck und Papier gemeinsam mit anderen Gewerkschaftern und Publizisten ins Leben gerufene Initiative „Dem Nazi-Terror Einhalt gebieten“. Sie ent- spricht einem Auftrag unseres letzten Gewerkschaftstages.

Desgleichen begrüßt der Haupt- vorstand den u. a. von allen Mit- gliedern des Geschäftsführen- den Hauptvorstandes unter- zeichneten Aufruf „Nie wieder Faschismus — nie wieder Krieg“, in dem aus Anlaß des 50. Jahrestages der nationalsoziali- stischen Machtergreifung zu fünf zentralen Kundgebungen aufgerufen wurde. Diesem Auf-

ruf haben sich mehrere tausend Gewerkschafter, Wissenschaft- ler und Publizisten angeschlos- sen, darunter auch Kommuni- sten. Es ist unerträglich, wenn dieser Umstand zum Anlaß ge- nommen wird, die Mahnung an gemeinsame Opfer und an ge- meinsam erlittene Verfolgung durch parteipolitische Ausgren- zungsversuche zu diskreditie- ren.

2. Die anhaltende Wirtschafts- krise, die zunehmende Bela- stung der Arbeitnehmer durch Arbeitslosigkeit, Sozialabbau und Rationalisierung, der wa- chsende politische Druck auf die Gewerkschaften, die Gefahren für den Frieden — dies alles for- dert mehr denn je zu geschlos- senen gewerkschaftlichen An- worten heraus, um im Betrieb,

im Tarifkonflikt und in der Po- litik den sozialen Besitzstand zu verteidigen und um einen Bei- trag zur Fortsetzung der Ent- spannungspolitik zu leisten. Na- türlich wachsen in solchen Zei- ten innergewerkschaftliche Mei- nungsverschiedenheiten über den richtigen Weg und die ange- messene gewerkschaftliche Po- litik.

Derartige Differenzen sind wie bisher in sachbezogener Auseinandersetzung auszutra- gen, ohne in den Stil öffentli- cher Verdächtigungen zu fallen. Erst recht sollten politische Mei- nungsverschiedenheiten nicht auf die Ebene formaler Verhal- tensregeln wie etwa dem Unter- schriftenbeschluß abgeschoben werden.

3. In diesem Zusammenhang wiederholt der Hauptvorstand seine Bedenken gegen jenen Un- terschriftenbeschluß. Zum einen sieht er keine satzungs- rechtliche Möglichkeit und Be- fugnis, Mitgliedern der IG Druck und Papier die öffentli- che Unterstützung politischer Forderungen und Ziele zu ver- bieten, soweit diese mit gewer- kschaftlichen Beschlüssen im Einklang stehen. Zum anderen beweist die auch in anderen Ge- werkschaften sanktionslose Praxis der öffentlichen Unter- schriftenleistung unter Wahlauf- rufen, Bürgerinitiativen etc., daß der Unterschriftenbeschluß wirkungslos ist und — schlim- mer noch — jeweils dann be- müht wird, wenn die politische Aussage nicht genehm ist.“

Die Lage der „Sozialhilfe“ heute

„Armut und Unterversorgung“

Unter diesem Titel gab der Hauptvorstand der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft eine „fachpolitische Stellungnahme“ von 16 Wissenschaftlern aus dem Sozialbereich zur aktuellen Situation der Sozialhilfe heraus. Wir geben diese ausführliche und faktenreiche Stellungnahme heute und in einigen folgenden Ausgaben auszugsweise wieder. Weil wir glauben, daß

Mit dem Haushaltsbegleitgesetz 1983 wurden von den jetzigen Regierungsfractionen die sozialpolitischen Kürzungsmaßnahmen für 1983 beschlossen. Fast unbemerkt von der Öffentlichkeit wurde abermals der Regelsatz in der Sozialhilfe real gekürzt, obwohl alle Betroffenenorganisationen und alle Wohlfahrtsverbände sich gegen diesen grundlegenden Eingriff in das für das Sozialhilfesystem zentrale Bedarfsprinzip ausgesprochen haben. Dabei wurden die Sozialhilfe-Empfänger bereits in den letzten Jahren von massiven Leistungskürzungen betroffen (reduzierte Regelsatzanpassung, Kürzung der einmaligen Leistungen, Operation 1982, Kürzungen bei der Weihnachtsbeihilfe etc.).

Eine Gruppe von Wissenschaftlern, die seit Jahren im Bereich der Armutsforschung tätig sind, warnt vor diesen abermaligen Kürzungen im untersten Netz der sozialen Sicherung.

Koordiniert durch das Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (ISS), Frankfurt, haben sie die folgende fachpolitische Stellungnahme erarbeitet und an die Bundesregierung, die Parteien und die auf sozialpolitischem Gebiet tätigen Verbände und Organisationen übergeben.

I. Die aktuellen Sparmaßnahmen

Das unterste Netz der sozialen Sicherung, die Sozialhilfe, steht in Gefahr, seiner gesellschaftspolitisch notwendigen Aufgabe nicht mehr gerecht zu werden, der Absicherung eines Lebens in Würde für alle die Fälle, in denen Menschen in Not geraten sind bzw. den notwendigen Lebensunterhalt nicht aus eigenen Mitteln bestreiten können. Schon im Rahmen der „Operation 82“ hat die Mehrheit im Bundesrat — nicht zuletzt auf Druck der kommunalen Spitzenverbände und damit von Kommunalpolitikern aller Parteien — im Vermittlungsverfahren gra-

vierende Eingriffe in den Leistungsbereich des Bundessozialhilfegesetzes durchgesetzt.

Die wichtigsten:

- Festschreibung der Steigerungsraten bei den Regelsätzen für die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt auf jeweils 3 Prozent in den Jahren 1982 und 1983 und damit ein willkürliches Abgehen vom Bedarfsprinzip, wie es in der Warenkorbregelung zumindest dem Grundsatz nach noch verankert ist;
- lineare Senkung der Mehrbedarfzuschläge im Rahmen der Hilfe zum Lebensunterhalt von 30 Prozent auf 20 Prozent

sie für viele, die sich da nicht auskennen, aber in ihrer politischen Arbeit immer wieder auf dieses Problem stoßen, eine Hilfe sein kann. Und weil wir glauben, daß die abschließend gemachten Vorschläge zur Veränderung wenigstens diskussionswürdig sind.



Während die Zahl der Sozialhilfeempfänger durch Krise und Arbeitslosigkeit ständig wächst, werden die Mittel gekürzt — dafür gibt's Panzer, wie dieses Bild von der Stuttgarter DGB-Demonstration im letzten Herbst zeigt.

bzw. von 50 Prozent auf 40 Prozent des maßgeblichen Regelsatzes;

- Ausweitung des Darlehensprinzips in der laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt;
- Kürzungen beim Taschengeld für Heimbewohner, die allerdings inzwischen aufgrund massiver Proteste der Betroffenen modifiziert worden sind;
- Kürzungen bei den Hilfen in besonderen Lebenslagen (Einfrieren der Blindenhilfe und des Pflegegeldes, Streichung der Ausbildungsbeihilfen, Kürzung bei den Hilfen für Behinderte u. a. m.).

Die neue Bundesregierung hat weitere Kürzungen im Be-

reich der Sozialhilfe durchgesetzt. So werden die Regelsätze nicht wie ursprünglich im Bundessozialhilfegesetz vorgesehen zum 1. Januar 1983, sondern erst zum 1. Juli 1983 und dann statt um 3 nur um 2 Prozent angehoben. Bezogen auf den Jahresdurchschnitt bedeutet dies lediglich eine Erhöhung um 1 Prozent. Bei einer zu erwartenden durchschnittlichen Inflationsrate von ca. 4 Prozent führt dies jahresdurchschnittlich zu einer realen Senkung der Regelsätze um ca. 3 Prozent im Jahr 1983. Über die Kürzungen im Sozialhilfereich hinaus treffen gerade die Armutsbevölkerung weitere Reduzierungen sozialer Leistungen insbesondere im

kommunalen Bereich. Darüber hinaus laufen zur Zeit, ohne daß dies bisher in der Öffentlichkeit bekanntgeworden ist, Verhandlungen mit dem Ziel einer Reduzierung auch der qualitativen Komponente des Warenkorbes, um auf diesem Wege eine längst fällige Erhöhung der Regelsätze zu vermeiden.

Während die im Jahr 1982 wirksam gewordenen Kürzungen für jeden einzelnen Betroffenen gravierende Einbußen des schon immer knapp bemessenen Sozialhilfe-Lebensstandards bedeuten (Berechnungen belegen, daß die Sozialhilfekürzungen durch die „Operation 82“ einen realen Einkommensverlust zwischen 1981 und 1984 um bis zu 17 Prozent bei Personen über 65 Jahren und 13 Prozent bei Alleinerziehenden mit Kindern unter 16 Jahren bewirken), sind die dadurch tatsächlich eingesparten Beträge, vergleicht man die gesamten öffentlichen Ausgaben, unbedeutend.

Selbst im Rahmen der gesamten Kürzungen der „Operation 82“ sind die Einsparungen bei der Sozialhilfe eher marginal. Sie werden 1982 und 1983 nicht mehr als 318 Millionen Mark betragen.

Einzelne Kürzungen, etwa die Verschiebung des Zeitpunktes der Mehrbedarfsgewährung bei Schwangeren vom Beginn der Schwangerschaft auf den sechsten Schwangerschaftsmonat, bringen den Kommunen fast nichts, denn dies betrifft in der gesamten Bundesrepublik ca. 1 Prozent (7.500) aller Frauen, die Sozialhilfe beziehen. Gleichwohl richten sie einen empfindlichen sozialpolitischen Schaden an. Bedenkt man die großen Worte bei der Verabschiedung der Reform des § 218 — keine Frau solle gezwungen sein, aus finanziellen

Gründen ein Kind abzutreiben — müssen gerade derartige Leistungseinschränkungen die Glaubwürdigkeit der Sozialpolitik in Frage stellen; dies um so mehr, als den von allen Parteien abgegebenen Versprechungen kaum Taten folgten und nun auch noch die wenigen vorhandenen Hilfen gekürzt werden. Den eingesparten Beträgen stehen überdies erneut Steuergeschenke an den Unternehmensbereich (z. B. Steuerermäßigung für den Flick-Konzern in Höhe von 450 Millionen Mark) und an Besserverdienende in Milliardenhöhe gegenüber. Bei den Vereinbarungen der jetzigen Koalition spitzen sich derartige Widersprüche, allen verbalen Bekundungen und allem Schein sozialer Ausgewogenheit zum Trotz, weiter zu.

Trotz der nun schon lang anhaltenden Strukturkrise in der Wirtschaft besteht nach wie vor in der Bundesrepublik Deutschland ein großer gesellschaftlicher Reichtum. Angesichts der Leichtfertigkeit, mit der innerhalb der aktuellen politischen Diskussion und in der Tagespraxis fundamentale Prinzipien des Sozialstaates zur Disposition gestellt werden, bedarf es um so nachdrücklicher des Hinweises, daß die veränderten Wachstumsraten der Wirtschaft keineswegs automatisch die derzeit vorgenommenen Kürzungen im Sozialbereich erzwingen. Enger gewordene Verteilungsspielräume bieten vielmehr die Chance, die Wirkungsweisen unseres Sozialleistungssystems unter den Gesichtspunkten zu überprüfen, wie mit den vorhandenen Mitteln mehr soziale Gerechtigkeit herstellbar ist und wie über notwendige Strukturreformen die Wirksamkeit der verfügbaren Finanzmasse gesteigert werden kann.

In diesen Tagen erscheint eine neue Ausgabe des Theoretischen Organs unserer Partei — und zwar unter einem neuen Namen: „Kommunistische Hefte“. Hinter dieser Namensänderung verbergen sich nicht irgendwelche Änderungen in der Linie oder im Charakter des TOs; die Gründe für die Umbenennung waren vielmehr ganz pragmatischer Natur.

Der frühere Name „Weg der Partei“ konnte leicht den Eindruck erwecken, als ginge es bei den im TO behandelten Themen um ganz spezielle Probleme unserer Partei, die somit für Außenstehende von keinem oder nur geringem Interesse wären. Aber es sind ja die Fragen des Klassenkampfes und der Arbeiterbewegung, die in unserem TO vom kommunistischen Standpunkt aus behandelt werden, und wir legen selbstverständlich auch großen Wert darauf, daß diese Zeitschrift — was ihren Leserkreis betrifft — nicht auf Mitglieder oder Freunde der KPD beschränkt bleibt.

Zum anderen schien es uns nützlich, schon im Namen das TO aus der Fülle linker Zeitschriften herauszuheben und seinen kommunistischen Charakter zu betonen. In der ersten Ausgabe der „Kommunistischen Hefte“ wird die Frage diskutiert, ob die Losung „Arbeit für alle!“ eine richtige Forderung im Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit beinhaltet. Darüber hinaus enthält das Heft Thesen zur Mitbestimmung, einen Artikel zur Lage der Frauen und Anmerkungen zum Ergebnis der Bundestagswahlen.

Positive Änderungen beim Theoretischen Organ der KPD

Wesentlicher als die Namensänderung ist eine andere Neuerung beim TO. Zu Recht haben sich die Leser in der Vergangenheit über das unregelmäßige und oft nur sporadische Erscheinen der Zeitschrift beklagt. Hier hat das ZK der KPD mit einer Freistellung für die Redaktion der „Kommunistischen Hefte“ Abhilfe geschaffen. Ein regelmäßiges Erscheinen des TO als Vierteljahresschrift ist nunmehr gesichert. Und verbunden damit wird sich der Schwerpunkt in der Redaktionsarbeit auch mehr auf das Eingreifen in die Diskussion über aktuelle Probleme des Klassenkampfes verlagern.

Damit stellt sich aber auch die Frage nach einem Mitarbeiterstab für die „Kommunistischen Hefte“, der bislang noch nicht in ausreichender Form existiert. Wir meinen, daß es sicher eine Reihe von Genossen geben wird, die daran Interesse hätten. Bei einer solchen Mitarbeit ginge es um das Schreiben von Artikeln, Berichten, Buchbesprechungen, das Erstellen von Dokumentationen usw., wobei die einzelnen Themenfelder nicht einfach von der Redaktion vorgegeben, sondern mit den jeweiligen Interessen oder Arbeitsgebieten der an einer Mitarbeit interessierten Genoss(inn)en koordiniert

würden.

Mitarbeiter werden zudem auch gesucht für zwei spezielle Untersuchungsprojekte im Rahmen der theoretischen Arbeit unserer Partei. Das erste Projekt beschäftigt sich mit der Arbeiterklasse in der BRD; es zielt darauf ab, möglichst detailliert die innere Gliederung des westdeutschen Proletariats, Strukturveränderungen, Entwicklung von Organisation und Bewußtsein zu untersuchen.

Das zweite Projekt ist der Analyse des BRD-Finanzkapitals gewidmet. Hier werden untersucht: die wesentlichen Bewegungen der Konzentration und Zentralisation des Kapitals in der Nachkriegszeit und die gegenwärtige Struktur der wichtigsten Monopole; Beziehungen zwischen Bank- und Industriemonopolen; Zusammensetzung der Finanzoligarchie; Finanzkapital und Staat usw.

Für beide Untersuchungen soll jeweils eine Projektgruppe gebildet werden, die sich über einen Arbeitsplan, über Arbeitsmethoden usw. verständigt. Für beide Projekte gilt dabei, daß die Untersuchungstätigkeit nicht übers Knie gebrochen werden, sondern sich über einen längeren Zeitraum erstrecken soll. Damit ergibt sich auch für Genoss(inn)en, die nur über wenig Zeit für eine solche Arbeit verfügen, die Möglichkeit einer Beteiligung.

Wer also Interesse an einer Mitarbeit bei den „Kommunistischen Heften“ oder den Projektgruppen hat, wende sich möglichst bald an das Zentrale Büro der KPD in Dortmund oder an Detlef Schneider Tel.: (040) 439 77 33.



HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	1. Programm	WELLENLÄNGE
13.00-13.30	9375 kHz 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
14.30-15.00	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
16.00-16.30	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
18.00-18.30	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
19.00-19.30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 31 Meterband KW 215m MW
21.30-22.00	7310 5985 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
23.00-23.30	7310 5985 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
6.00-6.30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 31 Meterband KW 215m MW



Abonniert das Zentralorgan der KPD

Hiermit bestelle ich:

Abonnement ab Nr.

☐ für 1 Jahr

☐ für 1/2 Jahr

☐ Probenummer

Die Zahlung erfolgt:

☐ jährlich
DM 60.-

☐ halbjährlich
DM 30.-

Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Andernfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Bestellt Informationsmaterial der KPD

☐ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD

☐ Ich möchte Mitglied der KPD werden.

Name:

Straße:

Plz./Ort:

Datum:

Unterschrift:

(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Ausschneiden und einsenden an das Parteilbüro der KPD, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30.



NIX WIE HIN . . . zum Sommerzeltlager der KJD 16. - 30. Juli 1983

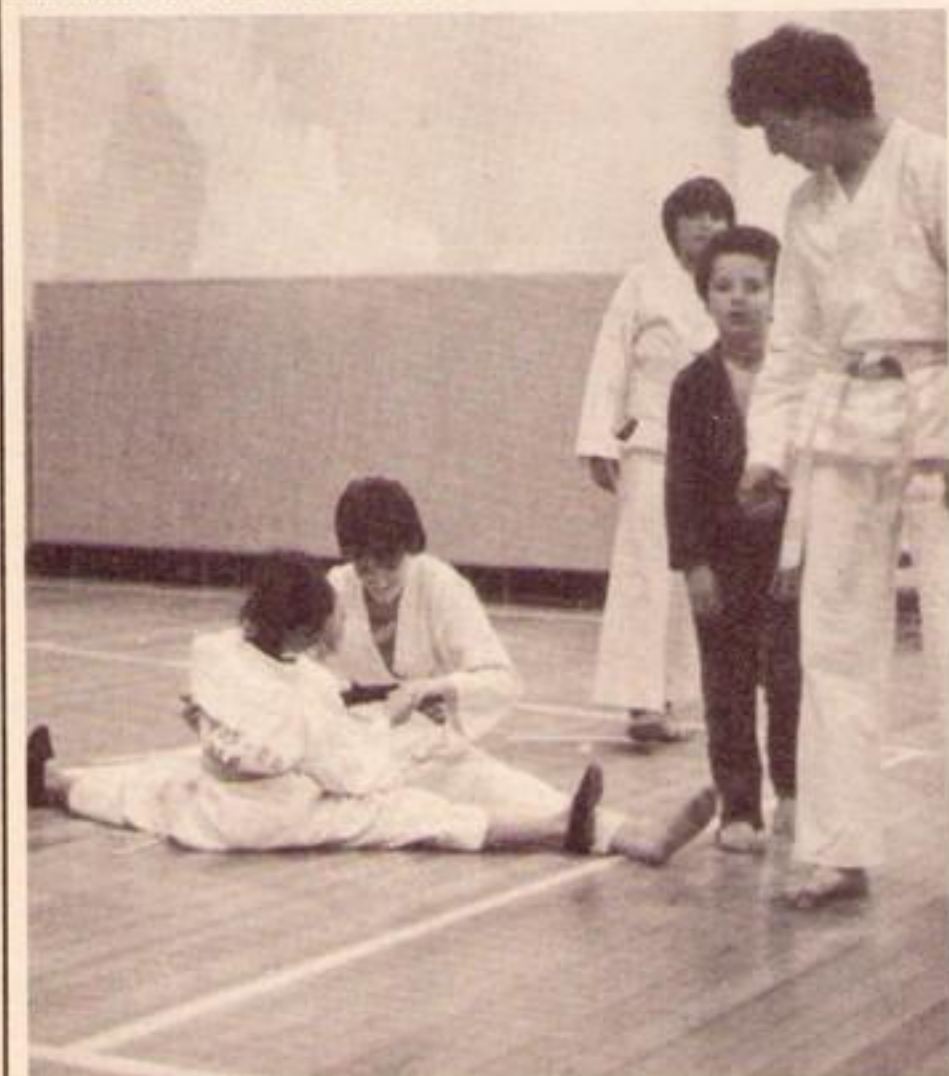


Hallig
Hooge

Mitte bis Ende Juli findet auf der Hallig Hooge das Sommerzeltlager der Kommunistischen Jugend Deutschlands statt. Das kleine Eiland, mitten im Wattenmeer, gilt als „Königin der Halligen“!

Dort, wo die nur 150 Einwohner bis heute noch ohne Polizei auskommen — Schwierigkeiten regeln sie unter sich — wird zwei Wochen lang ein buntes, interessantes, attraktives Programm — sicherlich oft zusammen mit den Insulanern ablaufen.

Bis jetzt sind unter anderem vorgesehen: natürlich — je nach Wetterlage — viel Schwimmen, Wattwandern mit Wattführer, auf Krabbenkuttern mitfahren, Fußballspiele gegen die Hooger Jugend, Tagesausflüge zu den Sandbänken, Tierbeobachtungen, Besuch und Diskussion in der Wattochutzstation, Filmnächte, Lagerfeuer, Lieder, Erzählungen, Tagesausflüge aufs Festland, friesische Freiheits-erzählungen und ein ausführliches Programm der KPD/Schleswig-Holstein zum Kennenlernen von Land und Leuten, von HDW bis Brokdorf.



Und der Clou — der ASG Ückendorf macht ein zehntägiges Training in Taekwon-Do.

Der Superpreis: Nur 230 DM. Darin sind die Fährrfahrt, Zeltplatzgebühren, Kurtaxe und astreine Verpflegung enthalten. Zelte und was man sonst noch zum Campen braucht, muß man mitbringen.

Also nichts wie angemeldet bei der KJD, Wellinghofer Str. 103, 4600 Dortmund 30. Und Prospekte anfordern, für Euch und zum Weiterverteilen.

Härtere Gangart gegenüber Soldaten

W-18-Pläne wieder hervorgeholt

Was der Wehrbeauftragte verschweigt

BONN. — Die neue Regierung in Bonn setzt ihren jugendfeindlichen Kurs nach der Wahl auch voll gegen die Wehrpflichtigen durch. Auf der einen Seite sollen Wehrdienstverlängerung und die höhere Belastung der Kriegsdienstverweigerer die militärische Kampfkraft der Armee stärken, auf der anderen Seite verschweigt der Wehrbeauftragte in seinem Bericht die größten Skandale der Unterdrückung von Soldaten.

Der neue Generalinspekteur der Bundeswehr, Wolfgang Altenburg, war kaum im Amt, als er die W-18-Pläne wieder auf den Tisch brachte. In einem Zeitungsinterview sagte er Anfang April, er halte längeren Wehrdienst für wünschenswert. Eine kampffähige Bundeswehr der 90er Jahre hängt nach Meinung des Generalinspektors nicht allein von neuen Waffen ab. „Zuerst müssen wir die Personalsituation in den Griff bekommen — das heißt sicherstellen, daß wir auch über die Soldaten verfügen, die diese Waffen bedienen können“ — und wollen, muß man hinzufügen.

Denn Altenburg weiß sehr wohl, daß eine längere Wehrpflicht auch die Möglichkeit des hirnlosen Drills, der Einflußnahme auf die Jugendlichen erhöht. So forderte der General auch: „Ich glaube, daß das Ver-

ständnis der jungen Generation für die Notwendigkeit des militärischen Anteils an unserer Politik der Friedenssicherung gestärkt werden muß“. Dazu mußte der neue Obergeneral der Bundeswehr natürlich auch noch die Kriegsdienstverweigerer diffamieren, denen er vorwarf, ein zu gutes Leben zu haben. Altenburg meinte, es müsse sichergestellt werden, „daß Wehrdienstverweigerer einen gleichwertigen und gleichbelastenden Ersatzdienst zu leisten haben — bisher war das nicht der Fall“. Die Rezepte dagegen kennen wir nun, Wehrdienst- und Ersatzdienstverlängerung. Aber ob das die Einsicht in die Notwendigkeit der Bundeswehr stärken wird?

Zum ersten Mal gab jetzt auch der Wehrbeauftragte des Bundestages seinen Bericht der Regierung Kohl ab. Kurz vor

den Wahlen, am 3. März, legte er seinen alljährlichen Bericht vor, der sich schon enorm von den Berichten aus den Vorjahren unterschied. Waren früher noch fast alle Fälle von Mißhandlungen und sonstigen Vergehen von Vorgesetzten gegen einzelne Soldaten aufgeführt, so wird diesmal nur ein Fall erwähnt, in dem ein Unteroffizier in einer Ausbildungspause aus „Jux“ mit einer Luftpistole auf Soldaten rumballerte und mehrere verletzte. Ansonsten klagte der Wehrbeauftragte vor allem und insbesondere gegen die Rechtsverletzungen „durch das Wort“, sammelte einige — für Soldaten nun wirklich alltägliche — Beispiele dafür, wie Vorgesetzte ihre Untergebenen als „Pöbel“, „blödes Schwein“, „Rotzengel“ oder ähnliches beschimpften.

Lediglich einen Problemkreis der Bundeswehr stellte er ausführlicher dar. Die zunehmende Zahl von nicht anerkannten Kriegsdienstverweigerern, die sich beim Bund dem Prinzip Befehl und Gehorsam verweigern und ihrem Gewissen treu bleiben. Hier empfiehlt er dem Verteidigungsminister

„sich der angesprochenen Fragestellungen in einer Weise anzunehmen, daß Disziplinarvergesetze die notwendige Hilfe erhalten, um die Rechtsordnung immer angemessen zur Geltung bringen zu können“. Minister Wörner wird diesen Hinweis schon richtig verstehen und den Offizieren schon die richtigen Vollmachten geben, um diese Querulanten zur Räson zu bringen, um es mal militärisch auszudrücken.

Ansonsten geht es in dem Bericht vor allem um Fragen der Offiziere, ihres Studiums, ihrer Weiterbildung. Kein Wort in diesem ganzen Bericht zu den vielfachen neonazistischen Tendenzen und Vorfällen in der Bundeswehr, dem faschistischen Geist, der sich an so vielen konkreten Fällen feststellen läßt. Kein Wort auch zu den hundertfach ausgesprochenen harten Strafen gegen Soldaten, die sich aktiv an gewerkschaftlichen Aktivitäten, oder an Aktionen der Friedensbewegung beteiligt haben. Für den Wehrbeauftragten und den Bundestag ist das offensichtlich kein Thema.

Berufsbildungsbericht der Regierung

Schlechteste Bilanz seit Jahren

Jugendarbeitslosigkeit steigt weiter

Der Berufsbildungsbericht 1983, der die Situation der Jugendlichen in Ausbildung und Beruf nach den aktuellen Zahlen von 1982 darstellt, zeigt ganz deutlich, daß sich die beruflichen Zukunftschancen der Jugend im Jahre 1982 nachhaltig verschlechtert haben, daß der negative Trend nicht gestoppt wurde, sondern sich verschärft.

Grob ausgedrückt, stehen heute zwei Bewerber pro Ausbildungsplatz an, die Zahl der unvermittelten Bewerber hat sich gegenüber dem Vorjahr in 1982 um mehr als zwei Drittel erhöht.

Zwar stieg die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge 1982 um 4,2 Prozent (25000) auf insgesamt 631000 an, erreichte aber nicht die Zahl der Ausbildungsverträge der Jahre 1979 und 1980.

Am Stichtag für die Berechnung der Zahlen des Berufsbildungsberichts, dem 30.9.1982 standen 36000 noch unvermittelten Bewerbern 20000 unbesetzte Stellen gegenüber. Der Besetzung dieser Stellen stehen aber nicht nur die speziellen Neigungen, Fähigkeiten und Berufswünsche der Jugendlichen gegenüber, „Angebot“ und „Nachfrage“ sind auch regional sehr unterschiedlich. Ein Fünftel aller noch freien Ausbildungsplätze konzentriert sich allein auf vier Arbeitsamtsbezirke (München, Stuttgart, Ludwigsburg und Memmingen). Davon hat ein arbeitsloser Jugendlicher in Hamburg oder im Ruhrgebiet natürlich recht wenig.

So hat sich die Anzahl der unvermittelt gebliebenen Jugendlichen genau um 67,3 Prozent erhöht. Und mit der Verschärfung der Ausbildungsplatzsituation stieg auch die Arbeitslosigkeit von Jugendlichen unter 20 Jahren gegenüber dem Vorjahr um 30 Prozent auf 203000 im Dezember 1982.

Auch die relative Zunahme neu abgeschlossener Ausbildungsverhältnisse muß man kritisch betrachten. Die höchsten

liegt es auf der Hand, daß die Unternehmer in der wirtschaftlichen Krisensituation mit den billigsten verfügbaren Arbeitskräften arbeiten — eben mit Auszubildenden.

Dafür spricht auch, daß viele Jugendliche auf Grund der Ausbildungsplatzsituation gezwungen sind, Verträge abzuschließen, die in keiner Weise ihren Neigungen und Fähigkeiten entsprechen. So lösen überproportional viele Jugendliche — nämlich rund ein Drittel — ihre Ausbildungsverhältnisse in den Berufen Restaurantfachmann,

Steigerungsraten ergeben sich beim Fleischer (plus 31 Prozent), Bäcker (plus 26 Prozent) und im Hotel- und Gaststättengewerbe (plus 20 Prozent). Hier



Friseur, Koch, Fleischer, Bergmann oder Verkäuferin wieder auf, im Beruf des Tankwarts sogar fast zwei Drittel.

Weiterhin muß man bedenken, daß alle Zahlen des Berufsbildungsberichtes stark beschönigt sind. Denn weiterhin sind in den offiziellen Stellen eine große Zahl Jugendlicher nicht berücksichtigt. Etwa die, die unmittelbar im Anschluß an die allgemeinbildende Schule eine Hilfsarbeit annehmen, die während der Probezeit von den Betrieben entlassen werden oder ihre Ausbildung abbrechen, die einen Bildungsgang vor der vollen beruflichen Qualifikation verlassen, und die, die aufgrund geringer Bewerbungschancen resigniert und sich nicht mehr bei den Arbeitsämtern gemeldet haben.

Und die Lage wird sich weiter verschärfen. Die fast völlige Streichung der Leistungen nach dem BAFöG für Schüler und die Umstellung der Förderung auf Darlehen für Studenten wird auch Auswirkungen auf die Situation der Berufsausbildung haben. Noch mehr Jugendliche werden sich um die Ausbildungsplätze bewerben. Ein schonungsloser Konkurrenzkampf um Ausbildungsplätze wird die Folge sein, da die Zahl der Ausbildungsplätze schon jetzt nicht der Nachfrage auch nur annähernd gerecht wird. Am Ende wird die Zahl derjenigen, die als Ungelernte oder Arbeitslose „übrigbleiben“ durch die BAFöG-Streichungen immer größer werden.

Diese Zahlen, die wir dem Berufsbildungsbericht der Bundesregierung und einer Stellungnahme des DGB dazu (in: Gewerkschaftliche Bildungspolitik 3/'83) entnommen haben, zeigen, auf welch katastrophale Verhältnisse die Ausbildungssituation unter der Jugend zu steuert. Ganz deutlich wird, daß die von der sozialliberalen Koalition begonnene und von der jetzigen Regierung verschärft weitergeführte Politik, die qualitative und quantitative Entwicklung der Berufsausbildung allein den sogenannten Selbststeuerungsmechanismen der Wirtschaft zu überlassen, für die Jugendlichen in eine Sackgasse führt.

NEU IM VERLAG ROTER MORGEN



„Zwischenruf links“,
Zeitung der
Kommunistischen Studenten
— nur 50 Pfennig

Mit 5,— DM sind Sie dabei ...
... denn soviel zuwenig kostet ein
Einzelheft der Reihe
„Kommunistische Hefte“
(Theoretisches Organ der
KPD) im Abonnement.



Am obenstehenden Buch des
Genossen Ernst Aust („Fürs
Vaterland?“), das soeben als
Doppelnummer 3/4 dieser
Reihe erschienen ist, spart
man z. B. als Abonnent ganze
4,80 DM — genug, um sich
davon glatt noch ein Taschen-
buch kaufen zu können,
vielleicht von Karl Marx ...
(oder u. U. eine Schachtel
Zigaretten, fürs gemütliche
Schmökern ...)

In den „Kommunistischen
Heften“ wird Wichtiges, Strit-
tiges, Nützliches und Infor-
matives aus allen Bereichen,
in denen sich Menschen
gegen die Herrschenden in
Bewegung setzen, tieferge-
hend beleuchtet und vom
marxistischen Standpunkt
diskutiert.

Die Reihe umfaßt sowohl
Bücher als auch Aufsatz-
sammlungen usw.

Es lohnt sich!

Hiermit bestelle ich ein
Abonnement der „Kommuni-
stischen Hefte“
ab Nr. 3/4
(E. Aust: Fürs Vaterland?)

ab Nr. 5

Ein Abo umfaßt vier Num-
mern. Den Betrag von 25,—
DM (einschließlich Porto und
Verpackung) überweise ich
nach Erhalt der Rechnung.

Name:

Straße:

Ort:

*Zutreffendes bitte ankreuzen

Das Abo verlängert sich auto-
matisch, wenn es nicht nach
Ablauf gekündigt wird.

Coupon ausschneiden und
schicken an:
Verlag Roter Morgen
Wellinghofer Str. 103
4600 Dortmund 30

Friedensbewegung in der DDR

Opposition bei einer SED-Kundgebung

JENA. — Mit einer mutigen Aktion sind wieder einmal die oppositionellen Friedenskämpfer der thüringischen Stadt Jena an die Öffentlichkeit getreten. Während einer offiziellen Kundgebung haben sie mit von den SED-Lösungen abweichenden Parolen für den Frieden demonstriert.

Den Einsatz des Staatssicherheitsdienstes, der dem unerwünschten Engagement ein Ende machen sollte, prangerten rund 200 Jenaer Bürger in Briefen an den Staatsratsvorsitzenden der DDR, Erich Honecker an.

Aus Anlaß des 38. Jahrestages der Bombardierung Jenas, am 19. März 1945, bei der etwa 800 Sprengbomben und zahllose Brandbomben die Stadt in ein flammendes Inferno verwandelten, war vom Kreisausschuß der Nationalen Front, der umfassenden Massenorganisation der DDR zu einer Großkundgebung auf dem Marktplatz aufgerufen worden. Fünfzehntausend folgten dem Aufruf zu dieser Demonstration am 18. März.

der Einsatz ziemlich schnell ab-
lief, konnte ein Fotograf die
Vorgänge aufnehmen. Abzüge
der Bilder gerieten in den We-
sten, wir veröffentlichen einige
davon.

Eine Augenzeugin berichtete
über die Vorgänge: „Was gestern
in Jena auf dem Markt zur Fried-
enskundgebung anläßlich der
Bombardierung Jenas 1945 ge-
schah, darf nicht verschwiegen
werden. Bürger Jenas liefen in
Marschblöcken mit Transparen-
ten und Plakaten sternförmig
zum Marktplatz, im großen
Gedränge wurden plötzlich eini-
gen Leuten die Transparente
entrissen und zerfetzt, sie wur-
den zur Seite geschoben und ge-
drängt, angeschrien, beleidigt
und bedroht. Holzrahmen wur-
den auch auf menschlichen Kör-
per zerdrückt. Kleine Kinder
wurden unsanft weggeschoben
und angestoßen und bekamen
Plakate um die Ohren geschla-
gen. Mütter schrien und wein-
ten, Kinder schrien und litten
furchtbare Angst. Kaum einer
machte Platz, um Mütter und
Kinder aus dem Handgemenge
und dem Marktplatz zu lassen.
Das alles geschah, während von
der Tribüne von Frieden und So-
zialismus, von kapitalistischer
Gewaltanwendung und NATO-
Raketen gesprochen wurde.
Folgende Plakate erregten
Ärger bei einer Unmenge Zivi-
listen: Schwerter zu Pflugscha-
ren, Ohne Frieden keine Zu-
kunft, Frieden schaffen ohne



Die „Friedensgemeinschaft Jena“ mit oppositionellen Transparen-
ten auf dem Weg zur Kundgebung der Nationalen Front.

Dabei waren aber auch etwa
80 Leute eines Friedenskreises,
der sowohl Christen als auch
konfessionell nicht gebundene
Menschen vereinigt. Sie hatten
Transparente und Schilder da-
bei, die von den offiziellen, von
der SED herausgegebenen Pa-
rolen abwichen. Unter diesen De-
monstranten waren auch der
erst kürzlich aus der Haft ent-
lassene Transportarbeiter Ro-
land Jahn, der im Knast gewe-
sen war, weil er mit dem Fahr-
rad und einer polnischen Fahne
in Jena für „Solidarität mit dem
polnischen Volk“ eingetreten
war, und der ebenfalls wegen
oppositioneller Tätigkeit be-
kannte Maler Frank Rub, der
auch erst vor wenigen Wochen
aus dem Gefängnis entlassen
worden ist.

Diese Gruppe der Demon-
stranten wurde plötzlich von ei-
nem Trupp Beamter des Staats-
sicherheitsdienstes umstellt, die
Transparente heruntergerissen,
die Schilder zerstört. Obwohl

ten und Plakaten sternförmig
zum Marktplatz, im großen
Gedränge wurden plötzlich eini-
gen Leuten die Transparente
entrissen und zerfetzt, sie wur-
den zur Seite geschoben und ge-
drängt, angeschrien, beleidigt
und bedroht. Holzrahmen wur-
den auch auf menschlichen Kör-
per zerdrückt. Kleine Kinder
wurden unsanft weggeschoben
und angestoßen und bekamen
Plakate um die Ohren geschla-
gen. Mütter schrien und wein-
ten, Kinder schrien und litten
furchtbare Angst. Kaum einer
machte Platz, um Mütter und
Kinder aus dem Handgemenge
und dem Marktplatz zu lassen.
Das alles geschah, während von
der Tribüne von Frieden und So-
zialismus, von kapitalistischer
Gewaltanwendung und NATO-
Raketen gesprochen wurde.
Folgende Plakate erregten
Ärger bei einer Unmenge Zivi-
listen: Schwerter zu Pflugscha-
ren, Ohne Frieden keine Zu-
kunft, Frieden schaffen ohne

Werter Herr Staatsrats- vorsitzender Erich Honecker!

In unserer tiefen Erschütterung über
die Ereignisse zur heutigen Friedens-
demonstration die um 16.00 Uhr an-
läßlich des 38. Jahrestages der
Bombardierung Jenas durch anglo-
amerikanische Flugzeuge stattfand,
erlauben wir uns, Ihnen dieses
Schreiben zu senden.

Zu den Teilnehmern der gen.
Veranstaltung gehörten neben den
Arbeitern aus den städtischen Be-
trieben, den Studenten, Universi-
tätsangehörigen und Schülern auch
wir, das sind junge Christen und
nicht konfessionell Gebundene, die
sich in einem Friedenskreis vor-
rangig für internationale Abrüstung
und der Achtung der ABC-Waffen
widmen.

Die Demonstration besuchten
wir mit unseren selbstgefertigten

Plakaten, auf denen wir unserem
Friedenswillen Ausdruck verliehen.
Die Losungen lauteten:

Frieden für alle,
Verzicht auf Gewalt,
Gegen Militarisierung des Lebens,
Frieden schaffen ohne Waffen.

Unsere kleine Formation, Frau-
en und kleine Kinder waren auch
dabei, ging mit den Transparenten
bis auf den Marktplatz, wo sich alle
Teilnehmer versammelten. Unser
Kreis nahm dort friedlich Aufstel-
lung, um die Ansprache anzuhören.
Plötzlich begannen mehrere Perso-
nen, uns die Plakate und Spruch-
bänder zu entreißen. Es wurde mit
brutaler Gewalt und Beschimpfun-
gen gegen uns vorgegangen. Da
selbst unsere Kinder stark gefährdet
waren, z. B. wurde ein Kind beim
Entwerden der Plakate zu Boden
gerissen, war es uns nicht möglich,
weiter an der Friedensmanifestation
teilzunehmen. Mit dem Ruf „Bringt
die Kinder in Sicherheit!“ verließen
wir den Platz.

Durch die gegen uns gerichtete

Waffen, Verzicht auf Gewalt,
Entrüstet Euch und ähnli-
ches...“ (lt. taz vom 5. 4. 83)

Bei einem Friedensgottes-
dienst in Jena am Abend des 18.
März wurde ein offener Brief an
Erich Honecker geschrieben,



„Militarismus — raus aus
unserm Leben“, das Schild
hält der Maler Frank Rub

den ungefähr 200 Bürger Jenas
unterschrieben. Wir drucken
ihn unten ab. Auch nach diesem
mutigen Schritt, immerhin ist es
etwas anderes als hier, mit einer
kritischen Stellungnahme öf-
fentlich an die Staatsführung
heranzutreten, nahm die „Frie-
densgemeinschaft Jena“ auch
an der offiziellen Kranznieder-
legung für die Opfer der Bom-
benangriffe am 19. März teil.
Mit einem Kranz, der auf den
Schleifen die Inschrift „In eh-
rendem Gedenken — Friedens-
gemeinschaft Jena“ trug und
mit dem Symbol der nicht staat-
lich gelenkten Friedensbewe-
gung, „Schwerter zu Pflugscha-
ren“ versehen war, beteiligten
sich die Oppositionellen. Dort
wurden die Inschriften, wie es
heißt, „von Zivilpersonen un-



Der Staatssicherheitsdienst
greift ein

Provokation war es uns nicht
möglich, der Opfer des Bomben-
terrors zu gedenken, für Frieden in
der Welt einzutreten.

Durch die beschriebene Maß-
nahme gegen uns wurde die Veran-
staltung gestört, die Bürger, die
diesem friedlosen Zwischenfall bei-
wohnen mußten, waren erschüttert
vom Auftreten der Gewalt. Ausge-
hend von den von Ihnen gemachten
Vorschlägen zum Thema Frieden
möchten wir Sie bitten und erwarten,
daß Sie veranlassen, die Verursacher
der gegen uns und unseren Friedens-
willen gerichteten gewalttätigen
Provokation zur Verantwortung zu
ziehen.

Im heutigen Friedensgottes-
dienst, den der Landesbischof Leich
hält in der Jenaer Friedenskirche,
wenden wir uns mit diesem Schrei-
ben an die Öffentlichkeit.
Hochachtungsvoll,
von etwa 200 Jenaer Bürgern unter-
schrieben

Jena, am 18. 3. 1983

Solidarität mit Manfred und Andreas

Seit über zwei Jahren sitzen
jetzt die beiden kommuni-
stischen Oppositionellen
Manfred Wilhelm und An-
dreas Bortfeld in den
Gefängnissen der DDR.
Sie sind zu hohen Haft-
strafen verurteilt worden,
weil sie für Frieden und
Demokratie eingetreten
sind, weil sie aktive Soli-
darität mit ihren polni-
schen Klassenbrüdern be-
trieben haben.

Je acht Jahre in den Ge-

fängnissen sollen sie
kaputtmachen, soll auf
andere abschreckend wir-
ken. Manfred Wilhelm und
Andreas haben ihren poli-
tischen Kampf in den
Reihen der Kommunisti-
schen Partei Deutschlands
in der DDR geführt. Einer
Partei, die dort das durch-
setzen will, was die SED
und ihr Bonzenstaat schon
lange verraten haben: Ar-
beitermacht, Frieden und
Freiheit.

Schreibt an die Genossen

Jeder Brief, jede Karte, die
die Gefangenen erreicht,
erleichtert ihnen das
Durchhalten im Gefängnis.
Und es ist so einfach, von
Versammlungen, aus dem
Urlaub, von einer Reise
oder einfach mal so eine
Karte, einen kurzen Brief
rüberzusenden. Selbst
wenn der eine Brief oder
die eine Karte mal nicht an

die Gefangenen ausgehän-
digt wird, immerhin mer-
ken dann die Behörden,
daß die Genossen, Freun-
de, Bekannte haben, die
nicht aufhören werden, mit
den beiden solidarisch zu
sein, die den Fall überall
und immer wieder bekannt-
machen werden, bis die
Genossen wieder frei sind.



Andreas Bortfeld
Strafvollzugsanstalt
Bauzen
Postschließfach 100-2
8600 Bauzen/DDR



Manfred Wilhelm
Strafvollzugsanstalt
Brandenburg
Postschließfach 66-9
1800 Brandenburg/DDR

Weitere Informationen beim Solidaritätskomitee: H.D. Koch,
Geßlerstr. 14, 4600 Dortmund

kenntlich gemacht“. Wiederum
trafen sich im Anschluß die
Friedenskämpfer und formu-
lierten erneut einen Brief an Ho-
necker, der nochmal von rund
200 Bürgern unterzeichnet wur-
de.

Das massive Auftreten bei

einer öffentlichen Kundgebung,
die große Zahl der Unterzeich-
ner der Briefe an Erich Ho-
necker zeigen deutlich, daß sich
auch die „inoffizielle“, die staat-
lich nicht gelenkte Friedensbe-
wegung in der DDR im Vor-
marsch befindet.

Solidaritätsveranstaltung für die autonome Friedensbewegung in der DDR

Der Kreisverband Dortmund der Grünen ruft zu einer
Solidaritätsveranstaltung mit der Friedensbewegung in der
DDR auf. Zu dieser Veranstaltung sind auch der heute in
Westberlin lebende Bildhauer Michael Blumhagen aus Jena
eingeladen und der Liedermacher Mathias Sork aus Berlin,
der heute in Münster lebt.

Die Veranstaltung findet statt am 29. April 1983 in
Dortmund, um 19.30 Uhr im Haus Göbbeln, Schützenstr. 46.

Werter Herr Staatsratsvorsitzender!
Noch schockiert von den gestrigen
Ereignissen, die wir Ihnen in
unserem Brief vom 18. 3. 83 darleg-
ten, sind wir abermals in unserer
Friedensbekundung behindert wor-
den. Aus dieser Betroffenheit
heraus sehen wir uns gezwungen,
uns erneut an Sie zu wenden.

Unsere Gedenkminute zu Ehren
der Opfer der Bombardierung Jenas,
die wir am 8. 3. 83 auf den zu-
ständigen Stellen anmeldeten, wur-
de untersagt mit dem Hinweis, uns
an der Friedenskundgebung am
18. 3. 83 und an der Kranznieder-
legung am 19. 3. 83 zu beteiligen.
Wir schlossen uns am 19. 3. 83 dem
Trauerzug der Bürger Jenas an und
legten am Mahnmahl unseren Kranz
mit der Aufschrift „In ehrendem
Gedenken — Friedensgemeinschaft
Jena“ und dem Friedenssymbol
„Schwerter zu Pflugscharen“ nie-
der. Während wir gedenkend
schwiegen, wurden unsere Kranz-
schleifen von mehreren Zivilper-
sonen unkenntlich gemacht. Gleich-

zeitig wurden wir von Ordnungs-
kräften abgedrängt. Wir sehen uns
nicht nur durch die Opfer des
Bombenangriffs auf Jena am
19. 3. 45, sondern auch durch das
gegen uns angewandte Verhalten
gemahnt, wie wichtig die Bewah-
rung des Friedens ist.

Werter Herr Staatsratsvorsitzen-
der!

Durch diesen Brief nutzen wir
die Möglichkeit, Sie als Vorsitzen-
den unseres Staates anzusprechen
und Sie auf die Geschehnisse auf-
merksam zu machen.

Wir erwarten und bitten darum,
daß die Schändung unseres Geden-
kens und unserer Friedensbekun-
dung nicht ungestraft bleibt.

Hochachtungsvoll
von etwa 200 Jenaer Bürgern unter-
schrieben

Jena, den 19. 3. 83

Protest gegen Arbeitslosigkeit

Blutige Unruhen in Sao Paulo

Zu großen Demonstrationen, gewaltsamen Auseinandersetzungen und Plünderungen von Geschäften kam es in der letzten Woche in Sao Paulo. Eine der größten Industriestädte Brasiliens ist zum Mittelpunkt schwerer Auseinandersetzungen, vor allem der großen Zahl der Arbeitslosen mit der Regierung geworden, die mit einem drastischen Sparprogramm auf Kosten der Massen die Zahlungsfähigkeit des Staates an die ausländischen Imperialisten sichern will.

Zunächst begannen die Protestmärsche Tausender Arbeiter in den Arbeitervierteln Santo Amaro und Santo Andre im Süden Sao Paulos am vergangenen Montag. Schon am Dienstag griffen sie auf das Stadtzentrum über. Hier gingen mehrere tausend Demonstranten gegen Polizei- und Militärpolizeieinheiten vor, die in großer Zahl aufmarschiert waren. Supermärkte, Bäckereien und Metzgereien wurden geplündert. Am vergangenen Dienstag allein gab es 120 Verletzte, 80 Demonstranten wurden verhaftet.

Mit Steinen und Stöcken wurden Polizeieinheiten und Fahrzeuge angegriffen, jede Festnahme mit erneuten Kampfaktionen beantwortet. Innerhalb kürzester Zeit wußten die „Ordnungshüter“ nicht mehr, wo sie zuerst eingreifen sollten.

Nur mit Tränengas und Warschüssen konnten die Ar-

beiter davon abgehalten werden, den Amtssitz des Ministerpräsidenten des Bundesstaates Sao Paulo zu stürmen.

Nach offiziellen Angaben gibt es lediglich zwischen 5 und 8 Prozent Arbeitslosigkeit in großen Städten Brasiliens. Die Zahlen sind aber falsch, weil jemand, der, und sei es nur für fünf Stunden pro Woche, überhaupt irgendeine Arbeit hat, in dieser Statistik nicht auftaucht. Die Gewerkschaften hingegen sprechen von über 13 Prozent Arbeitslosen. Und in bestimmten Bereichen liegt sie noch enorm höher. Rationalisierungs- und Entlassungswellen haben z. B. im Handels- und Dienstleistungsbereich zu 43,1 Prozent Arbeitslosigkeit geführt. In der metall- und stahlverarbeitenden Industrie, namentlich durch VW do Brasil, sind 15 Prozent mehr Arbeitslose von den Gewerkschaften

nachgewiesen worden.

Die Ursache für die großen sozialen Probleme Brasiliens liegt in der völligen Abhängigkeit des Landes vom ausländischen Kapital. Neben vielen großen westlichen Konzernen, die mit frühkapitalistischen Methoden Land und Leute ausbeuten, ist es vor allem der Internationale Währungsfond (IWP), der Brasilien voll im Griff hat. Diese Organisation, praktisch eine Kreditbank der starken westlichen Industrieländer hat Guthaben in Höhe von 200 Milliarden Mark in Brasilien. Die Rückzahlung dieser Summen, die mit der Vergabe verbundener Bedingungen gehen auf Kosten des Volkes. Der Vorsitzende der größten Oppositionspartei Brasiliens, der PMDB Ulysses Guimaraes, machte denn auch die Regierung für die Zusammenstöße in Sao Paulo verantwortlich und sagte, er habe schon vor Wochen darauf hingewiesen, daß die an die Darlehen des Internationalen Währungsfonds gebundenen Auflagen die Arbeitslosigkeit in die Höhe schießen lassen würden und, so wörtlich, „die Leute zur Verzweiflung treiben“ würden.



Tausende Freiwillige melden sich in Nicaragua zum Kampf gegen die eingedrungenen Konterrevolutionäre

Nicaragua

Die ferngesteuerte Konterrevolution

Während sich in Nicaragua einige zehntausend Menschen gemeldet haben, die mit den Volksmilizen den Kampf gegen die von Honduras eingedrungenen Konterrevolutionäre führen, werden aus den USA immer mehr Beweise bekannt, die die Beteiligung und die Führung dieser Invasion durch die Regierung Ronald Reagans offenlegen.

So blieb ein Bericht des Nachrichtenmagazins „Time“ unwidersprochen, in dem behauptet wird, daß in einem „politischen Koordinierungsausschuß“, der die konterrevolutionären Generalstäbe umfaßt, die das freie Nicaragua besetzen wollen, als „eigentliches Gehirn“ all dieser Aktionen Vertreter des CIA arbeiteten.

Zwei Journalisten der „Washington Post“ und des Magazins „Newsweek“ berichteten von einem Besuch bei den antisandinistischen Einheiten. Sie entdeckten unter anderem: Gewehre aus Belgien und den Vereinigten Staaten, Maschinengewehre, Rucksäcke, Militärstiefel, Funkgeräte — alles made in USA.

Sogar im US-Kongreß wurde kritisch über die Aktivitäten des CIA und seines Direktors William Casey in Honduras diskutiert, 37 Kongreßabgeordnete äußerten in einem Brief an Re-

gan ihre Besorgnis über die „ungesetzliche Unterstützung“ der antisandinistischen Kräfte.

Die Regierung läßt aber von ihrem Kurs nicht ab. Jetzt wurde bekannt, daß der CIA 19 Millionen Dollar für die „Destabilisierung“ Nicaraguas aufgebracht hat und aus einem Fond, über den Reagan persönlich verfügen kann, ohne Kongreß oder Abgeordnetenhaus zu fragen, weitere 11 Millionen Dollar für diese Aktivitäten zur Verfügung gestellt hat.

Was der CIA mit diesen Summen anstellt, zeigt der politische Mord in der vergangenen Woche in Managua. Die dort im Exil lebende „Kommandantin Ana Maria“, die salvadorianische Freiheitskämpferin Melida Anaya Montes, wurde ermordet. Dieser Mordanschlag, der in einem Kommuniqué der salvadorianischen Befreiungsorganisation FMLN dem CIA angelastet wird, hat mehrere Ziele.

Zum einen natürlich die Ausschaltung einer der führenden Persönlichkeiten des Befreiungskampfes von El Salvador. Zum anderen soll aber auch die Hauptstadt Nicaraguas damit als Zentrum sämtlicher Befreiungsbewegungen in Zentralamerika abgestempelt werden, soll dargestellt werden, die Rebellen in El Salvador etwa, seien von außen gesteuert. Während in El Salvador selbst die FMLN immer größere Gebiete befreit hat, es durch Berichte und Filmaufnahmen von Journalisten bewiesen ist, daß die Hauptquartiere und Kommandozentralen des Befreiungskampfes im Lande selber liegen, soll mit der Mordaktion das Gegenteil bewiesen werden.

Die verbrecherischen Aktivitäten der US-Imperialisten, ihrer Geheimdienste und bewaffneten Helfer in Zentralamerika steuern immer mehr auf einen offenen Krieg hin. Die Solidarität mit Nicaragua und den anderen kämpfenden Völkern der Region ist gerade hier, in einem Land mit einer US-hörigen Regierung, dringend von Nöten.



Nur mit Tränengas und Warschüssen konnte die Polizei die Arbeiter davon abhalten, den Amtssitz des Ministerpräsidenten des Bundesstaates Sao Paulo zu stürmen.

Presseerklärung des Vertreters der PLO, Abdallah Frangi, bei der Liga der Arabischen Staaten in Bonn

Vergiftungen in der Westbank — Massenhysterie?

Am 23. März 1983 wurden 72 Mädchen der Höheren Schule in Arraba bei Jenin mit Vergiftungserscheinungen ins Krankenhaus eingeliefert. Ihre Symptome: starke Atembeschwerden, Ohnmachtsanfälle, heftige Kopf-, Rücken- und Gelenkschmerzen, Fieber, Schwindelanfälle und Erbrechen.

Am 27. März traten diese Symptome an weiteren fünf Höheren Mädchenschulen im Distrikt Jenin auf.

Am vergangenen Wochenende wurden wieder 300 palästinensische Schulkinder in Nablus und Hebron mit denselben Krankheitssymptomen in ärztliche Behandlung gebracht. Mehr als 800 palästinensische Kinder sind bisher von diesen Vergiftungserscheinungen betroffen.

Die israelische Militärregierung in der Westbank machte „radikale Palästinenser“, die zu Demonstrationen gegen die israelische Besatzung hätten „aufhetzen“ wollen, für die Vergiftungen verantwortlich. Das israelische Gesundheitsministerium ließ auf einer Pressekonferenz erklären, die Vergiftungserscheinungen seien das Ergebnis einer „Massenhysterie und einer psychosomatischen Massenreaktion“ auf ausgestreute Gerüchte. In Radiomeldungen, in

Berichten und Kommentaren westeuropäischer Medien wurde die israelische Erklärung zumeist beifällig wiedergegeben. Warum auch israelische Soldaten und Grenzpolizei in Jenin dieselben Symptome vorwiesen und warum ihr Kommandeur die Ausgabe von Gasmasken anordnete, konnte indes nicht erklärt werden.

„Israel traut keiner so etwas zu“, hieß das Fazit. Es kann also nur eine „Kampagne der PLO“ sein, eine gut „gesteuerte Massenhysterie“.

So wenig plausibel auch diese Erklärung sein mag, so zeigt sie doch deutlich, wie zeigt sie doch deutlich, wie gleichgültig die Medien und auch manche Politiker in den westeuropäischen Staaten gegenüber dem sind, was in der Westbank vor sich geht. Man möge sich vorstellen: Die vergifteten Schulkinder wären israelische oder jüdische Kinder. Die Reaktionen von Politikern höchster Stellen, von Journalisten und Reportern, von Kirchen und Verbänden sind nicht schwer auszumalen.

Es ist an der Zeit, die Öffentlichkeit an eine scheinbar vergessene Tatsache zu erin-

nern: Seit 1967 lebt das palästinensische Volk unter der israelischen Besatzung. Und diese Besatzung hat seit vielen Jahren alle Register der Unterdrückung und Repression gezogen und an keiner Maßnahme gespart, um das palästinensische Volk unter Kontrolle zu halten:

Die Westbank wird von der israelischen Militärregierung verwaltet nach den „Notstandsverordnungen zur Verteidigung“ von 1945. Diese aus der Mandatszeit stammenden „emergency defence regulations“ setzen die Menschenrechte praktisch außer Kraft. Hinzu treten israelische Sonderbestimmungen für „Sicherheit und Ordnung“, die jede Maßnahme des israelischen Militärs gesetzlich absichern. Die Repression hat ein vielfältiges Gesicht:

- Deportation von Lehrern, Akademikern, Ärzten und gewählten Bürgermeistern wie F. Kawasmeh und M. Melhem aus Hebron und Halhoul.
- Verhängung von Kollektivstrafen wie Häusersprengungen, die sich zumeist auf bloßen Verdacht gegen ein Familienmitglied gründen. Die israelischen Behörden selbst bestätigen die Sprengung von

weit über zweitausend Häusern seit 1967.

- Wochenlange Ausgangssperren über ganze Städte und Dörfer wegen Demonstrationen oder Steinwürfen wie im Frühjahr 1979 und 1982.
- Schließung von Geschäften und Universitäten.
- Anordnung von Verwaltungshaft, mit der Palästinenser wiederholt für sechs Monate im Gefängnis verschwinden, ohne angeklagt oder vor ein Gericht gestellt zu werden.
- Mißhandlungen von Gefangenen bis hin zur Folter.
- Fortgesetzte Landenteignungen und verstärkter Bau der völkerrechtswidrigen Siedlungen.
- Erschießung und Entführung von Kindern und Jugendlichen durch israelische Soldaten oder fanatische Siedler wie im Frühjahr 1982 und 1983.
- Überfälle von Siedlern auf Dörfer oder einzelne Häuser, Zerstörung der Einrichtung und Mißhandlung der Familien.
- Schändung und Zerstörung der islamischen heiligen Stätten.

Und zu all diesen Maßnahmen

kommt nun eine neue hinzu: die Vergiftung von Schulkindern.

Eine offene und unabhängige Untersuchung der Vergiftungserscheinungen wird zu Tage fördern, daß ihre Urheber in den Siedlerbanden von Gush Emunim oder der Kach-Gruppe zu finden sind. Es setzt die bisherigen israelischen Erklärungen wohl auch hier in ein anderes Licht, wenn der Schweizer Arzt Franz Altherr in dem stets sehr zurückhaltenden Ton des IKRK erklären läßt, daß er entgegen anderslautenden Meldungen niemals gesagt habe, er habe keine Anzeichen für eine Vergiftung feststellen können.

Das palästinensische Volk im besetzten Palästina leidet heute täglich, physisch und psychisch, unter dem Terror der israelischen Besatzung und Siedlungspolitik. Die Schulkinder sollen teuer bezahlen für ihren Widerstand, für jeden Stein, den sie in ihren Händen halten, und für jede Demonstration, an der sie teilgenommen haben. Und die Eltern sollen aus Sorge um Leben und Gesundheit ihrer

Kinder sich der Besatzung unterwerfen oder das Land in Richtung Jordanien verlassen. Das ist das Ziel der Siedlerbanden, das ist aber auch das erklärte Ziel der israelischen Regierung.

Wir fordern alle Politiker, alle Journalisten, die Kirchen und öffentlichen Verbände, das Rote Kreuz und amnesty international auf, die Maßnahmen Israels in den besetzten Gebieten vollständig zu untersuchen. Gerade in der Bundesrepublik gehört es zur „guten Gewohnheit“, sich für die „Sicherheit Israels“ einzusetzen. Wäre es da nicht an der Zeit, ein Wort über all die israelischen Maßnahmen zu verlieren, die nicht nur die Sicherheit, sondern sogar die Existenz der palästinensischen Bewohner bedrohen?

Wir haben oft und wiederholt auf die Gefahren für das palästinensische Volk hingewiesen. Aber unsere Erklärungen haben hier kein Echo gefunden. Will man uns damit zu verzweifelter Terroraktionen zwingen, um dann alle Verantwortung und Schuld wieder auf uns schieben zu können?

Abdallah Frangi
Vertreter der PLO
bei der Liga
der Arabischen Staaten

Bonn, den 6. 4. 83

Begegnung mit Albanien

„Albanien ist ein kleines Land, das das Schicksal aller kleinen Länder teilt: nicht in dem Maße beachtet zu werden, als es verdient.“ Dieser Eindruck, vor 40 Jahren formuliert, ist leider auch heute noch richtig. Dabei ist Albanien mit seinem wechselvollen Schicksal und seiner besonderen Stellung aus der europäischen Kulturgeschichte gar nicht wegzudenken, und auch heute geht es einen bemerkenswerten Entwicklungsweg.

Die Deutsch-Albanische Freundschaftsgesellschaft (DAFG) hat sich zur Aufgabe gestellt, vielfältige Beziehungen zwischen dem deutschen und dem albanischen Volk zu entwickeln, das gegenseitige Verständnis durch menschliche Begegnungen zu fördern, über Geschichte und Gegenwart Albanien und seine Kultur zu informieren. Reisen in dieses bei uns immer noch wenig bekannte, dabei gar nicht so fern liegende Land, persönliche Begegnungen sind dafür das beste und einfachste Mittel. Seit Vereinsgründung führen wir deshalb Albanien-Reisen durch. Bei der organisatorischen Abwicklung vermittelt Reisebüro und bei der Zusammenarbeit mit unseren albanischen Partnern verfügen wir über mehr als zehnjährige Erfahrungen.

Unsere DAFG-Reisegruppen wollen nicht nur Vereinsmitgliedern, sondern allen Interessenten, die unsere Zielsetzung akzeptieren, die Gelegenheit bieten, sich aus eigener Anschauung ein Bild zu machen, Albanien zu erfahren. Vielleicht wird ja auch für Sie die Begegnung mit Albanien mehr als nur ein Urlaubsabenteuer...

Neben Sonderreisen mit thematischen Schwerpunkten bieten wir im Sommer allgemeine Programme zum Kennenlernen des Landes an. Diese Fahrten erschließen einzelne Regionen mit ihren bedeutenden Städten und Sehenswürdigkeiten. Besucht werden Landwirtschafts- und Industriebetriebe, sozio-kulturelle Einrichtungen, Museen, Ausstellungen und Kulturstätten. Gesprächsrunden mit albanischen Fachleuten und Diskussionen gehören ebenfalls zum Programm. Film- und Folklorevorstellungen können besucht werden. Ruhetage zwischen den einzelnen Exkursionen lassen Zeit, die neu gewonnenen Eindrücke zu verarbeiten.

Zur Vorbereitung veranstalten die DAFG-Ortsgruppen nach Bedarf Einführungsabende.

DAFG Albanienfahrten 1983

Programme zum Kennenlernen des Landes

Wer mit der DAFG nach Albanien fährt, will mehr als Strand und Sonne erleben. Wer Land und Leute, deren Kultur und Aufbauleistung erfahren möchte und wie das ehemalige Armenhaus Europas sich seit seiner Befreiung entwickelt hat, wie die sozialistische Gesellschaftsordnung in der Praxis aussieht, dem bieten wir ausgesuchte Exkursionsprogramme mit deutscher, landeskundiger Reiseleitung und albanischen Dolmetschern.

28.6. - 19.7.83, 3-Wochen-Reise
Vorgesehene Besuche in Durrës, Tirana, Kruja, Berat und als Besonderheit: ca. einwöchige Fahrt nach Saranda (am Ionischen Meer) mit Besuch von Ksamil, Butrint, Borsh (albanische Riviera), Gjirokastra
Preis mit Programm DM 1573,50

Deutsch-Albanische Freundschaftsgesellschaft e. V. DAFG in Zusammenarbeit mit Skanderbeg-Reisen GmbH



12.7. - 26.7.83, 2-Wochen-Reise
Vorgesehene Besuche in Durrës, Tirana, Peza, 2-Tages-Fahrt: Berat - Fier/ Apollonia - Vlora und 3-Tages-Fahrt: Elbasan - Pogradec - Korça
Preis mit Programm DM 1263,50

26.7. - 16.8.83, 3-Wochen-Reise
Vorgesehene Besuche in Durrës, Tirana, Kruja, Berat, Peza oder Kavaja und als Besonderheit: 3-Tages-Fahrt durch das nordalbanische Bergland zur bisher selten besuchten neuen Stadt Kukes (am Stausee des Fierza-Wasserkraftwerkes)
Preis mit Programm DM 1573,50

Reiseweg für alle Sommerreisen (Vorbehaltlich Änderungen)
Anreise mit Linienflügen ab Frankfurt/M. (Abflug am späten Nachmittag) — Belgrad (Zwischenübernachtung) — Tirana/Rinas Rückreise: Linienflüge ab Tirana/Rinas — Belgrad — Frankfurt/M. (Ankunft gegen Mittag).

Frühbucherrabatt:

Die genannten Preise gelten nur bei Anmeldungen bis 30. April 1983. Danach erfolgt ein Aufschlag von DM 50,00 pro Person.

Die Preise (in DM)		bei Buchung bis 30.4.83	
2-Bett-Zimmer, Hotel-Kat. B		ohne Programm mit	
2-Wochen-Reise	1083,50	1263,50	
3-Wochen-Reise	1363,50	1573,50	

Zuschläge (Pro Person und Woche)	Hotel-Kategorie	
	A	B
Doppelzimmer mit Dusche/WC (in Hotel-Kat. B mit frz. Doppelbett)	120,00	70,00
Einzelzimmer mit Dusche/WC	200,00	160,00
Einzelzimmer (mit fl. Warmwasser)	--	90,00
Verlängerungswoche (nicht an allen Terminen möglich)	--	300,00

Familienermäßigung: 2 Kinder frei

In Begleitung von zwei Erwachsenen reisen bis zu zwei von deren eigenen Kindern bis zum vollendeten 12. Lebensjahr frei.

Kinder unter 3 Jahren kein Anspruch auf Sitzplatz im Flugzeug (kein Freigeplack). Kinder unter 8 Jahren: Kinderportion, Kinderbett. Unterbringung immer im Elternzimmer, ohne Ausflugsprogramm.

Dieses Angebot gilt nur für die drei Sommertermine und mit beschränkter Platzzahl!

Programmazuschlag für Kinder 100,00

Weitere Kinderpreise auf Anfrage.

Strandurlaub für Eltern siehe oben: Preise ohne Programm

Leistungen:

Alle Preise gelten von und bis Flughafen Frankfurt/M., sie enthalten: • Flug in JAT-Linienmaschinen • Bustransfer • Programm • Unterbringung in 2-Bett-Zimmern der Hotel-Kategorie B (fl. Warmwasser, Etageduschen) • Vollpension • Visum und • alle Gebühren • Reiserücktrittskostenversicherung • Reisegepäckversicherung • alb. Dolmetscher und • DAFG-Reiseleitung (bei Programmreisen).

Im Preis nicht enthalten sind Fahrten und Eintrittsgelder für den Besuch von Folklore- oder anderen Kulturveranstaltungen.

Bitte senden Sie mir:

(Zutreffendes ankreuzen)

- ☐ Informationsmaterial über Land und Leute Albanien (DM 10,00 Vorauszahlung mit Scheck o.ä. erbeten)
- ☐Stück Anmeldeformulare mit Reisebedingungen
- ☐ Informationen über die DAFG und über Möglichkeiten der Mitgliedschaft
- ☐ Ich interessiere mich speziell für
- ☐ Einzusenden an: DAFG-Sekretariat, Postfach 19-7622, 2000 Hamburg 19

Ausflugsziele +++ Ausflugsziele +++ Ausflugsziele +++ Ausflugsziele +++ Ausflugsziele

(1) TIRANA. Hauptstadt des Landes, auch industrielles und kulturelles Zentrum. Moschee mit Uhrturm (Wahrzeichen der Stadt), Kulturpalast, Industriemuseum, „Albanien heute“, Ethnographisches Museum; Nationale Galerie der bildenden Künste; Nationales Befreiungskampfmuseum; Lenin-Stalin-Museum; Historisches Museum.



Durrës-Strand

(2) DURRËS. Größter Hafen, zweitgrößte Stadt. Amphitheater; antike Thermen und Mosaik aus dem 4. bis 3. Jahrhundert v. u. Z.; mittelalterliche Festung; Archäologisches Museum mit einer der reichsten Sammlungen des Landes; Befreiungskampfmuseum. In der Nähe DURRËS-STRAND mit den Hotelanlagen für ausländische und albanische Touristen; direkt am Strand.



Berat

(3) BERAT. „Stadt der tausend Fenster“. Der historische Stadtkern ist bestens erhalten und wird als Museumsstadt gepflegt. Mächtige Burg; Festungskirche mit Fresken; verschiedene Kirchen und Moscheen werden als Baudenkmäler erhalten; siebenbogige Brücke über den Ossum. Größtes Textilkombinat des Landes.



Apollonia

(4) FIERI. Junge Industriestadt, u. a. Erdölraffinerie und Weiterverarbeitung von Nebenprodukten (Stickstoffdüngemittelfabrik). Wenige Kilometer entfernt die Ruinen der antiken Stadt Apollonia, das größte archäologische Zentrum Albanien mit Ausgrabung und Museum.



Saranda

(5) SARANDA. Südlichster Hafen Albanien, am Ionischen Meer (gegenüber der Insel Korfu). Mildes Klima. Bademöglichkeit. In der Nähe liegt die antike Stadt Butrint, bedeutendes archäologische Zentrum mit vielen Ausgrabungen. Museum mit Funden, die aus prähistorischen Zeiten stammen.



Burg Rozafat, Shkodra

(6) SHKODRA. Eine der ältesten Städte Europas. Zentrum Nordalbanien. Rozafat-Burg (über 2000 Jahre alt); Atheistisches Museum (das einzige seiner Art); in einer Basarstraße untergebrachte ethnographische Ausstellung, das Kabelwerk spielte bei der Elektrifizierung des Landes eine große Rolle.



Kruja, Teil der Basarstraße

(7) KRUIJA. Kleine Gebirgsstadt. Die Burg von Kruja wurde während der 25-jährigen Kämpfe des legendären Fürsten Skanderbeg gegen die Osmanen in ganz Europa berühmt. Restaurierte Burg mit Museum. Zur Burg führt eine enge Gasse, restaurierter Teil des mittelalterlichen Basars.

(8) ELBASAN. 1466 an der Stelle des antiken Scampa unter osmanischer Herrschaft als Stützpunkt im Kampf gegen Skanderbeg neugegründet. Burgruine und Museum. Bedeutendes Industriezentrum mit dem metallurgischen Kombinat.

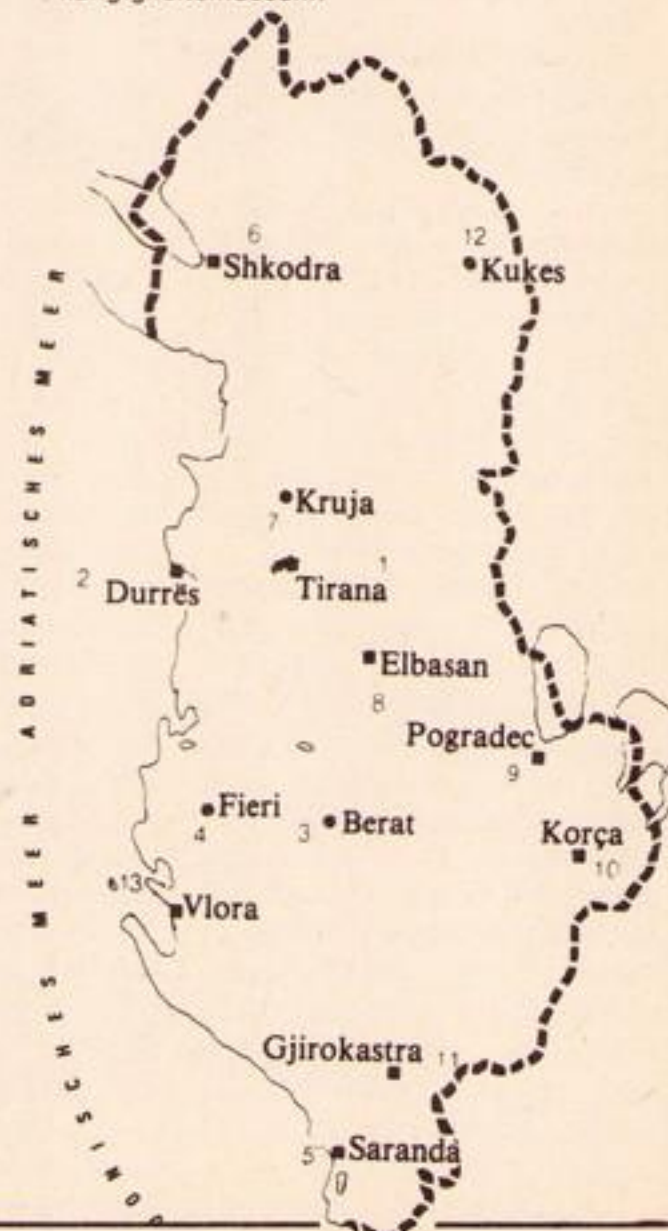
(9) POGRADEC. Kleine, malerische Stadt am Ochridsee nahe der jugoslawischen Grenze. Luftkurort. Bademöglichkeit und Erholungspark.

(10) KORÇA. Wichtigste Stadt im Südosten Albanien, großes Industriezentrum. Reizvolle Altstadt, enge Gassen mit charakteristischem Steinpflaster, niedrige Häuser mit kleinen Gärten. Weltbekannt ist Korça für seine Kellims und Teppiche. Neben modernem Trikotagenkombinat und feinmechanischem Betrieb Lebensmittelindustrie.

(11) GJIROKASTRA. Zentrum Südalbanien. Museumsstadt. Die mittelalterliche Festung beherbergt das Nationale Waffenmuseum. Das Geburtshaus von Enver Hoxha wurde als lokales Museum des nationalen Befreiungskampfes eingerichtet. Lehrermuseum und Obelisk.

(12) KUKES. Neue Stadt am Stausee in den Albanischen Alpen. Stadtmuseum, Teppichweberei.

(13) VLORA. Liegt an der albanischen Riviera. Hier wurde 1912 die albanische Unabhängigkeit erklärt. Stadtmuseum, Unabhängigkeitsmuseum.



„DGB-Investitionsprogramm zur Sicherung der Beschäftigung durch qualitatives Wachstum“

WUNSCHZETTEL, BITTSCHRIFT ODER KAMPFPROGRAMM?

(Wirtschaftspolitische Alternativen — 1. Folge)

Im März 1981 legte der DGB-Bundesvorstand diesen Vorschlag vor. Das Programm umfaßt sechs „Schwerpunktbereiche“, für die, in 25 Einzelpunkten, Vorschläge für mögliche Investitionen gemacht werden. Im zweiten Teil werden an drei großen Bereichen Finanzierungsvorschläge gemacht. Vom Bundesvorstand des DGB werden diese Vorschläge für eine Beschleunigung des qualitativen Wachstums aus Anlaß seiner Stellungnahme zum Entwurf des Bundeshaushaltes '83 der neuen

Die Summe, der Umfang dieses Programms, wurde damals auf 50 Milliarden Mark innerhalb von fünf Jahren beziffert, inzwischen ist ein doppelt so großer Betrag in der Diskussion.

Und so sehen die sechs Schwerpunktprogramme des DGB aus:

Gerade deswegen verbietet sich auch ein Herangehen in dem Sinne, daß man einfach fragt: Programm schön und gut, aber was habt ihr dafür getan? — obwohl eine solche Fragestellung angesichts der praktischen Aktivitäten des DGB in dieser Richtung sich mit

1. Energieeinsparung und rationelle Energieverwendung

Energie sparen ist umweltfreundlich und entspricht einer Energiepolitik nach der Devise „Weg vom Öl“. Beispiele sind: Nutzung der Abwärme von Kraftwerken und Industrie, Energie sparende Investitionen an Gebäuden wie Wärmedämmung, neue Heizungstechnologien. Dies ist ein wichtiger Beitrag zur Sicherung der Energieversorgung der Bundesrepublik und hilft zugleich, das durch die Ölabhängigkeit bedingte Leistungsbilanzdefizit der Bundesrepublik abzubauen.

2. Wohnungs- und Städtebau

Der DGB fordert hier den verstärkten Neubau von Sozialwohnungen und eine soziale Wohnungsmodernisierung, um die Wohnungsnot in Ballungsgebieten zu bekämpfen sowie Wohnumweltverbesserungen (mehr Grün in die Städte, Verkehrsberuhigung, Lärmschutz), um mehr Lebensqualität für unsere Innenstädte zu schaffen.

3. Umweltschutz

Der große Nachhol- und Erneuerungsbedarf an Klär- und Abfallbeseitigungsanlagen und anderen Entsorgungssystemen könnte gedeckt, Flüsse und Seen saniert und eine bessere Trinkwasserversorgung sichergestellt werden.

4. Verkehr

Der DGB fordert mehr Mittel für die Investitionen der Bundesbahn, Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs, Verbesserung der Verkehrssicherheit und Beseitigung von Verkehrsempfängen auf den Fernstraßen.

5. Verbesserung von Bildung und beruflicher Bildung

Durch den Neubau und Ausbau von Gesamtschulen, Ganztagschulen und beruflichen Schulen sowie überbetrieblichen und außerbetrieblichen Berufsbildungsstätten würden die Voraussetzungen für eine Verbesserung der Qualität von Bildung und beruflicher Bildung geschaffen.

6. Forschung und Technologie

Durch gezielte Förderung von Forschung und Entwicklung könnte die Humanisierung der Arbeitswelt vorangetrieben und die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft erhalten werden. (1)

Welcher Realismus?

Realistisch sei dieses Programm — das ist die erste Beteuerung des DGB-Bundesvorstandes. Und schon diese Aussage muß man in Frage stellen.

Zuerst einmal: Man kann es natürlich so machen. Man kann Umschau halten, wo der Bevölkerung was fehlt, welche Verbesserungen usw. nötig und möglich sind und daraus ein Produktionsprogramm machen. Daran ist nichts Falsches, nichts Unrealistisches. Einmal ganz abgesehen von den vorliegenden Forderungen, ist das durchaus richtig. Denn: Es nützt ja wenig, beispielsweise die Auseinandersetzung so zu führen, daß man sagt, mit den vorliegenden Forderungen würde man ja Grundlagen und Ausübung kapitalistischer Ausbeutung und Krisenpolitik unangetastet lassen. Erstens, weil es nicht „an sich“ darum geht, dies anzutasten, sondern um ein Gegenprogramm zur heutigen kapitalistischen Wirtschaftspolitik. Zweitens, weil man das eben erst noch sehen muß, wie es sich mit diesem Antasten verhält. Die Leitlinie kann nur sein: Würde die Erfüllung dieses Programms eine Verbesserung der Lage der Arbeiterschaft mit sich bringen oder nicht?

Macht aufdrängt.

Also kann es nur um eine realistische Bewertung dieser Vorschläge gehen. Realistisch heißt dabei, daß man die betreffenden Bereiche betrachtet, die Lage dort, die bisherige Entwicklung, die verschiedenen Interessen, die auf die Entwicklung einwirken.

Energie — jungfräulicher Boden?

Den ersten Schwerpunkt, die Energiepolitik, wollen wir uns am ausführlichsten, beispielhaft, betrachten.

Anderhalb Jahre (!) nach der Veröffentlichung dieses Programms, im Oktober 1982, veröffentlicht der Referatsleiter der Abteilung Wirtschaftspolitik beim DGB-Bundesvorstand, Wilfried Höhn, einen Artikel „Das DGB-Programm ...: Ansätze zu seiner Konkretisierung“. Diesen zeitlich skandalösen Abstand einmal beiseite gelassen, schreibt er in seinem Konkretisierungsansatz zu diesem ersten Punkt Energie:

„Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß dieser Schwerpunktbereich des DGB-Programms im Kern durch die in seinem ersten Unterpunkt (Ausbau eines integrierten Systems von Wärme-Kraft-Koppelung usw.) genannten Maßnahmen auszufüllen wäre. Anknüp-

Regierung ausdrücklich mit zwei anderen Maßnahmen in eine Reihe gestellt: mit der Arbeitszeitverkürzung und der sozialen Beherrschung der Produktivitätsentwicklung. Die Verfasser sehen diesen Vorschlag weiterhin ausdrücklich in Kontinuität zum „DGB-Programm zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung“ von 1977 und dem darauffolgenden „Zukunftsinvestitionsprogramm“ (ZIP) der früheren Regierung.

fend an das laufende Fernwärme-programm reicht die Skala der Möglichkeiten von einer Verdoppelung bis zu einer Versiebenfachung des derzeitigen jahresdurchschnittlichen Förderungsrahmens von 0,3 Milliarden Mark.“ (2)

Ohne Zweifel: Vervielfachte Investitionen im Fernwärmebereich, in die gesamte Änderung der Energiepolitik, wären eine Maßnahme, die Arbeitsplätze schaffen würde. Und zwar nicht irgendwelcher Art, sondern sinnvolle, produktive Arbeit.

Arbeitsplätze beispielsweise im Stahlbereich, beispielsweise im Kohlebergbau, und noch vieles andere mehr könnten hier gesichert und geschaffen werden.

Erhebt sich nur die Frage: Warum wird das nicht gemacht? Haben das bisher alle „übersehen“? Das mag wohl im Ernst niemand glauben. Also erhebt sich doch die eindeutige Frage: Wer ist denn dagegen? Wer ist denn so mächtig, daß er solch sinnvolle Sachen verhindern kann und dies auch tut?

Multis, Monopole und Moneten

Die gesamte Energiewirtschaft, in allen Bereichen, ist die am meisten konzentrierte Branche der westdeutschen Wirtschaft überhaupt. Sie ist zugleich diejenige Branche, in der die sogenannten multinationalen Gesellschaften, die angloamerikanischen Ölmonopole die stärkste Stellung haben.

Beim Öl ist das am deutlichsten, wohl auch am meisten bekannt: Esso, Shell, BP, Texaco und Mobil beherrschen das gesamte Geschäft, gesetzlich begünstigt auch die geringe inländische Förderung. (3) Beim Gas ist es wesentlich weniger auffällig, aber trotzdem sind die

Verhältnisse eindeutig: Esso und Shell sowie BP haben den größten Anteil an solchen Gesellschaften wie Ruhrgas AG oder Thyssengas, als zweiter im Rennen ist die Ruhrkohle AG, das heißt in erster Linie die Stahlkonzerne. Auch bei der Gasverteilung ist der Einfluß von Esso und Shell so groß, daß gegen ihren Willen nichts läuft. Am einfachsten ist die Konzentration auf dem Gebiet der Kohle zu sehen: Die Ruhrkohle AG fördert mehr als drei Viertel der westdeutschen Steinkohle, die Rheinbraun (die ausschließlich den RWE gehört) sogar 100 Prozent der Braunkohle.

In der Elektrizitätswirtschaft haben zwei Konzerne, die RWE und die VEBA über 50 Prozent Marktanteil, die zehn Gesellschaften, die in der Deutschen Verbundgesellschaft zusammengeschlossen sind, haben den gesamten Markt unter sich aufgeteilt. Vorwiegend sind dies übrigens sogenannte „gemischte Unternehmen“, an denen neben den Banken und — meist „unbekannten“ — Privataktionären auch die Kommunen bzw. die Bundesländer beteiligt sind. In der Atomwirtschaft mit ihren zahlreichen Zweigen spielen neben Siemens und den Banken vor allem die Stahlkonzerne, die Ruhrkohle und das RWE (jeweils mit zahlreichen, oft sehr verschachtelten Tochterunternehmen) die alles beherrschende Rolle.

Beim gesamten Aufkommen und Verbrauch von Energierohstoffen aller Bereiche lieferten vor acht Jahren bereits ganze acht Unternehmen ziemlich genau 66 Prozent dieses Gesamtaufkommens. (4) Selbstverständlich ließe sich diese Sachlage noch sehr viel detaillierter ausführen, aber für die

Diskussion der DGB-Vorschläge sollten diese kurzen Hinweise genügen.

Mit ihnen ist nämlich die Grundlage dafür gegeben, die Grundzüge der bisherigen Energiepolitik in der Bundesrepublik zu verstehen.

Diese bisherige Energiepolitik läßt sich in folgenden Punkten zusammenfassen:

1. Systematisch wurde eine Politik der Ersetzung der Kohle durch andere Energieträger betrieben. Dies war in erster Linie ihre Ersetzung durch das Öl, dies war zweitens die stets gesteigerte Kampagne zur Ausweitung der Atomenergie. Es sind dieselben Konzerne gewesen, die auf der einen Seite Prämien kassierten für die massenhafte Stilllegung von Zechen und auf der anderen Seite Rekordsubventionen in kaum kontrollierbarer Milliardenhöhe für den AKW-Bau.

2. Der gesamte Energie-„Markt“ ist wie kein anderer monopolisiert — und diese Entwicklung wurde durch die gesamte bisher verwirklichte Energiepolitik zum Nutzen der führenden Konzerne bestätigt und ausgebaut. Es gibt hier auch nicht den leisesten Anschein von „Konkurrenz“ (und es soll ihn auch nicht geben) sondern nur

eins: das staatlich geförderte Preisdiktat.

3. Diese Politik, die so direkt im Interesse dieser Handvoll Monopolisten stand und steht, hat zur gegenwärtigen Lage auf dem Energiemarkt, mit seiner Übertreibung, mit seiner Bevorzugung besonders aufwendiger, weil besonders gewinnbringender Versorgungsarten, mit seinen Schwankungen und Spekulationen geführt.

Will man also solche Forderungen, wie die, die der DGB erhoben hat, wie sie Höhn konkretisiert hat, wirklich durchsetzen, dann muß die bundesdeutsche Energiepolitik grundsätzlich geändert werden. Davon absehen, heißt entweder arglistige Täuschung zu begehen oder in die Sackgasse eines ganz anderen „Realismus“ zu geraten, nämlich der Haltung, sich den bestehenden politischen und Machtverhältnissen anzupassen. Und damit auf Veränderung und auf die Durchsetzung der eigenen Forderung zu verzichten.

In der nächsten Folge:
Wie kann man die DGB-Forderung durchsetzen?
Wie muß man sie wirklich konkret machen?

Wirtschaftspolitische Alternativen

Der Regierungsantritt der CDU hat es deutlich gemacht: Der Kurs der wirtschaftspolitisch gesteuert wird, ist derselbe wie in England, den USA und Belgien. Massenarbeitslosigkeit, verschärfter und systematischer Sozialabbau, Einschränkung politischer Freiheiten und Zurückdrängung der Gewerkschaftsbewegung, das sind Eckpunkte dieser Politik.

Der einzige wirtschaftliche Ausweg aus der Krise sei die Vergrößerung der Gewinne der Unternehmer, die erst dann wieder investieren würden. Deshalb müßte die Arbeiterschaft eben zugunsten ihrer eigenen künftigen Arbeitsplätze große Opfer bringen. So lautet, kurz gefaßt, die Propaganda.

Alles, was die Wirtschaft (also die Unternehmergewinne) „belastet“, muß beiseite geschafft werden, deshalb brauchte man eine neue Regierung, die nicht nur ein bißchen Gegenreform machte, sondern die unter dieser Losung antrat.

Gibt es dazu konkrete Alternativen? Das ist eine Frage, mit der sich viele Gewerkschafter, mit der sich die große Mehrheit der Linken schon zur Zeit der SPD/FDP-Regierung auseinandersetzte, als diese ab 1980 den jetzigen Kurs vorbereitete.

Um so mehr steht heute diese Frage. Und sie steht als eine Frage des politischen Kampfes, des Zwingens, des Er kämpfens. Auf allen staatlichen Ebenen ebenso wie in einzelnen Branchen usw. Vorschläge gibt es zahlreiche. Von der SPD-Bundestagsfraktion über das Wirtschaftsprogramm der Grünen, entsprechender Erklärungen der DKP oder der Memorandum-Gruppe, bis hin zu verschiedenen Vorschlägen revolutionärer Organisationen, einschließlich der wirtschaftspolitischen Erklärung der KPD.

Im Zentrum all dieser Debatten aber steht das Beschäftigungsprogramm des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Aus zwei Gründen. Einmal, weil es eben der DGB ist, der allein die Kraft hätte, einen solchen Kampf auch zu führen. Und zum anderen, weil alle diese anderen Vorschläge entweder ganz oder teilweise die DGB-Forderungen aufnehmen oder sie integrieren, von ihnen ausgehen usw. usw.

Wir wollen uns in dieser längeren Artikelreihe, die wir heute beginnen, und die wir in unregelmäßiger Folge veröffentlichen werden, mit diesen verschiedenen Vorschlägen befassen.

Dabei wollen wir keine bloße theoretische Auseinandersetzung führen, noch unsere Maßstäbe auf anderer Leute Vorschläge anwenden, sondern allein nach der Frage urteilen: Bringt dieser Vorschlag der Arbeiterschaft, der Arbeiterklasse im weitesten Sinne, Vorteile oder nicht, und ist eine realistische Perspektive zu seiner Verwirklichung angegeben. Auch die Frage, was wurde zur faktischen Durchsetzung des betreffenden Vorschlags getan, soll dabei zweitrangig bleiben.

Entsprechend dem oben Gesagten, werden wir uns zu Beginn über einige Folgen dem DGB-Vorschlag widmen. Danach werden wir uns mit den Vorschlägen der verschiedenen Linken sowie der Grünen und der SPD befassen. Aber auch mit solchen Teilbereichen wie Umstellung der Rüstungsproduktion und dem, was so alles unter dem Schlagwort „Humanisierung der Arbeit“ abgehandelt wird.

Wir hoffen, daß wir damit einen Beitrag dazu leisten, nicht nur den Mitgliedern und Anhängern unserer Partei und unserer Leserschaft Anstöße geben zu können, sondern auch innerhalb der Gewerkschaften und auf kommunaler Ebene in eine entsprechende Debatte zu kommen.



Wirtschaftspolitische Debatten sind heute längst kein Thema bloß für Theoretiker mehr. Solche und ähnliche Forderungen wie hier bei Klöckner/Bremen wurden auf vielen Stahlarbeiterdemonstrationen mitgetragen.

Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!

KIZIL SAFAK



Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

Sayı 15 15 Nisan 1983

Yıl: 17

1 DM

Polis kurşunlarının kurbanları

Polisin kurşunuyla bundan önce beş genç öldürülmüştü. Batı Alman polisi son olarak 29 Mart'ta Gautin'de bir Alman gencinin üzerine ateş açarak katletti. Ne var ki, polisin sıradan insanların üzerine ateş etme hırsı bununla da son bulmadı. Gauting olayından dokuz gün sonra da Pforzheim'de Türkiyeli bir genç polis kurşunlarıyla katledildi.

Bu olaydan önceki dönemde olduğu gibi bunda da polis durdurduğu çalınmış arabaların içinde bulunanları basit araçlarla görevlerini yerine getirmeye çağırmak yerine açtıkları ateş etme yolunu seçti.

Yaşanan bu olay, 1976 yılında polisin ateş açmasına güya konulan 'sınırlamadan' ne beklenebileceğinin en açık kanıtıdır. Konulan 'sınırlamanın' soyut bir şekilde formüle edilmesi bile polisin her olayda silaha sarılmasını kolaylaştırdı ve insanları katletmesi durumunda az ceza giymesini ya da hiç giymemesini olanaklı kıldı.

Birisi bir arabayı çaldı, ya da başka bir hırsızlık mı yaptı, polis yakaladığı an olay yerinde ölüm fermanını okuyor. Bunun için mahkemelere ne gerek var ki?!

23 Nisan'da yapılacak eylemlere katıl!

Nikaragua ile dayanışmaya girelim!

Nikaragua'daki durum giderek kızışıyor. Sandinist Kurtuluş Cephesi'nin Ulusal Yönetimi, şu an tüm halka seslenerek devrimi savunmaya çağırdı. Elabasınsın ABD olduğu ve onun açıkça desteğini alan karşı-devrimci güçlerin saldırıları tüm şiddeti ile sürüyor.

Honduras tarafından Nikaragua'ya karşı harekati başlatan Samoz'a'nın eski Milli Muhafızlarının saldırıları özellikle Zelaya bölgesinin kuzey bölümünde giderek şiddetlendi. Sandinist Kurtuluş Cephesi Ulusal Yönetimi, Honduras ordularının da yoğun provakasyonlara giriştiğini açıkladı. Honduras ordusu Nikaragua sınır koruma birliklerine saldırımlarının yanı sıra kısmen de açık saldırıya da

geçtiler.

Sandinistler, Honduras'ın yeni provakasyonları ile ya da ABD'nin doğrudan askeri müdahalesiyle birlikte durumun daha keskinleştirilmesine karşı uyarıda bulundular.

Buna karşılık ABD emperyalizminin, kurtuluşunu sağlamış olan Nikaragua'ya saldırıdaki işbirliği her geçen gün daha da açığa çıkmaktadır. Örneğin bir ABD Parlamentosu millet-

vekili Honduras'taki ABD elçisinden şunları aktarıyor: "Biz hedeflerimizin yerini değiştiremeyiz." Ve "New York Times" ise geçen hafta açıkça şunu yazıyordu: "Görebilmek için gözleri olan hiç bir kimse Reagan Hükümeti'nin Orta Amerika'da attığı adımlardan şüphe edemez: O gizli bir savaş sürdürüyor."

Samoz'a diktatörlüğünü yıkarak kurtuluşunu sağlayan Nikaragua'ya yönelik ABD'nin emperyalist saldırganlığının üstü örtülü bir biçimi olan bu savaşa karşı Batı Almanya'daki dayanışma komiteleri, Nikaragua ile dayanışma amacıyla Federal Almanya çapında bir eylem gününe çağrı yaptılar.

23 Nisan'da yapılacak bu eylemlere katılarak Nikaragua halkının, ABD emperyalizminin işbirlikçileri aracılığıyla sürdürdüğü saldırıya karşı haklı mücadelesini destekleyelim.



KPD Merkez Komitesi'nin 1 Mayıs çağrısı

İşsizliğe ve çılgınca silahlanmaya karşı! Dönüşüm durdurulmalı!

Sevgili işçi arkadaşlar!

Bu yılki 1 Mayıs, Kohl, Zimmermann ve Strauss'un propagandasını yaptığı dönüşümün etkisi altında bulunmaktadır. Bonn'da CDU/CSU ve FDP ile birlikte, işverenlerin çıkarlarını en berrak bir şekilde savunan partiler iktidardalar. Onların örgütlü işçi hareketini esaslı muhalifleri olarak görmelerinde şüphe edilecek bir yan yoktur.

Koyu gericiilik seçimleri iktisadi kalkınma propagandası ile kazandı. Gericilik, sermayenin çıkarlarını en açık bir şekilde temsil edenler iktisadi kalkınmadan bahsediyorlarsa, o zaman bununla işsizliğin yok edilmesi ya da çalışan insanların ekonomik durumlarının düzeltilmesi kastedilmiyor. Kapitalistlerin, tekel ve banka kodamalarının hükümetlerinden ne bekledikleri açıktır: onlar krize rağmen kârların yükseltilmesini istiyorlar! Ancak ne var ki, bu işçilerin ve memurların, işsizlerin ve emeklilerin, yoksul halk tabakalarının sırtından mümkün.

Kârların yükseltilmesi demek; gerçek ücretlerin daha

da düşürülmesi gerekli, haftalık çalışma süresi kısaltılmalı. Rasyonalleştirmenin, iş temposunun hızlandırılmasının ve işyerlerinin yığınlar halinde yok edilmesinin devlet tarafından cömertçe teşvik edilmesi, tüm alanlarda sosyal haklarının kısıtlanmasının daha da hızlandırılması, demektir.

Kârların yükseltilmesi demek; yoksullardan tasarruf edilen devlet harcamalarının pek büyük bir dolambaçlı yol olmadan tekelin kasalarına akması ve servet sahiplerinin hesap numaralarına yatırılması. Yani, özellikle silahlanma alanında tekel için milyarlarca miktarda devlet siparişleri, kapitalistler için para yardımıla-

rı, zenginler için vergi hediye-leri, demektir.

Kârların yükseltilmesi demek; tekelin kriz saldırılarına karşı her türlü direnişin önlenmesi, gerekirse kırılması

demektir. Protesto eden gençliği polisin daha iyi bir şekilde yakalayabilmesi için yürüyüş kanunu sertleştirilmektedir. Barış hareketi ise Moskova yanlısı olarak karalanmaktadır. Ne var



KPD'nin 1 Mayıs afişi.

16 Nisan Cumartesi günü

Hamburg Rathaus'unun önünde protesto mitingi yapılacak



HDW ve Hamburg'daki diğer işletmelerde binlerce işyeri yok edilmek isteniyor. Bunun üzerine Alman Sendikalar Birliği, DGB ve IG Metall 16 Nisan Cumartesi günü için Hamburg belediyesinin (Rathaus) önünde bir "Halk protestosu"na çağrı yaptılar. Miting ile ilintili olarak KPD'nin Hamburg HDW işyeri gazetesi "Frischer Wind"de şöyle deniyor: "Bu tür bir protesto ancak, açıkça tüm işyerlerinin korunmasından yana olur, koyu hükümetlerin sosyal ve ücret politikasına karşı yönelir, miting "SPD'nin yüceltilmesi" için kötüye kullanılmaz ve tüm parti sınırlarını aşarak işçilerin ve memurların birleşmesine hizmet ederse, anlamlı olur."

Sosyalist Enternasyonal Kongresi'ne katılan

FKÖ temsilcisi alçakca katledildi

ALBUFEIRA/PORTEKİZ. — Sosyalist Enternasyonal'ın Portekiz'in Albufeira kentinde yapılan 16. Kongresi'ne katılan Filistin Kurtuluşu Örgütü temsilcisi geçen pazar günü oturumun yapıldığı otelin salonunda alçakca katledildi. Bu katliam, FKÖ'nün Filistin halkının çıkarını uluslararası alanda da bağımsız olarak savunma çabalarına vurulan bir darbedir.

İsrail Temsilciliğinin direnişine karşılık Issam Sartawi bu kongreye resmi FKÖ temsilcisi olarak çağrıldı. Gerçi İsrail temsilcileri Sartawi'nin söz hakkının olmamasını gerçekleştirebildiler, ama buna rağmen kongrede FKÖ'nün bir açıklaması okundu.

Avrupa'da FKÖ'nün koordinasyon faaliyetini sürdüren ve Filistin Ulusal Konseyi'ne dahil olan Issam Sartawi'ye karşı girişilen suikast, FKÖ'nün giderek uluslararası alanda resmen tanınmasına ve onun Filistin halkının yegane temsilcisi olma hakkına bağlı kalmasına karşı olan tüm siyasi güçlerin çıkarlarına hizmet etmektedir. Böylece bu siyasi katliam ilk planda İsrail siyonistlerine ve onların bu tür suikastlarda sık sık elebaşılık yapan Gizli İstihbarat Örgütü,



Suikastın kurbanı Issam Sartawi

Mossat'a hizmet etmektedir. Fakat bu suikast aynı zamanda FKÖ'nün giderek artan siyasi başarılarından korkan gerici Arap güçlerinin çıkarlarına da hizmet etmektedir.

ki, kapitalistler ve siyasi gerici-lik baş muhaliflerini —bunun üzerine hiç bir hayal beslenmemelidir— işçi sınıfında ve sendikalarda görmekteler.

Kârların yükseltilmesi demek; sendikaların ve işçi sınıfının tamamen köşeye sıkıştırılması demektir. Ya onlar kapitalistlerin ve hükümetin saldırılarına karşısında boyun eğmeler ya da kendilerine karşı seferberlik yapabilmek için krizin sorumluları olarak damgalanırlar.

Daha bugünden yabancı işçilere karşı kışkırtılmaktadır, onların işsizliğin sorumluları oldukları, çünkü onların Almanların işyerlerini ellerinden aldıkları söylenmektedir. İşte bu şekilde sorumlular yaratılmaktadır. İşte bu şekilde diktatör işsizliğin gerçek sorumlularından başka yöne çekilmektedir. İşte bu şekilde işçi sınıfı bölünmektedir.

Daha bugünden güya yüksek ücretlerin —yani işçi ve sendikaların— krizin sorumluları olduğu, çünkü onun Batı Alman ekonomisinin sözümlerine uluslararası rekabet gücünü sarstığı söylenmektedir.

Kriz daha da derinleştiği oranca, işverenler kendilerinin krizden kurtulma yolları içinde o denli vahşice mücadele edeceklerdir. Sendikalar oldukça uzun bir dönem sermayenin baskısına boyun eğdiler: Sürekli işletmelerdeki işyerlerinin yok

edilmesine karşı mücadelede sözümler yeni ön tavizlerle. Sürekli ücretlerden yeni vazgeçmelerle. Peki bunlar bize ne yarar sağladı? 2,5 milyon işsiz, gerçek ücretlerin düşürülmesi, yaşam standartlarının giderek düşmesi.

Buna artık son verilmelidir! Bu 1 Mayıs'ta bayrak gösterilmelidir: Bonn'daki dönüşüme karşı, kapitalistlerin kriz saldırılarına karşı kararlı direniş için, işçi ve memurların çıkarlarının savunulması uğruna kararlı mücadele için!

Sürekli büyüyen işsizlik ordusundan, artan savaş tehlikesinden, siyasi gericiiliğin ilerleyişinden dolayı biz komünistler, bunun ötesinde kapitalizm varolduğu sürece, işçi sınıfının sömürülmesinin gerçekten yok edildiği gerçek bir demokratik işçi devleti ve sosyalizm olmadıkça, işçi sınıfının ekonomik endişeleri olmadan, savaştan ve faşizmden korkmadan yaşayamayacağı temel görüşümüzü vurgulamak isteriz.

İşçi arkadaşlar! KPD sizlere sesleniyor: DGB'nin yürüyüş ve mitinglerine katılın! İşsizliğe ve çılgınca silahlanmaya karşı! Tam ücret karşılığında 35 saatlik iş haftası için! Nükleer orta menzilli füzelerin yerleştirilmesine hayır! Dönüşüm durdurulmalı!

1983 yılı Federal Parlamento seçimi üzerine

6 Mart'ta yapılan erken seçimde Bonn'daki koyu koalisyonun hızlı bir sonunun olabileceğini umanların hepsi, seçim akşamı acı bir şekilde yanılgıya düştüler. Çünkü 1982 yılı sonbaharında FDP'nin eş görüşmemiş bir şekilde seçmenleri dolandırmasıyla başlayan şu şey, 6 mart 1983'te parlamenter onayını hemen seçmenlerin yüzde 56'sından aldı: Batı Alman Sanayisinin ve mali godamanlarının belirleyici çevrelerinin Bonn'daki Hükümet politikasında talep ettiği ve sürdürdüğü dönüşüm.

Dönüşüm

Bizce, 1983 yılı Federal Parlamento seçim kampanyasının sonucu ve gelişimi, KPD'nin, 1982 sonbaharındaki hükümet değişikliği üzerine tahlillerini tasdikledi. Mali sermaye ve işveren birlikleri seçim kampanyasında SPD'yi kendi çıkarları doğrultusunda bir hükümet politikasını gerçekleştirmede uzun bir dönem yetenekli olarak görmediklerinde hiç bir şüphe bırakmadılar. Onlar, SPD tarafından yönetilen bir hükümete ne denli karşı olduklarını diğer şeylerin yanı sıra yatırım boykotu tehditi ile de dile getirdiler. Aynı zamanda kapitalistler şimdiye değin pek nadiren olan bir tarzda seçim kampanyasında açık ve birleşik bir şekilde CDU/CSU'nun lehine müdahale

tejisi üzerine şöyle deniyordu: "Tüm servet sahiplerinin ve işçi sınıfının mücadelesinin Batı Alman tekellerinin kâr hırsını ve uluslararası rekabet gücünü sekteleğinde bir şey kaybedeceklerini düşünenlerin hepsinin örgütlü işçi hareketine karşı ve mali sermayenin çıkarları için cepheye geçirilmesi isteniyor." Hükümetin ek olarak faizlerin düşürülmesi yemini ortaya attığı seçim kampanyası, bu gerici seferberlik stratejisinin pratiğe geçirilmesinde ilk büyük adımdı. Ve, seçim sonucunun gösterdiği gibi bunu oldukça başarılı bir şekilde yaptı.

Hani direniş gücü?

Daha seçim akşamında CDU/CSU politikacıları şu şekilde

gerçek kaymanın CDU'nun lehine olduğu birinci oylarda (1) açığa çıkmaktadır. 1980 yılına kıyasla CDU/CSU 59 seçim bölgesinde (2) doğrudan milletvekili kazanabildiler. O, şimdi Federal Meclisi'ni doğrudan seçilen 248 milletvekilinin 180'ini oluşturuyor. Geriye kalan 68 seçim bölgesi haritada oldukça cılız bir şekilde görünmektedir. Fakat bunlar, bunun için ilk bakışta CDU/CSU'nun nerelerde direnişle karşılaştığını da gösteriyorlar: Esas itibarıyla örgütlü işçi hareketinin—ve bunlar özellikle büyük işletmelerden işçilerdir—halkta belirleyici bir oranı oluşturduğu seçim bölgeleridir. Örneğin Ruhr bölgesinde CDU, yalnızca Essen'deki üç seçim bölgesini kendi eline geçirebildi. Infas'ın (3) yaptığı bir seçim analizi bu izlenimi doğruluyor. Gerçi buna göre işçilerin bazı tabakalarından, örneğin vasıfsız işçilerden açıkça CDU'ya "geçişin"

direnış gücü güçlü kılınmaz ve yaygınlaştırmaz.

Endişe ile ticaret!

Değindiğimiz gibi, işçi sınıfının diğer kesimleri ise gericiğin bu parlamento seçimindeki çok yönlü baskısına karşı dayanamadılar. Onlar, iktisadi kalkınmayı ve bununla birlikte aynı zamanda işsizliğin azaltılmasını seçme inancıyla, CDU/CSU'yu seçtiler. Şüphesiz ki, bununla ilintili olarak bu seçmenlerin büyük sermayenin ideal hükümetini seçtiklerinin farkında olmadıklarına inanmak doğru olmayacaktır. Bundan ziyade, ekonominin Birlik Partileri'ne açık desteğinin esas itibarıyla CDU/CSU'nun iktisadi kalkınma vaadini, SPD'nin yaptıklarına kıyasla inandırıcı kıldığından hareket etmeliyiz. Ayrıca işverenler personellere yoğun baskı yapmaktan da çekinmediler. İşverenlerin, CDU/CSU'nun tekrar hükümete gelmediği zaman, duyulan, işletmeleri kapatacakları ve çıkış vercekleri tehditlerinin, tek tek olaylar olmadığından çekinmeyecek bir şekilde hareket edebiliriz. CDU/CSU'nun seçim kampanyası yalnızca işyeri endişesi ile bir ticaret de değildir.

Ancak bu herşeyi açıklayamıyor. Bu işçilerin, işverenlerle en iyi bir şekilde çalışan partiyi seçmeleri, onların şimdi CDU'nun teklif ettiği kısa ve öz olarak şunlar olan ekonomik programına karşı bir alternatif göremediklerine işaret etmektedir: İşçilerin durumunun tekrardan iyileşmesi için ilkin işverenlerin kârlarının yükselmesi ve bunun için işçilerin fedakârlık yapmaları gerekli. Güçsüz komünist ve sosyalist güçleri bir tarafa bırakacak olursak bu alternatif gerçekten yoktur. Tam tersine.

Aynı şekilde SPD'nin ve sendikaların sosyal ortaklık programı da işçi ve kapitalistlerin aynı kaygı içinde bulundukları, işletmelerin kârlarının azamileştirilmesinin işçi ve kapitalistlerin ortak çıkarlarına olduğu ve ekonomik sistemimizin kutsal inegî olan kâr için gerektiğinde fedakârlık yapılmasının zorunlu olduğu temel fikrinden yola çıkmaktadır. Arbed'de olduğu gibi ücret fedakârlıkları, işletmelerde iş-

yerlerinin savunulmasında sürekli sözümona yeni ön tavizler vs. Bu sosyal ortaklık programı bir kaç yıl boyunca bazı imtiyazları sağladı. Ne var ki, kapitalist krizin baskısı altında sermayenin ve emeğin eşitliği üzerine olan reformist ütopyalar sabun köpüğü gibi dağıldı. Evet, bu kadarı da değil: sosyal ortaklık programı işçilerin en temel haklarını garantilemede bile yetersizdir. Ancak ne var ki, SPD ve sendikalar içindeki sosyal ortaklık stratejisinin uzmanları yıllardan beri işçilere kapitalist sistemi sorun edemeyecekleri ve sınıf mücadelesinin kötü bir şey olduğunu masalını anlattıklarından dolayı—gene Federal Parlamento Seçim sonucuna dönecek olursak—gericilik ve sermaye için tavşanları kendi elleri ile mutfağa kovaladılar.

Hızlı bir parlamenter değişme üzerine umutlar bir hayaldir

Bu seçimden önce bir çok solcu, oyunu SPD'ye veya Yeşiller'e (Grünen) vermekle gericiğin önüne en azından geçici bir parlamenter engel koymuş olabileceği umudunu besliyordu. Hessen seçiminden sonra Willi Brand'in, CDU'nun sonunda olan çoğunluk üzerine sözü, bir "kızıl-yeşil" koalisyonunun oluşturulması üzerine umutları filizlendirdi. Bir çok solcunun gözünde seçim kampanyasının odak noktasını—gerçekten olduğu gibi—işyerleri sorununun değil de, roket ve çevre sorunlarının oluşturması gerçeği bu umutları uyandırdı.

Seçim sonucu ayıltıcı bir tarzda CDU'nun solunda bu çoğunluğu olmadığını (o, zaten ancak Federal Meclis'deki oturma sırasına göre sol ve sağ belirlendiği zaman soldur) açıkça kavratmış. Bunlar gerçek olanlardı ve bunları, ya SPD'nin seçimi zaten kazanmak istemediğini (MLPD-Almanya Marksist-Leninist Partisi, KŞ, Yeşillerin çeşitli temsilcileri) iddia ederek ya da tüm bunların hiç bir anlam taşımadığı, çünkü zaten bir çokları roketlere karşı oldukları şeklinde davranarak (DKP), manevralarla ortadan kaldırmayı yeğlemek hiç bir yarar sağlamaz. Bununla hiç bir şekilde Yeşiller'in Federal Parlamento'ya girmelerinin faydasız olduğunu söylemek istemiyoruz. Tam tersine, biz Yeşiller'in Federal Parlamento'ya girmelerini selamlıyoruz, çünkü bizi hedefleyen gericiğin

daha da şekillenmesine karşı içtepeler onlardan olabilir. Bunun gerçekten hangi çapta olacağı açığa çıkacaktır.

Ancak biz diyoruz ki, seçimlerden önce veya seçimler esnasında Yeşiller'i seçmekle, parlamenter çoğunluğu sağlayarak gericiğe en basit bir şekilde karşı durabileceklerine inanan solcuların bu parlamenter hayalleri terk etmeleri gereklidir. Yeşiller'den Thomas Ebermann "modern zamanlardaki" seçim üzerine bir makalesinde şöyle yazıyor: "Yeşiller ve/ya da SPD ekonomik krize karşı (özellikle de işsizliğe karşı), ve büyük sermayenin çıkarlarına karşı inandırıcı bir program geliştirip ve halkta yer ettiremedikleri sürece, halkın çoğunluğu umidini sermayeye bağlayacaktır.

(...) Diğer konularda—çevre korunması ve füzeler de dahil— solcuların bir karşı seferberliği etkisiz kalacaktır. Bu konular uğruna karşı seferberlik gerekli olduğu gibi, hayati öneme sahiptir. Ancak bu diğerlerine yedek olmamalıdır. Yeşiller (ve onlarla birlikte bir bütün olarak Alternatif kesim) şimdiye değin 'Ek Silahlanmayı' ve atom santralleri sorununu, hayati ve sağ kalıp kalma sorunu olarak tanımlamakla basit davrandı. Haklı olarak. Buna rağmen, ekonomik sorunlar ve işyeri (ya da ücret/maaş) sorunu da aynı öneme sahiptir. (...) Ekonomik sorunlar, özellikle de işyeri üzerine (düzenlenmiş ücret üzerine) olan endişeler etkilennin bütün siyasi bilinci için subjektif bilincine daha çabuk ve enerjik bir şekilde girmektedir. (Maddi) varlık, (siyasi) bilinci belirler."

Thomas Ebermann'ın bu düşünceleri geniş ölçüde onaylanabilir. Fakat bunlar sonuna dek düşünülmelidir. Mevcut kapitalist ekonomi şartları altında ekonomik krize ve büyük sermayenin çıkarlarına karşı "inandırıcı bir program" nasıl olması gerekiyor? Bu ancak ücretli emek ile sermaye arasındaki temel çıkar karşıtlarından hareket edilmediği, bundan ötürü de kapitalist ekonomik sistemini esas olarak (—en azından—) sorun ettiğinde ve bundan hareketle temel düşünce olarak sınıf mücadelesi için gericiğe ve sermayeye karşı heidirenış stratejisini savunduğunda inandırıcı olabilir. Ne var ki, bu tür "inandırıcı bir program gelecek yüz yıl içinde SPD tarafından ileri sürülmeyecektir. Ve Yeşiller de, Yeşiller Partisinin oluştuğu ve birleştiği dünya görüşü temelinde bunu yapacak durumda değildir. Bu tür "inandırıcı bir program" hiç bir şekilde mevcut parlamenter yollardan gelişmeyecektir. Bu ancak ve ancak çeşitli sol partilerdeki ve örgütlerdeki işçi

(Devamı sayfa 3'te)



Kohl seçimden sonra zafer çığlıkları atıyordu.

le ettiler. Bununla ilintili olarak, kendi ideal hükümetlerinin tekrardan hükümete gelmesine yardımcı olabilmek için sahip oldukları tüm kolları harekete geçirdiler. Seçim kampanyası döneminde ve ilk yorumlarda bu hükümetten ne beklediklerini de açık bir şekilde söylediler: Sonunda "bir başka cumhuriyetin" olması gereken temel bir dönüşüm. Özellikle "Sosyal pılırtısının" (Strauss) kaldırılması, işverenlerin 'evde bey görüşünün' yönetmesiyle ve sendikal direnişin geniş ölçüde dışlanmasıyla karakterize edilen bir "başka cumhuriyet".

Bu tür bir politikayla, yalnızca her defaya mahsus kabine üyelerinden oluşmayan, tam tersine işçi sınıfı ve sendikalar içindeki sesleri dikkate alması gereken ve bir kitle partisi olan SPD teklif edemez. Bundan ötürü de SPD'nin hükümet partisi olarak bölümü mali sermaye için şimdilik kapanmıştır. Buna karşılık bunun için seferber edilebilecek bu tür bir politikayı ve taraftarları bugünkü biçim ile CDU/CSU ve FDP teklif etmekte.

BWK ve KPD'nin ortak seçim platformunda Birlik Partilerinin (CDU/CSU, KŞ) stra-

sevinçli nidaları attılar: "Bu kez işçiler CDU'yu seçtiler." Doğru mu bu? Tüm halk tabakalarından seçmenler, eşit bir şekilde mi başbakan Kohl'un "birlikte başarırız"ına geçtiler? Öyleyse Marksist-Leninistler işçi ve sendika hareketinin, sermayeye ve gericiğe karşı mücadelede belirleyici güç olduğu tahlillerini yeniden gözden mi geçirmeliler?

Biz, bu tahlilin doğru olduğu ve daha sonra görebileceğimiz gibi, seçim sonuçlarının tam bir analizinin de bunu tasdikleyeceği fikrindeyiz. Buna karşılık işçi sınıfının artan işsizlik ve derinleşen ekonomik kriz dönemlerinde otomatik olarak sola doğru gelişme gösterebileceği; yani—basit bir ifadeyle—işçilerin SPD'den kopmalarının yalnızca sola doğru düşünölebileceği görüşünün tamamen yanlış olduğu ispatlandı. 1983 yılı Federal Parlamento seçiminin sonucu, sorunun bu denli basit olmadığını gösteriyor. Bundan dolayı bu görüş, tamda ve özellikle geleceğe yönelik olarak muhakkak değiştirilmelidir.

Fakat ilkin işçilerin seçim tutumlarına göz atalım. Özellikle işçilerin seçim tavırları, bu

olduğu belirtilmektedir. Buna karşılık sendika üyelerinin yalnızca yüzde 30'u CDU'dan yana çıktı (ki, sendika üyelerinin yalnızca işçilerden oluşmadığı gözönünde bulundurulmalıdır).

Bu seçimden sonra, gericiğe ve sermayeye karşı, krizden kurtulmanın kapitalist yoluna karşı mücadele etmek istenildiğinde dayanılacak ve dayanılması gereken direniş gücünün nerede olduğu sorusu yöneltirile, o zaman bunun cevabı şudur: sendikal olarak örgütlü işçi hareketine, büyük işletmelerin personellerine. Ne var ki, bunun müskülsüz bir şekilde olamayacağı da açık olmalıdır. Federal Parlamento seçimleri bu işçilerin geçmişte olduğu gibi şu anda güçlü bir çapta sosyal-demokrasinin etkisi altında bulunduğunu gösterdi. Bu gerçeğe karşı sorumlu davranılmadığı zaman—yani bir yandan SPD'nin objektif olarak şu an mali sermayenin talep ettiği politikaya karşı muhalefette olduğu gerçeğinin kabul edilmesiyle; diğer yandan ise gericiğe ve sermayeye karşı mücadelenin nasıl sürdürölebileceği sorusu üzerine muhakkak gerekli olan esasi bir tartışmayı kabullenmekle—bu



Yerli ve yabancı tersane işçileri, emekliler ve işsizlerle birlikte "yeni" politikayı yaşayanların ilkinin oluşturuyorlar.

(Baştarafı sayfa 2'de)

ve sendikal hareketteki sınıf mücadelecilerle birleşmesi ile geliştirilebilir ve halkın önemli kesimleri için siyasi—ve dolayısıyla da seçilebilecek—bir alternatif olabilir.

KPD, Federal Parlamento seçimlerinde geniş, sol ve sınıf mücadeleciler bir seçim ittifakının oluşturulmasını savundu. Bu gerçekleştirilemedi, çünkü sol güçlerin çoğunluğu—örneğin geçen yılın ekim ayında Alternatif Listeler'in Hannover'deki merkezi buluşmasında—itiraf ettiği gibi, bu şamatalı olmayan ve zahmetli olan yolu solcu bir karşı seferberliğin oluşturulmasına ilişkin olarak reddettiler. Biz diyoruz ki, bu Federal Parlamento seçiminde işçi hareketinin ve solcuların yenilgisinden çıkarılacak belirleyici ders, sol bir karşı seferberliğin geliştirilmesine ilişkin olarak gerçekten sermayeye ve gericiğe karşı tüm sosyalist ve sınıf mücadeleciler güçlerin birleştirilmesinden başka yol olmadığıdır.

Nasıl devam etmeli?

Açıklandığı kadarıyla, koalisyon anlaşmalarının sonuçları ve an süren toplu sözleşmelerdeki gelişmeler, Bonn'daki koyu koalisyonun, ekonomiden olan seçim yardımcılarının kendilerinden beledikleri rotaya tam hızla yöneldiklerini göstermektedir. İşverenlerin, CDU/CSU'dan beledikleri umutları yerine getirilecektir. CDU'nun işçi ve memur safarındaki seçmenlerinin CDU'dan umdukları umutları açık bir şekilde yanılgıya düşecektir. Çünkü kendi taraflarındaki bu denli fedakarlıklarla da işyerleri, ücretler ve emekçilerin sosyal hakları için bir "yük-seliş" olmayacaktır.

Öyleyse ne olacak? CDU/CSU bu yanılgının kendilerine ve arkalarındaki sermaye çevrelerine karşı yönelmesini önlemek için her şeye başvuracaklardır. Onlar bir sorumlu arayacaklardır. Tabi ki, bununla ilintili olarak Yeşiller'i ve SPD'yi rahat bırakmayacaklardır. Ancak onlar özellikle "sınanmış" örneklerle başvuracaklardır: Hitler için Yahudiler olurken, kendileri için ise Yabancılar olacaktır; ve Hitler gibi onlar da sendika hareketini sorumlu olarak resmen teşhir direneğine vurmak için her türlü yola başvuracaklardır. Piyenin nasıl sahneye konulması gerektiğinin daha şimdiden kroki bellidir: İşçi ve memurların çıkarlarının sendikal olarak savunulmasının "bençilik" olarak damgalanması istenirken, daha geçen yıl koyu koalisyonun iktidara gelmesinin ardından oluşturulmak istenen "fedakarlık baskı dalgasından" söz ediliyordu.

Gericiliğin ve onun arkasında bulunan sermaye güçlerinin bu hesabının gerçekleşmeyeceği yönündeki tartışmamış umutları beslemeliyiz, özellikle de bu Alman solu içinde beslenmemelidir. Gericiliğin kendiliğinden kısa veya uzun süreçte "iflas edeceği" ve göya her şeyin kendiliğinden yoluna koyulacağı 50 yıl önce doğru olmadığı gibi bugün de doğru değildir. İşte tam da bu şekilde 50 yıl önce de SPD'nin o zaman işçilere tavsiye ettiği sözlüme gerçek politika yolu, devlete sadıklık yolu ve gerici karşıtı adım adım gerileme bozguna uğramıştı. Faşizmin iktidarı ele geçirmesinin 50. yıldönümüne

ilişkin anma törenlerinde ve anma makalesinde bu—farklı çapta olsa dahi—sosyaldemokrat parti ve sendika yöneticileri tarafından tamamiyle kabul edildi. Ancak bundan sonuçlar çıkarılmadığı zaman bunun ne faydası olabilir ki? Örneğin DGB Yönetim Kurulu seçimden sonra, sanki yapması gereken başka acil bir şey yokmuş gibi, Alman halkını eziçi çoğunluğunun demokratik partilere oyunu verdiği üzerine sevincini dile getirir ve bu "demokratik bir şekilde" seçilmiş olan hükümetle güven yaratıcı bir temelde birlikte çalışmaya hazır olduğunu açıklarsa? Bu hiç bir sonuç çıkarılmadığının kanıtıdır.

Sağlam bir kafayla baktığımızda, gericiliğin ve onun arkasında bulunan sermaye güçlerinin hesabının üzerine kalın bir çizgi çekmenin tek bir gerçek yolu vardır. Bu da sınıf mücadelesinde, parlamento dışı kitle mücadelesinde sermayenin ve

1980 yılındaki Federal Parlamento seçimlerindeki toplam sonucuyla kıyaslayacak olursak—ki, bunu elbette doğrudan doğruya yapamayız—adaylığın daha da az oy aldığı açığa çıkar. Bu zaten bekleniliyordu. Solcular arasındaki tartışma duruma göre seçim gününde bile ittifak için sempati açıklamalarının oldukça sınırlı olacağı bilinmesine rağmen, devrimci sosyalistlerin ittifakı adaylığını koydu.

Bundan ötürü bizim için oy sonuçları adaylığı sonradan sorun etmek için bir neden değildir. Biz bu seçim kampanyasında devrimci mezvilerden sermayeye ve gericiğe karşı saldırıya geçmek ve bununla birlikte—6 Mart'ın ötesinde de—neyin gerekli olduğunu göstermek istiyorduk. Biz bunu yaptık ve bu—seçim kampanyası faaliyetlerine olan yankının gösterdiği gibi—sempati de buldu. Biz, (şüphesiz ki kendi-



gericiliğin saldırısına karşı güçlü bir cephe yaratma yoludur. Bu tür bir cephe ancak sosyal demokrasinin etkisi altında bulunan işçileri içine aldığı zaman güçlü olabilir. Böylesi bir cephe ancak Federal Almanya ve Batı Berlin'deki sendika ve demokratik hareketler içindeki devrimci sosyalist ve sınıf mücadeleciler güçlerin birlikte bu yönde adım atmaları ile oluşabilir.

Devrimci sosyalistler ittifakının adaylığı

Geniş, sol bir seçim ittifakı oluşturulması çabaları boşa çıktıktan sonra BWK ve KPD birlikte devrimci sosyalistlerin ittifakı olarak adaylığını koymaya karar verdiler. Diğer örgütler, seçimleri boykot etmeye çağrı yapmayı (MLPD, MG-Marksist Grup, KŞ-) Yeşiller'i seçmeye çağrı yapmayı (KB-Komünistler Birliği, KŞ-), SPD'yi seçmeye çağrı yapmayı (GIM-Enternasyonal Marksistler Grubu, KŞ-, KPD'nin Yeniden İnşası İçin İşçi Birliği) hiç bir resmi seçim açıklaması yapmamayı (DS-Demokratik Sosyalistler, KŞ-) ya da DKP gibi, Yeşiller'in bir ittifakın kendilerini ilgilendirmediklerini açıkça ortaya koyduklarında tek başına adaylığını koymayı, tercih ettiler.

Şüphesiz ki, mümkün olduğu kadar çok sayıda oy toplama bakişi açısı altında devrimci sosyalistler ittifakının adaylığı saçma olurdu. İttifakın oy sonuçlarını—resmi kesin sonuçlara göre yuvarak olarak 5500—KBW ve Volksfront'un

miz için de) çeşitli partilerden veya örgütlerden devrimci sosyalistler için mevcut görüş ayrılıklarına rağmen birlikte mücadele etmenin mümkün olduğunu ispatlamak istiyorduk. Ve bunun mümkün olduğu açığa çıktı. Şimdi burada bu çalışmalarını yalnızca BWK ile değil, aynı zamanda bunun için söz

konusu olan diğer devrimci sosyalist güçlerle de birlikte sürdürmek geçerlidir.

Buna rağmen, seçim kampanyasının sürdüğü şekliyle tamamen memnun olamayız. Seçim kampanyası siyasi olarak daha da sataşmalı olmalıydı—sermayeye karşı daha da saldırgan olmalıydı (parola olarak: yatırım boykotu), gericiğe karşı daha da sataşmalı olmalıydı (bu da bizim, gerici şekillenme tehlikesine ilişkin olarak, bir siyasi yönelim temelinde, örneğin "CDU devletine karşı ortak mücadele"ye daha da eğilimimizle yapılmalıydı). Aynı şekilde kapitalist sefaletle karşı sosyalist alternatifin daha berak bir şekilde ön plana çıkarılması anlamında da saldırgan olmalıydı. Seçim kampanyasına, bir bütün olarak parti tarafından, hem merkezi hem de bölgedeki yoldaşlar tarafından biraz daha angajmanın zararı olmazdı. Biz bu sorunlar ve Bonn'daki dönüşümle birlikte yalnızca partimiz için değil, bir bütün olarak sol için yöneltilmiş olduğumuz ve yönelttiğimiz diğer sorunlar üzerine partide tartışacağız ya da tartışmaları sürdüreceğiz.

KPD Sekreteryası

Açıklayıcı notlar

- (1) Federal Almanya'nın seçim sistemine göre birinci oylar Federal Parlamento için adaylığını koyan milletvekillerine verilen oylardır. İkinci oylar ise partiye verilen oylardır.
- (2) Federal Almanya seçim sistemine göre Federal Almanya toplam olarak 248 seçim bölgesine ayrılmıştır. Ve CDU bu seçim bölgelerinden 59'unda daha doğrudan milletvekili çıkarabildi.
- (3) İnfas bir fikir araştırma enstitüsüdür.

Düzeltilme

Bu sayının ikinci sayfasındaki yazının üçüncü sütununun birinci paragrafında bir dizgi hatası yapılmıştır. Doğrusu şöyle: "(...) seçim bölgesinde daha doğrudan milletvekili kanabildiler. (...) " Düzeltir, özür dileriz.

... Kısa... Kısa... Kısa...

Brezilya'da işsizlik protesto edildi

Sao Paulo'da kanlı çatışmalar

Brezilya'nın büyük sanayi kentlerinden biri olan Sao Paulo'da, çalışan yığınların hesabına tasarruf programlarıyla devletin tekrardan yabancı batılı emperyalist devletlere ödeme kabiliyetini garantilemek isteyen hükümet ile emekçi halk arasında büyük sirtüşmeler oldu.

Binlerce işçinin katıldığı protesto yürüyüşleri geçen hafta pazartesi günü Sao Paulo'nun güneyindeki işçi semtlerinde başladılar. Ve salı günü tüm şehir merkezine sıradılar. Burada binlerce gösterici ile yoğun bir seferberlik yapan polis ve askeri birlikler arasında sert çatışmalar oldu. Supermarketler, fırınlar ve kasaplar yağmalandı. Çıkan bu çatışmalarda daha geçen hafta 120 kişi yaralanmıştı. Ayrıca polis birlikleri 80 kişiyi tutukladılar.

Taş ve sopalarla polis birliklerine ve arabalarına karşı saldırıya geçildi ve her yeni tutuklama olayına karşı mücadele önlemleri alındı. Bunun sonucunda devletin baskı güçleri nereden saldırıya geçecek-

lerini bilemiyorlardı. İşçiler valilik sarayına saldırmak isteyince polisler göz yaşartıcı gaz kullanarak ve ihtar ateşi açarak onları bundan alıkoymaya çalıştılar.

Brezilya'da işçilerin ve emekçi halkın direnişe geçmesinin nedenini içinde bulunduğu ağır yaşam şartları oluşturmaktadır. Sendikaların açıklamalarına göre Brezilya'nın büyük kentlerinde daha şimdiden işsizlik yüzde 13'ün üzerindedir. Ve bunun yanı sıra ardi arkası kesilmez bir şekilde çıkışlara ve rasyonelleştirmeye gidilmektedir.

Kuşkusuz ki, bu büyük sosyal sorunların kaynağı ise ülkenin yabancı sermayeye bağımlı olmasında yatmaktadır. Ülkeyi yağmalayan, işçileri emekçi halkı iligine kadar sömüren batılı tekelin yanı sıra özellikle Uluslararası Para Fonu (IMF), verdiği krediyle Brezilya'yı girdabına almıştır.

Yüksel Şen serbest bırakıldı

Sığınma isteminde bulunan ve faşist cuntanın talebi üzerine iade edilmek istenen Yüksel Şen 18 Aralık 1981'den beri Köln Ossendorf Cezaevinde hapis yatıyordu.

Yaklaşan nüfus sayımı ile neyin amaçlandığını ve bunun biz yabancılar, özellikle Türkiyeliler için, bugünkü Federal Hükümet'in politikası ile birlikte ele aldığımızda hangi tehlikelerinin olacağına değinmiştik. Şimdi bununla ilintili olarak "sayım memuru geldiğinde nasıl davranmalıyım?" sorusu üzerine bazı noktaları kısa ve öz bir şekilde bir kez daha vurgulama gereğini duyduk.

Nüfus sayım memuru geldiğinde nasıl davranmalıyım?

Yaklaşık olarak 18 Nisan 1983'ten itibaren sayım memurları soru kağıtlarını evlere dağıtmaya başlayacaklardır. Sayım memuru kapınızı çaldığında bizce şöyle davranmanız doğru olacaktır:

- ★ Sayım memuruna isminizi belirtmenize ya da pasaportunuzu göstermenize gerek yoktur ve bunun için yükümlü de değilsiniz;
- ★ Sayım memurunun size karşı hiç hakkı yoktur; o yalnızca soru kağıdını size iletmekle yükümlüdür. Soru kağıdını kapıda alın ve sayım memurunu içeri almayın;
- ★ Siz, sayım memurunu içeri almakla yükümlü değilsiniz; sayım memurunun ise, siz izin vermediğiniz sürece içeri girmeye hakkı yoktur. Buna rağmen içeri girmek isterse, mesken mesuniyeti aleyhinde suç işlediğini söyleyin;
- ★ Sayım memuruna hiç bir bilgi vermek mecburiyetinde değilsiniz. Ve onun isteyeceği hiç bir şeyi imzalamak zorunda da değilsiniz. Sayım memuru ile hiç bir şekilde tartışmaya girmeyin;
- ★ Sayım memurundan yalnızca soru kağıdını alın ve evde kaç kişinin kaldığı hakkında bir bilgi vermeyin;
- ★ Soru kağıdını sayım memurunun doldurmasına izin vermeyin; şayet size yardımcı olmak teklifinde bulunursa bunu reddedin.
- ★ Soru kağıdını hemen doldurmakla yükümlü değilsiniz; bunun için en geç 7 Mayıs'a kadar zamanınız var.
- ★ Bunun için sayım memuruna mümkün olduğunca hiç bir randevu vermeyin ve verecek olursanızda geç bir tarihi verin.
- ★ Soru kağıtlarını doldurduktan sonra postayla gönderme yolunu tercih edin ve doğrudan nüfus sayımı memuruna vermeyin.
- ★ Soru kağıdını aldığınız andan itibaren ya nüfus sayımına karşı kurulan bölgesel halk komitelerine—Yabancı düşmanlığına karşı kurulan komiteler de dahil—giderek onlarla birlikte doldurun ya da güvendiğiniz bir şahısa doldurma işlemini yapın.
- ★ Soru kağıdını doldurmada şimdiye değin makamlara yaptığınız açıklamalarla şu an vereceğiniz bilgiler arasında bir çelişkinin olmamasına dikkat edin.
- ★ Kaçak kalan kişilerin bu soru kağıdını doldurması zorunlu değildir. Ve bunu kesinlikle yapmasınlar.
- ★ Doldurulan soru kağıtları, yukarıda belirttiğimiz zaman zarfı içerisinde ne kadar geç postalamırsa o kadar iyidir, çünkü Alman halkı içerisinde nüfus sayımını boykot etmek isteyenler var ve bunların sayısı yüksek olursa nüfus sayımı boşa çıkar ya da yapılamaz.
- ★ Bizce nüfus sayımını boykot etmenin yabancılar için somut tehlikelerinin olacağından ve yabancıların çoğunluğu arasında böyle bir eğilim olmadığından dolayı biz bu yolu tasvip etmiyoruz.

Ancak geçen hafta salı günü Köln Yüksek Eyalet Mahkemesi 2. Ceza Dairesi'nin kararı üzerine serbest bırakıldı.

Yüksel Şen'in serbest bırakılmasının nedenini 23 Şubat 1983'te Federal Anayasa Mahkemesi'nin aldığı karar oluşturmuyordu. Federal Anayasa Mahkemesi, daha önce Köln Yüksek Eyalet Mahkemesi'nin aldığı sınırdışı kararını bozarak davaya yeniden bakılması için geri çevirdi.

Bu karar üzerine davaya yeniden bakmak zorunda olan Köln Yüksek Eyalet Mahkemesi'nin Yüksel Şen'in tutukluğunu sürdürmesi için elinde bir olanak kalmamıştı. Ayrıca Anayasa Mahkemesi'nin bu kararından önce ve kararın alınmasından sonra yükseltelen protestolar sonucunda mahkemenin Yüksel Şen'in tutukluluk süresini devam ettirmeye bağlı kalması kendi yüzünün teşhir olmasına yol açardı. Bunun için O Federal Anayasa Mahkemesi'nin kararının hemen ardından Yüksel Şen'i serbest bırakma yolunu seçtiler. Ancak Yüksel Şen'in iade edilmesi konusunda daha henüz sonuçlanmamış değildir.

Faşist NPD'nin referandum talebi yasaklandı

Almanya Milliyetçi Partisi NPD, geçen yıl "Yabancıların

durdurulması" ve yabancı çocukların milli sınıflarda ders görmelerini sağlamak amacıyla Kuzey Ren Westfalye'de bir referandum yapmak istiyordu. Onun önderliğinde kurulan "Yabancılar Durdurulmalı Halk İnsiyetifi" bu amacını gerçekleştirmek için biz yabancılar karşı yoğun bir kışkırtmaya girişti.

O dönemde Alman ve yabancı anti-faşistler, demokratlar faşist NPD'nin ve onun denetimindeki bu ırkçı halk insiyatiflerinin referandum talebinin yasaklanması için yoğun protesto sürdürdüler. Bu protestoların sonucunda eyalet hükümeti, muğlak bir şekilde de olsa, faşist NPD'nin ve söz konusu insiyatifin halk oylaması talebini yasaklamıştı. Yasağı kaldırmak için bunun üzerine Münster Yüksek Eyalet Mahkemesi'ne başvuran NPD ve halk komitesinin talebi, mahkeme tarafından "Yabancıların zorla ayrı sınıflarda toplanmalarının anayasaya aykırıdır" gerekçeyle geçen mart ayının ortasına doğru yasaklandı.

Ne var ki, sorun bununla henüz son bulmuş değildir. Çünkü bugün Bonn'daki koyu koalisyon biz yabancılar karşı yeni ve katı önlemleri almakla uğraşmaktadır. Bunun için gerek hükümetin yabancı düşmanı politikasına gerekse faşist örgütlerin ırkçı kışkırtmalarına karşı ortak mücadele daha yoğun bir biçimde sürdürülmelidir.